

Vormwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Hfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Hfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Hfg.
 Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Ueber Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Hfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Hfg. „Kleine Anzeigen“, das selbgedruckte Wort 30 Hfg. (zulässig 2 selbgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Hfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Hfg., jedes weitere Wort 5 Hfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 12. Januar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Wähler heraus!

Und nun ist er da, der Tag der Entscheidung! Unsere Ungeduld konnte ihn kaum erwarten, unsere Sehnsucht hat in fünf langen Jahren ihn immer und immer herbeigewünscht.

Fünf lange Jahre waren wir die Opfer der Gesetzgebung, diesen einen Tag sind wir selbst Gesetzgeber. Von Euch, Ihr Wähler, hängt es ab, wie Euer Schicksal wird. Denn Schicksalsfragen sind es, die von Euch Antwort heischen.

Um Eure politische Freiheit und Eure politische Selbstbestimmung handelt es sich! Immer größer wird die Macht der Arbeiter, immer stärker die Reihen der Sozialdemokratie. Aber auch immer erbitterter der Widerstand, den die Gewalten des Klassenstaates unserem Vormarsch entgegensetzen. Immer unverhüllter offenbart sich ihr Haß gegen das gleiche Wahlrecht. Gegen die Grundlage der Volkshoheit richten sich tödliche Anschläge.

Schützt, Wähler, Euer wichtigstes Recht und **stimmt sozialdemokratisch!**

Erinnert Erh die gewaltigen Demonstrationen, durch die Ihr die Frage des gleichen Wahlrechts auf die Tagesordnung der preussischen Politik gezwungen habt. Die Fortschrittler haben Eure Kundgebungen verhöhnt, über Eure Energie furchtjam gejamert. Die Nationalliberalen, Merikalen und Konservativen haben ihrer verbissenen Feindschaft gegen Euer Recht fanatischen Ausdruck gegeben, mit Eurer Forderung ihren Spott getrieben. Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist die Voraussetzung jedes politischen Fortschritts im Reiche. Wählt die Vorkämpfer des gleichen Rechts und **stimmt sozialdemokratisch!**

Ein hartes Los hat der Kapitalismus der arbeitenden Menschheit bereitet. Nur der vereinten Macht der Arbeiter gelingt es, in nie rastenden Kämpfen Erleichterung zu schaffen. Wie gegen Euer politisches Grundrecht, so erhebt sich gegen das gewerkschaftliche Grundrecht der Arbeiter und Angestellten immer drohender die Feindschaft der Herrschenden. Das Koalitionsrecht ist in Gefahr, Ausnahme Gesetze drohen. Als Feinde der Sozialpolitik hat der Raub der Selbstverwaltung alle bürgerlichen Parteien entlarvt. Erinnert Euch, Wähler, des Entrechtungsblocks, stimmt wieder Eure Gegner, **wählt sozialdemokratisch!**

Ueber Eure Lebensnotdurft, Euer Leben selbst entscheidet Ihr diesmal, Wähler! Teuerung und Kriegsgefahr oder Wohlfahrt und Frieden, Ihr habt zu wählen. Ueber die Schutzollpolitik habt Ihr Euer Urteil zu reichen. Entscheiden sollt Ihr, ob Ihr die Politik der Bereicherung der Reichen, der Steigerung der Renten und der Monopolprofite fortgeführt lassen oder ob Ihr die Abkehr von der Plünderung der Massen wollt. Wollt Ihr Milderung der Teuerung, Beseitigung der Lebensmittel-, Hemmung des Kartellwuchers, so **stimmt sozialdemokratisch!**

Der imperialistische Bahn hat alle bürgerlichen Parteien ergriffen. Ein sinnloses Wetrüsten hat die großen Kulturnationen in bewaffnete Heerhaufen verwandelt. Schon rast die Kriegsfurie unaufhörlich durch die Welt. Sie kommt näher und näher. In jedem Lande sind

Kriegstreiber an ihrem verbrecherischen Werke. Keine bürgerliche Partei findet Mut und Entschlossenheit, dem imperialistischen Treiben mit unbeugsamer Energie entgegenzutreten. Nur die Sozialdemokratie hat ihre weltgeschichtliche Aufgabe erkannt. Mit ihrer ganzen Macht tritt sie der Völkerverheerung entgegen. Sie will den Frieden, sie will den gemeinsamen Kampf der Ausgebeuteten aller Länder gegen die Klassenherrschaft des Kapitals. Keinen Mann und keinen Groschen dem Militarismus, dieser dauernden Friedensgefahr! Wehrhaftigkeit der Nation durch das freie Volksherr, aber Entwaffnung der Herrschenden und unbeugsamer Widerstand gegen ihre Kriegsgelüste! Wähler, die Ihr den Frieden wollt, die Ihr Euch nicht auf die Schlachtfelder kapitalistischen Expansionsstrebens schicken lassen wollt, **stimmt sozialdemokratisch!**

Stimmt gegen das Wetrüsten, stimmt gegen die koloniale Eroberungspolitik, stimmt gegen die Schutzollpolitik und Ihr stimmt gegen den fürchterlichen Steuerdruck. Alle bürgerlichen Parteien sind für die indirekten Steuern, die alles verteuern, was Ihr zum Leben, zu Eurem ärmlichen Genuß bedürft. Noch brennt in Eurem Gedächtnis der unerhörte Raub der halben Milliarde. Gebt acht, das Gleiche steht Euch bevor!

Vom Imperialismus zerfressen sind alle bürgerlichen Parteien bereit, neue Rüstungsausgaben, neue Flottenvorlagen, neue Kolonialforderungen zu bewilligen. Und was sie auch vor der Wahl Euch sagen, glaubt es nicht! Seid gewiß, diese Politik zwingt zu neuen Steuern, und diese neuen Steuern, Ihr werdet es sein, die Ihr sie tragen müßt. Seid auf der Hut und **stimmt sozialdemokratisch!**

Unendlichen Reichtum hat in der kapitalistischen Periode die vergesellschaftete Arbeit geschaffen. Alle Bedingungen sind erfüllt, um der Menschheit in freier Arbeit die Entwicklung größter Kulturentfaltung zu gewähren. Der Kapitalismus aber will nicht Freiheit und Kultur, er will Knechtschaft und die Barbarei der Herrschaft von Menschen über Menschen. Die ungeheuren Produktivkräfte sind für ihn nur eine steigende Verlegenheit und keinen anderen Ausweg kennt er als die Vernichtung in einem Krieg, so ungeheuerlich, so abscheulich in seinen Absichten und in seinen Wirkungen, wie ihn die Geschichte noch nie gesehen.

Wir wollen eine andere Lösung, Wähler! Wir wollen die Vereinigung der Menschheit zu einer neuen Kulturgemeinschaft, in der Kampf nur ein Wettkampf der Geister, in der Krieg nur ein Wettstreit um die wirksamste Steigerung menschlichen Glücks ist. Wir wollen die Ueberwindung des Kapitalismus, die Befreiung der Menschheit aus Not und Gewalt. Wir wollen die sozialistische Gesellschaft der befreiten Arbeit.

In dem großen Entscheidungskampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen Ausbeutung und Freiheit ist dieser Wahltag von großer, folgenreicher Bedeutung. Bleibe keiner zurück, stelle sich jeder der historischen Stunde!

Wählt, Wähler, die Männer der Arbeit und der Befreiung!

Stimmt für die Sozialdemokratie!

Die Kandidaten für die 8 Reichstagswahlkreise Groß-Berlins:

- I. Wahlkreis: Stadtverordneter **Wilhelm Düwell**
- II. " " Geschäftsführer **Richard Fischer**
- III. " " Stadtverordneter **Wilhelm Pfannkuch**
- IV. " " Rassenbeamter **Otto Büchner**

- V. Wahlkreis: Arbeitersekretär **Robert Schmidt**
- VI. " " Schriftsteller **Georg Ledebour**
- Nieder-Barnim: Stadtverordneter **Artur Stadthagen**
- Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Stadtv. **Fritz Zubeil**.

Ihr wahlberechtigten Männer, denkt daran!

Die bitterste Stunde für alle Volksfeinde ist gekommen. Heute spricht der Staatsbürger seine Meinung über die deutsche Regierung aus.

Ihr wahlberechtigten Männer, denkt daran, was auf dem Spiele steht!

Die „Post“, das Organ der kleinen, aber mächtigen Gruppe der Großindustriellen, schrieb bei der Empfehlung eines Steuerklassenwahlrechts für den Deutschen Reichstag:

„Mögen dann doch ruhig 6 Millionen Proleten für ihren Angst stimmen, einige 20 von den Leuten, die die eigentlichen Staatslasten zu tragen haben, stecken sie ja bequem im Schach. . . Die besitzlose Masse kann zufrieden sein, daß der Staat ihr überhaupt noch Schutz und Nahrung gewährt.“

Ebenbürtig diesen Verbrechern am 66 Millionenvolke ist das Zentrum. Eines seiner vornehmsten und führenden Organe, die „Kölnische Volkszeitung“, schrieb vor einiger Zeit einmal:

„Die deutsche Landwirtschaft erfreut sich heute eines Zolltarifs, unter dessen Herrschaft ihre Verhältnisse sich wesentlich verbessert haben. Sie verdankt diesen Tarifs, soweit die Parteien in Betracht kommen, an erster Stelle dem Zentrum. . .“

Die „Germania“, das andere führende Organ der Zentrumsparlei, schrieb ein Jahr später, im Mai 1908, gegen die ihr demokratische Tendenzen vorwerfende „Kreuzzeitung“:

„Wann und wo hat die Zentrumsfraktion bekundet, daß sie zur Demokratie überzugehen gedente? Sie hat durch Wort und Tat vielmehr bekundet, daß sie die alte bleiben, und sich nicht in eine unproduktive, rein negative Opposition drängen lassen wolle.“

Aber auch der Partei im Lande kann man ehrlicher Weise nicht nachsagen, daß sie sich nach links entwickelt, und demokratisch geworden sei.“

Die Konservativen wollen das mündige Proletariat rechtlos machen — und das Zentrum verteidigt sich gegen den Vorwurf, nicht mit am Gollwucher geholfen zu haben, und demokratisch geworden zu sein!

Und der Freisinn?

Der Freisinn hat es gewagt, das wichtigste Bürgerrecht, die freie Selbstbestimmung des einzelnen Men und wie er wählen will, als ein staatswidriges Beamtensverbrechen durch Denunziation bei den Behörden zu beschuldigen!

Das war am 6. Juni 1908!

Und gestern veröffentlicht die Fortschrittspresse in Frankfurt a. M., wo sie mit einem Sozialdemokraten um das Mandat kämpft, den folgenden Ausruf:

„Staatsbeamte und Staatsarbeiter! Denkt an Euren dem Kaiser und Könige geleisteten Treueid

und wenn Ihr das tut, dann könnt Ihr nicht sozialdemokratisch wählen wollen, dann könnt Ihr nur Rudolf Deser (Freisinnsmann) die Stimme geben!“

So werden die staatsbürgerlichen Rechte beim Freisinn geschnitten!

Darum, Ihr wahlberechtigten Männer, wählt nur solche Kandidaten, denen das Volk die Wille das höchste Gesetz ist!

Wählt Sozialdemokraten!

Sind die Leute wahnfinnig?

Das Volk schreit nach Gerechtigkeit und die reaktionäre „Post“ antwortet — einen Tag vor der Volksabstimmung! —

„Nicht das preussische, sondern das Reichstagswahlrecht ist das schändlichste aller bestehenden Wahlsysteme. . . wer will es ihm (dem Großindustriellen) verargen, wenn er sich weigert, ein Recht zu üben, das für ihn nicht größer ist, als das des minderwertigsten seiner Arbeiter.“

Wer will es dem Großkaufmann verübeln, wenn er die Ausübung eines Rechtes ablehnt, das ihn in der politischen Willkürmöglichkeit dem ungeschicktesten seiner Kaufleute gleichstellt.

Und wer schließlich will es dem Gelehrten und all den feinen Köpfen der Nation verdenken, wenn sie dem Wohlgefühls fern bleiben, bei dem die in die 2te Potenz erhobene Beschränkung das gleiche Recht genießt.

Wir fragen wieder: sind die Leute wahnfinnig, daß sie es wagen, dem Volke solch offenkundigen Hohn anzutun? Wie schänden diese Reichsparteiler das deutsche Volk ein? Sind Millionen ehrlicher, ihr Leben lang positive Werte schaffende Proletenier Heloten?

Dieselbe konservative Presse fordert — zwei Tage vor der Volksentscheidung! — von der Regierung nicht nur weiteres und noch schnelleres Wettlaufen zur See, nein auch

Wachstumsregimenten, Aufstellung der Regimenter zu zwei Bataillonen und Aufbesserung der gesamten Feldartillerie.“

Wollen die Leute das Zusammenbrechen aller Vernunft im Staate, wollen diese Leute das Volk zu Tode hetzen?

Und die „Deutsche Tageszeitung“ bringt es sogar fertig — einen Tag vor dem Volksgericht — darauf hinzuweisen, daß der Deutsche unter allen Nationen die geringste Kopfsumme an Zölle und Verbrauchssteuern zu zahlen habe; daß er also noch viel, viel mehr zu tragen imstande sei! Wir müssen immer und immer wieder fragen: Soll das Volk so zur Verweisung getrieben werden? Will man die Massen des deutschen Volkes aufputschen?

Die „Germania“ vom Zentrum heßt ihre Leser — einen Tag vor der Wahl — auf, gegen die „Vernichter des christlichen Glaubens“ zu stimmen. Sie schreibt:

„Es geht ums Ganze, es geht um die christliche Staatsidee, es geht um den Glauben. . . Das christliche Zeitalter soll beendet werden, das materialistisch-monetarische beginnen!“

Um dem Volke das Christentum zu rauben, wird kein Mittel gescheut. Selbst gegen den göttlichen Heiland und Erlöser richtet sich der satanische Haß. Der Liberalismus und seine Verbündeten wollen am 12. Januar den Vernichtungskampf gegen das Christentum und die christliche Gestalt in Deutschland beginnen.“

Ist das nicht Wahnsinn? Ist das nicht der grenzenlose Verrat an der Vernunft eines 66-Millionenvolkes? Sollen die Zentrumsanhänger zu unduldsamsten, fanatisierten Sektierern gemacht werden, die alles niederrennen, was nicht ihren Weg geht?

Und was sagt der Liberalismus?

„Das „Berliner Tageblatt“ schreibt — eine n Tag vor der Wahl —

„Die Sozialdemokratie zählt Brad und Bieder ihre Stimmen, als lebte sie in der besten der Welten, mit dem befriedigenden Bewußtsein, daß sie nach den Wahlen wenigstens den Beweis ihrer ziffernmäßigen Stärke schwarz auf weiß besitzen wird.“

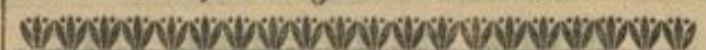
Ja, was wollen diese Leute? Gibt es angeführte solch maßloser Hege, solch Gift und Hohn sprechender Henker am deutschen Volke ein anderes, ein besseres Mittel, als Stimmen zählen!

Alle, alle die dem Wahnsinn gegenüber bei tüchtler Ueberlegung geblieben sind, mögen daran denken,

heute wird gezählt!

Heute wird geprüft, was das deutsche Volk will! Und darum, daß der Wahnsinn der Reaktion und die Raserei religiös ummäntelter Zentriemler zu Schanden werde, die liberale Laubheit verschwinde und endlich die Vernunft siege

wählt Sozialdemokraten!



Der Freisinn gegen das Koalitionsrecht!

Die Freisinnigen sind auch gegenüber dem Koalitionsrecht recht unzuverlässig. Das mögen einige Erinnerungen bestätigen. Die „Freisinnige Zeitung“ schrieb unter dem 13. Dezember 1891 angeichts des großen Buchdruckerstreiks:

„Hiernach kann es für keinen Unbefangenen mehr ein Zweifel sein, daß es sich bei diesem Streit allein darum handelt, die bestehende Gesellschaftsordnung zu vertreten gegenüber einer freien sozialdemokratischen Kriegserklärung. Diejenigen Buchdruckerbesitzer, welche unter solchen Umständen noch die Forderungen der Streikenden bewilligen, machen sich der Begünstigung der Sozialdemokratie und der Untergrabung der bestehenden Gesellschaftsordnung schuldig.“

Den gleichen gegen das Koalitionsrecht gerichteten Geist atmet die „Vossische Zeitung“. Als die Buchhandelsvorlage 1899 eingebracht war, polemisierte die „Vossische“ gegen die Ausführungen des Professors Dujo Brentano, der scharf betont hatte, daß durch die sogenannten Arbeitswilligen bedauerlicherweise der Kulturfortschritt der vorgeschrittenen Arbeiter gehemmt werde. Die „Vossische“ erwiderte:

„Wir haben stets den Eindruck gewonnen, daß die Arbeitswilligen brave und besonnene Menschen waren und daß ihre Angreifer mit Rohheit gehandelt haben.“

Im Jahre 1899 stimmte der freisinnige anhaltische Abgeordnete Jzmer dem gegen ländliche Arbeiter gerichteten Ausnahmegesetz zu, das in gleicher Weise wie das preussische Ausnahmegesetz gegen die Landarbeiter

ländliche Arbeiter mit Gefängnis bis zu einem Jahre bedroht, wenn sie durch Verabredung der Einstellung der Arbeit bessere Lohn- oder Arbeitsbedingungen zu erringen suchen! Als hiergegen auch aus freisinnigem Lager Stimmen sich geltend machten, erklärte nach langem Hin und Her der geschäftsführende Ausschuss der Freisinnigen Volkspartei unter dem 7. Juli 1902: daß das Verhalten des Abgeordneten Jzmer nach dem Nürnberg Programm der Freisinnigen durchaus zulässig

sei!

Im Reichsvereinsgesetz sind im § 24 ausdrücklich die landrechtlichen Ausnahmevorschriften „in bezug auf Verabredungen ländlicher Arbeiter und Dienstboten zur Einstellung oder Verhinderung der Arbeit“ ansrecht erhalten. Für das Reichsvereinsgesetz mit diesem Ausnahmegesetz gegen die ländlichen Arbeiter stimmten im Jahre 1903

sämtliche freisinnigen Abgeordneten

mit Ausnahme der beiden mit Nein stimmenden Abgeordneten Neumann-Hofer und Potthoff und der drei Fehlstenden: Gotthein, Kaufmann und Defser.

Am 13. November 1911 erklärte der freisinnige Abgeordnete Müller-Reinigen im Reichstag:

„Einmütig ist meine Fraktion der Ansicht, daß ein Streikrecht der Eisenbahner nicht anerkannt werden kann.“

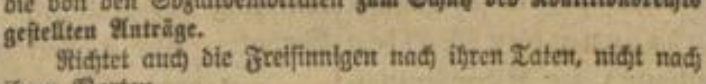
Vor wenigen Wochen erklärte sich der freisinnige Abgeordnete Brodanz im sächsischen Landtage

für ein Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen! Das ist bekanntlich das Eitelste, unter dem die Reaktionären die Beseitigung des Koalitionsrechts fordern!

Im Reichstage stimmten die gesamten freisinnigen Abgeordneten sowohl im Jahre 1899 wie im Jahre 1910 gegen die von den Sozialdemokraten zum Schutze des Koalitionsrechts gestellten Anträge.

Nichtet auch die Freisinnigen nach ihren Taten, nicht nach ihren Worten.

Nieder mit den freisinnigen Koalitionsrechtsfeinden!



Zur Reichstagswahl.

Geistige Waffen des Zentrums.

In dem stark ländlichen Reichstagswahlkreis Jiletissen (Schwaben) entfalten die bayerischen Bauernbündler eine rege Tätigkeit, weshalb das Zentrum die Bauernbündler auf jede mögliche Weise in der Agitation zu hindern versucht, hauptsächlich durch das verabredete Sprengen der bündlerischen Versammlungen. In einer am 5. Januar in Jiletissen von den Bündlern anberaumten Versammlung kam es durch das provokatorische Auftreten der Zentrumsanhänger zu einem Zusammenstoß, wobei ein Zentrumsanhänger einen Bauernbündler derart mißhandelte, daß diesem das Trommelfell zertrümmert wurde und er vier Wochen arbeitsunfähig bleiben wird. Gegen den schwarzen Prügelhelden ist Strafanzeige erstattet.

Ein freisinniger Kandidat als Wahlvorscher.

Während die Fortschrittspresse mit Recht darüber klagt, daß eine ganze Anzahl kandidierender Junker als Wahlvorsteher fungieren, teilt die „Tägl. Rundschau“ mit, daß auch der Fortschrittscandidat für Ruppin-Templin, Rittergutsbesitzer Lessing diese Agrarierrmode mitmacht!

Wenn nötig — antirömisch.

In dem Wahlausrufe des Ausschusses des Rheinisch-Westfälischen Verbandes Evangelischer Arbeitervereine heißt es, nachdem der Sozialdemokrat als Partei des Umsturzes der Kampf angefaßt ist: „Aber wir betonen auch das protestantische. Wir wollen nicht, daß ein ultramontaner Geist in Deutschland herrschend wird, sondern daß sich deutsch-evangelischer Sinn entfaltet und in sonderem Maße wirkt!“ — Ja wissen die Herren nicht, daß so etwas dem Junkerwillen widerspricht? Oder aber sind sie, wenn nötig — wie im Rheinland — auch antirömisch, wie's trifft?!

Der alte Frey als schwarzblauer Wahlkesser.

Der Magistrat des Bades Köfen an der Saale veröffentlicht amtlich in den Plätzen einen Ausruf, in dem er die gesamte national gesinnte Bürgerschaft der Stadt und Umgebung herzlich einlädt, an der Vorfeier des 200jährigen Erinnerungstages der Geburt Friedrichs des Großen teilzunehmen, die die städtischen Körperschaften dadurch begeben, daß sie Donnerstag, den 11. Januar, um 6 Uhr nachmittags, einen nationalen Festakt für die Schulen und um 8 Uhr abends einen ebenfalls offiziellen Festakt für die Bürgerschaft veranstalten. Friedrich der Große ist bekanntlich am 24. Januar geboren. Aber der Köfener Magistrat läßt dieses patriotische Fest ausgerechnet am Vorabend der Reichstagswahl feiern, 18 Tage vor dem eigentlichen Festtage!

Die Kulturstufe nationaler Kämpen.

Nach einer Versammlung, die am Dienstag im Wiederich bei Leipzig stattfand, begaben sich zwei unserer Genossen in das Lokal von Krell, wo die Arbeiter vielfach verkehren, um dort in aller Ruhe noch ein Glas Bier zu trinken. In dem genannten Lokal waren beim Eintritt unserer Genossen schon mehrere Gäste anwesend. Darunter der Bahnmeister Schöppe und ein Bahnarbeiter. Beides Leute von riesigem Wuchs. Bald nachdem unsere Genossen Platz genommen hatten, begannen Schöppe und die mit ihm am Tisch Sitzenden in provozierender Weise zu singen. Deutschland, Deutschland über alles und ähnliche Vieles. Einer unserer Genossen murmelte vor sich hin: Wir werden ja sehen am 12. Januar! Raum hat dies der Bahnmeister Schöppe gehört, als er auch schon aufsprang, unseren Genossen beim Ueberziehen packte und w ein Befehlener schrie: Was wollt Ihr am 12. Januar! Selbstverständlich verbat sich unsere Genossen, zwei jäwähliche Männer, diese Behandlung. Da kamen sie aber schon an. Schöppe schleuderte den Genossen in ein Eck des Zimmers, der andere folgte nach u. nun wurden beide von den rohen Patronen mit den Fäusten bearbeitet.

Als sich unsere Genossen vom Erdboden erhoben hatten und der Bahnmeister Schöppe auf wenige Minuten hergegangen war, um sich abzukühlen, da begann der Schöppe gleichende Bahnarbeiter von neuem mit Mißhandlungen. unsere Genossen heraus wollten, da wurde ihnen entgegen gerufen: Erst müßt Ihr recht schön bitten! Es ging es noch eine Weile weiter, bis sich die deutsche patriotischen Faustkämpfer etwas beruhigt hatte nicht ohne die zwei Genossen noch einmal in der rohesten Weise angegriffen zu haben. Der Bahnarbeiter sahete unsere Genossen — und daß kennzeichnet die Brutalität dieser Rohlinge am besten — an den Gesichtsteilen und drückte sie wie in eine Schraubstock zusammen. Die mit Schöppe am Tisch sitzenden Leute, denen die Sache denn doch zu arg wurde, mußten sich schließlich ins Mittel werfen, damit die patriotischen Helden von ihren Opfern abließen.

Vorkäufig haben unsere Genossen gegen die rohen Patronen Strafantrag gestellt. Ob sich der Wirt dem anschließen wird, weil die Helden Fenster und Stühle entzwei geschlagen haben, ist uns nicht bekannt.

Schon früher hat sich in Wiederich etwas Ähnliches abgespielt. Und zwar waren es in diesem Falle bezeichnenderweise Freisinnige, die in Frage kamen. Und Lehrer spielten dabei die Hauptrolle. Nach einer freisinnigen Versammlung, die wegen zu schwachen Besuchs nicht abgehalten werden konnte, und in der der freisinnige Parteisekretär Erich das Referat halten sollte, kam Herr Erich mit zwei Lehrern in ein Lokal. Nachdem sich Herr Erich enisernit hatte, provozierten die Lehrer und ein Werkmeister die anwesenden Arbeiter. Auch der Bahnmeister Schöppe half damals schon mit. Die anwesenden Arbeiter wurden gemeine Menschen genannt, in der unflätigsten Weise beschimpft und bedroht. Das alles unter Abhingen ihrer Schlüsselgehänge: Deutschland, Deutschland über alles! und: Es braust ein Ruf wie Donnerhall! Zum Schluß kam es damals nicht, obwohl diesen Herrschaften schon damals die Finger juckten. Hinterher hatte der Betreffende allerdings Abbitte geleistet und die Beleidigungen zurückgenommen. Jetzt haben die Schöppe und Genossen das Wort fortgesetzt.

Ein würdiges Stückchen! Die tatenlustigen Helden repräsentieren die bürgerlichen Parteien, deren Vertreter und deren Presse sich nicht satfam genug über die Rohheit der Arbeiter und die ungebildeten Arbeiter entrüsten können.

Gegen die Wahlknechtschaft der Staatsbeamten wendet sich eine Zuschrift, die aus Beamtenkreisen an die „Berl. Tagebl.“ gerichtet wird. Da heißt es: „Gegenüber den Ausführungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ sollte noch kurz vor der Wahl von allen Zeitungen, denen das Wohl des deutschen Staates wirklich am Herzen liegt, mit lauter Stimme darauf hingewiesen werden, daß selbstverständlich ein Beamter ruhig seine Stimme ohne irgend welche Bedenken einem Sozialdemokraten geben kann. Denn dadurch stimmt er noch lange nicht für das sozialdemokratische Programm, sondern löst nur eine Kraft in Bewegung, die zu Deutschlands Wohl die verderbliche Reaktion bekämpfen soll. . . Wer seine Stimme abgibt, treibt praktische Politik und will also nur dasjenige praktische Ziel erreichen, das bei der vorliegenden Wahl in Frage kommt und in der Wirklichkeit mit irgend welcher Wahrscheinlichkeit eintreten kann. Sollte in der Abgabe der Wahlstimme die Kundgabe theoretischer Ansichten liegen, wie dies die „Nordd. Allg. Ztg.“ glaubt, so würden die wenigsten Menschen einen Abgeordneten wählen können, denn es gibt nur wenige Menschen, deren theoretische Ansichten wirklich mit denen des Abgeordneten übereinstimmen. Wer also durchaus will, daß man in der Praxis nach der ihm vor-schwebenden richtigen Theorie wähle, der sollte erst einmal dafür sorgen, daß diese richtige Theorie durchführbar wäre und daß die Wahlen und Wahlkreise derartig eingerichtet sind,

um den wahren Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. . .

„Norddeutsche Allgemeine“ - Poese.

Als letztes Mittel, wenn kein anderes mehr versagen will, ist der „Nordd.“ die — Poese gegeben. Aber ihr Pathos bringt uns zum Lachen, wie ihre Prosa zum Einschlafen. Da heißt es aber auch:

Die höchste Sorge vor allem Sei jedem deutschen Mann, Was unsere Volkskraft heben Und wehrhaft machen kann. Die Stunde der Wahl ist kommen — Doch über Partei und Stand Ihr deutschen Männer sammelt „Fürs deutsche Vaterland!“

Alles sehr wahr! Und darum für deutsche Volkskraft und gegen kapitalistische Ausbeutung.

Eine Schwindelmär aus Dresden.

In der bürgerlichen Presse, speziell im „Berliner Tageblatt“, wird ein Bericht aus Dresden über angebliche Wahlstrawale, die von sozialdemokratischen Versammlungsbesuchern in und nach einer nationalliberalen Versammlung hervorgerufen sein sollen, veröffentlicht. Demgegenüber ist festzustellen, daß diese Berichte über Strawale total unwahr sind. Der beste Beweis, daß nichts vorgefallen ist, ist der Bericht rechtsstehender Dresdener Zeitungen, der in objektiver Weise abgefaßt ist und nichts von Strawallen zu berichten weiß. Lediglich die „unparteiischen“ „Dresdener Neuesten Nachrichten“ haben einen ganz entstellten Bericht gebracht, der von dort wohl auch in die übrige Presse übergegangen ist.

In der nationalliberalen Versammlung, die auch von Sozialdemokraten besucht war, ging es allerdings etwas lebhaft her. Aber der nationalliberale Kandidat Dr. Heintze ist nicht im Neben gehindert worden, es ist auch nichts vorgefallen, das über den Rahmen einer lebhaften Versammlung hinausging. Auf der Straße war ein kleines Polizeiaufgebot aufgestellt, es ist aber auch dort nicht das geringste vorgefallen. Besonders ist Dr. Heintze nicht angegriffen worden, es ist auch keine Verhaftung vorgekommen.

Die ganze Nachricht kennzeichnet sich deutlich als bürgerlicher Wahlstrawal über eine an sich ganz harmlose, etwas lebhaftere Wahlversammlung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Januar 1912.

Der 12. Januar 1912.

Heut ist ein großer, herrlicher Tag; Schweige, du Senfe, du Hammerschlag, Ruhe, du Kraft der Erde! Jeder, der trägt ein hartes Geschick, Kämpfe heute mit Hirn und Blick, Daß der Sieg uns werde.

Halle zusammen, Proletenschritt, Daß die Straße im Massentritt Deiner Einheit erbebe, Schreite nur vorwärts, kenne kein Halt, Daß sich der rote Standartenwald Siegend am Abend erbebe!

Alfons Petzold.

Eine Wahllüge mit kurzen Weinen.

Die „Militärpolitische Korrespondenz“ brachte in ihrer letzten Nummer Mitteilungen über die bevorstehende Militärvorlage, die in bezug auf die längst bekannte Tatsache des bevorstehenden einer solchen Vorlage nichts Neues und Ueberaschendes brachte. Dagegen wurde erklärt, daß die Lösung der Deulungsfrage besonderes Interesse zu erregen geeignet sei; die Kosten sollten nämlich durch Zuschläge zur Einkommensteuer auf alle Jahreseinkommen von mehr als 5000 M. abgebracht werden.

Jeder politisch orientierte mußte sich sofort sagen, daß es sich er nur um eine feiste Wahlente handeln konnte, die freilich von im staatsverhaltenden Scherblatt sofort mit Wonne als Wahlstrawal über denaht wurde. Denn daß die bestehenden Klassen selbst eine direkte Steuer die neuen Kosten für die Heeresvermehrung aufbringen würden, war ja bei der notorischen teurerdrückesbergererei für jeden Menschen mit normalen Verstandsfunktionen von vornherein klar. Leider nur haben auch die höchsten diesen Wahlstrawal durch eine Meldung der offiziellen telegraphischen Bureaus verbreitet, wonach die Mitteilungen über die Vorlage, wie die Regierung die neuen Ausgaben zu decken gedenke, der Begründung entbehren. Die Meldung der „Militärpolitischen Korrespondenz“ war auf die Begründung der nicht bestehenden Klassen abgesehen — aber die Regierung beabsichtigte ausdrücklich, daß nun auch infolge des angeblichen Attentates auf die Tischen der Bescheiden zahlreiche Kapitalisten sozialdemokratisch wählen würden — und darum kam sie schleunigst mit ihrem offiziellen Dementi der von vornherein ganz ungläubigsten Schwindelnachricht heraus!

Es kehrt also fest, daß außer der neuen Flottenvorlage auch eine neue Heeresvorlage kommt — aber ebenso steht fest, daß die Ausgaben, die aus dieser Heeresvermehrung erwachsen werden, nicht durch eine Besteuerung der höheren Einkommen gedeckt werden sollen!

Nur die „Post“, das Organ des raffgierigsten Großunternehmertums, demüht sich, den Schwindel, als ob diesmal auch die bestehende Klasse zu den steigenden Militärlasten herangezogen werden sollte, glaubhafter zu machen. Sie läßt sich nämlich von dem Landtagsabgeordneten von Dewitz schreiben:

„Deutschland hat in der Zeit von 1908—1911 einen jährlichen Vermögenszuwachs von 6000 Millionen Mark. Eine solche Zunahme des Reichtums ist des Schutzes wert. Das vermehrte Vermögen ist aber auch voll und ganz zu bezahlen. Den Schulden selbst zu bezahlen. Nicht ein Groschen indirekter Steuer dürfte verwendet werden. Das Geld dazu liegt sozusagen auf der Straße. Es läßt sich finden, ohne mehr Schmerzen zu erregen, als der vorübergehende Druck eines krammenden Stiefels, wenn man es da nimmt, wo es im Überflusse eintritt und nicht da, wo es den eigenen Verbrauch ungebührlich beengt. Ich würde vor einer Erbschaftsteuer vom Vermögenszuwachs in keiner Weise zurückweichen und bin der festen Überzeugung, daß einem derartigen Vorschlag auch der größte Teil der Konservativen zustimmen würde.“

Daß die Konservativen nicht bereit sind, neue Militärlasten durch eine Erbschaftsteuer aufzubringen, hat ja erst vor einigen wenigen Wochen der konservative Oberhäuptling von

Schneidbrand im Reichstag ausdrücklich erklärt! Herr von Dewitz spricht also höchstens für seine eigene Person. Interessant ist an seinen Ausführungen nur, daß er mit einer Erhöhung der Ausgaben für die Landarmee um 50 Millionen Mark mehr rechnet! Um diese 50 Millionen für den Staat einzubringen, würde aber aus den nichtbestehenden Klassen an indirekten Steuern der Betrag von mindestens 100 Millionen herausgerechnet werden!

Wähler, wehrt Euch gegen diese Ausplünderung heute durch Euren Stimmzettel!

Die Front gegen Rechts!

Kampf der Agrardemagogie! Nieder mit dem schwarzblauen Bloß! Die Front gegen Rechts! Das ist nun die stehende Phrase in der liberalen Presse! Wie aber sieht es in der Praxis aus? Was die freisinnigen Phrasenreiter leisten können, das hat die vorige Wahl bewiesen! Damals lautete ihr Schlußruf: Wider die Reaktion! Und in der Hauptwahl verzichtete der Freisinn in einer Reihe von Kreisen auf eigene Kandidaturen, schlangte sofort in der Hauptwahl Konfessionen und Nationalliberalen Mandate zu! Der freisinnige Kampf erstarrte in bengalischer Beleuchtung aber erst recht in der Stichwahl. In 32 Stichwahlen, in denen die Sozialdemokratie gegen

Was wir da draußen vom 12. Januar erwarten!

Zum zweiten Male im Laufe einiger Monate ist die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf das Deutsche Reich gerichtet. Blätter und Telegrammbureaus sind wieder einmal auf dem Erdenrund in Bewegung. Berlin ist voll von fremden Korrespondenten. Aber diesmal steht nicht irgendeine schicksalshängende weltpolitische Frage auf der Tagesordnung, die Menschheit schwebt nicht zwischen Krieg und Frieden. Eine Wahl nur — wie sie ja immer wieder bald hier bald dort stattfinden; eine rein innere Angelegenheit, die anscheinend die Welt gar nicht interessieren kann.

Gleichwohl erregen also die deutschen Wahlen die Aufmerksamkeit in einem Grade, wie es bei Wahlen selten der Fall ist, und das hat seinen Grund. Für uns da draußen im Auslande, die wir uns nicht an die Details der deutschen Politik kehren, sieht es aus, als ob die Politik sich immer stärker um die Proletarierbewegung konzentriert — um die Aufgabe, den armen Hans wieder einmal niederkzuschlagen. Der 12. Januar ist sein Tag — zum ersten Male in der Weltgeschichte gehört ein Wahltag unterblümt ihm. Für oder gegen ihn! Das ist zu einer solchen Selbstverständlichkeit geworden, daß man eigentlich keiner Wahlparole mehr bedarf; man scheidet sich auf Herz und Nieren.

Deutschland ist hierin der Entwicklung anderer Länder voraus, die Spaltung in Ober- und Unterklasse ist hier am weitesten vorgeschritten. Darum folgen wir den Ereignissen in diesem Lande mit größter Aufmerksamkeit — es ist das Land, das Erfahrungen für uns alle macht, für die Reaktionen sowohl wie für die Liberalen auf dem Erdenrund. Deutschland war eine Vorratskammer für alle die, die Waffen suchten, um die soziale Arbeit zu hintertreiben. Und die Unterklasse der ganzen Welt sieht eine weltgeschichtliche Gerechtigkeit darin, daß das Land, von dem die schwarzeste Reaktion ausging, und auch den hell leuchtenden Zukunftswillen gegeben hat. Die deutsche Arbeiterbewegung ist vorbildlich in ihrem zielbewußten Vorkampfsstreiten; sie hat oft den Takt angegeben und nimmt stets den Bruderanteil der Kampflast auf sich. In dem weltumfassenden Kampf des armen Hans für die Zukunft markieren Deutschlands Proletarier in vorderster Reihe und er hat im Kampfe die größten Blutopfer gebracht; hier zeugen ja noch die Juchthäuser, und den wärmsten Stimmen für die Sache des Volkes haftet gleichsam aus dem Dunkel der Hölle ein grabeserunter Klang an.

Da hat er es wohl verdient, der deutsche Proletarier, daß er der Weltentwicklung vorausgeritt ist und nun schon die Situation beherrscht. Und der 12. Januar ist sein Tag; zum ersten Male in der Geschichte erzwingt die parlamentarische Unterklassenbewegung sich die Aufmerksamkeit der Welt für einen friedlichen Kampf mit dem Stimmzettel. Keiner erwartet ja, daß die Sozialdemokratie nun Regierungsmehrheit werden soll; es ist das moralische Ergebnis des Wahltages, das uns alle in Spannung hält, es ist eine Anfrage nach dem politischen Befinden des Proletariats. In diesem Tage will er alle die von oben her gekommenen horthierigen Interpellationen der verflochtenen Jahre beantworten — und die Kinder des kleinen Mannes der ganzen Welt lauschen gespannt der Antwort!

„Siehe“, sagen sie stolz, „heut hält unser deutscher Bruder Herrschaft über seine Millionen, während die Wächter auf die Stärke seiner friedlichen Schritte achten, um ihren Kurs danach einzurichten. Niemals zuvor haben wir das erlebt!“ Und sie reden mit einander davon, wie viele er wohl diesmal auf die Weine bringen wird.

Das ist auch eine wichtige Frage. Der Kurs der Welt hängt davon ab!

Martin Andersen-Regé.

einen rechtsstehenden Kandidaten kämpfte, gab der Freisinn den Ausschlag. Er gab ihn in

- 7 Fällen für einen Konservativen,
7 " " Reichsparteiler,
11 " " Nationalliberalen,
6 " " Antisemiten,
1 Fall " Banernhändler.

Das sind insgesamt 32 Mandate, die der Freisinn der Reaktion gegen die Sozialdemokratie auslieferte. Und auch jetzt schon wieder hat er in mehreren Kreisen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie das sofortige Eintreten für einen Nationalliberalen in der Hauptwahl beschlossen, für dieselben Nationalliberalen, die mit dem Zentrum gegen die Linke sich verschworen haben! Daß der Freisinn auch diesmal wieder bei den Stichwahlen für den schwarzblauen Bloß gegen die Sozialdemokratie eintreten wird, steht leider trotz seiner löblichen Freiheitsphrasen zu befürchten! Der Freisinn ist eben die personifizierte Halbheit und Unzuverlässigkeit!

Kriegervereiner vor die Front!

Stillgestanden! Augen rechts! Nicht Euch! Augen gerade—aus! Rechts um! Mit drei Schreit Abstand, patriotisch — wählt!

In diese Kommandos läßt sich der Inhalt zweier Flugblätter zusammenschließen, die der Generallittimus des deutschen Kriegerbundes von Lindequist seiner Garde in Bratenroß und Zylinderhut in die Hand drückte.

Die „unpolitischen“ Spaliertruppen sollen bei der Wahl ein Schnellfeuer auf die Sozialdemokratie eröffnen.

Auch Welfen und Großpolen sollen unter Kreuzfeuer genommen werden.

Das ist beileibe keine Politik. Dem Sozialdemokraten, Polen und Welfen sind keine Staatsbürger, sind vielmehr vaterlandlose Wesen. Und wenn ein überfrühter Kriegervereinstreiter einem Liberalen so nebenbei eins aufbrennt, schadet auch weiter nichts.

Wie wäre es, Herr v. Lindequist, wenn man Sozialdemokraten, Polen oder Welfen mit gefülltem Regenschirm und einem schneidigen „March, march, hurra!“ aus dem Lande jagte? Frankreich würde sich darüber sehr freuen, denn die deutsche Bevölkerungszahl würde dann rapid unter die französische sinken.

Was sind doch die Kriegervereinsgrößen, die das Deutschtum in Erbpacht haben und die so schön das nationale Pfauenrad zu schlagen verstehen für wadere Schürer des Klassenhasses!

Und nun geht hin ihr wadernen Krieger, reißt die Knochen vor dem Herrn Wahlkommissariat zusammen und wählt einen Prot- und Fleischvertreter oder einen fatten Auponjaneider oder einen gleichnerischen Zentrumsphyaffen oder einen liberalen Kautschulmann. Aber um Gottes und des Königs willen keinen Sozialdemokraten. Herr v. Lindequist hat's verboten.

Bei allen Kriegervereinerln scheint allerdings die Freude über die Wahlkommandojettel des Herrn v. Lindequist nicht allzu groß gewesen zu sein. Sie haben aber ein Duzend Exemplare der Redaktion des „Vorwärts“ überwiefen.

Im Zeichen der Fleischnot.

Der soeben erschienene amtliche Bericht der Stadt Augsburg über den Verkehr am dortigen Schlacht- und Viechhof im Jahre 1910 zeigt sowohl einen erheblichen Rückgang der auf den Markt gebrachten Schlachttiere, als auch einen Rückgang des Konsums an Fleisch. Gegen das Vorjahr wurden 1910 in Augsburg rund 2000 Stück Vieh weniger angeliefert wie im Vorjahre, ferner wird festgestellt, daß der Konsum an Fleisch von 79 Kilogramm pro Kopf und Jahr im Jahre 1909 auf 77 Kilogramm gesunken ist. Dagegen sind die Fleischschlachtungen und der Konsum an Pferde- und Freibanfleisch ganz erheblich gestiegen.

Das Jahr 1911 weist voraussichtlich — eine Folge der Politik des schwarzblauen Bloßes — noch eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der Bevölkerung auf, denn so wie in Augsburg wirkt die Wucherpolitik überall.

Raub der Staatsbürgerrechte in Bayern.

Bei den letzten Gemeindevahlen im rechtsrheinischen Bayern hat die Sozialdemokratie auch in vielen ländlichen Bezirken Nordbayerns schöne Erfolge erzielt; eine Reihe von Parteigenossen wurde sogar zu Bürgermeistern oder Beigeordneten gewählt. Wie sehr ist noch kein Fall bekannt geworden, daß die Ausschüsse der bezirksigen Wahlen beanstanden hätten, was ja auch ein nachter Verfassungbruch wäre. Erst dem Bezirkskommissar von Würzburg, der sich schon früher durch seine Attakken gegen das Vereins- und Versammlungsrecht „rühmlich“ bekannt gemacht hat, judte es, auf diesem Gebiete Vorbeeren ernten zu wollen. In der von vielen Arbeitern bewohnten Gemeinde Dutzfarnbach wurde neben einem bürgerlichen Bürgermeister ein sozialdemokratischer Beigeordneter in der Person des Genossen Riegel, Lagerhalter des Konsumvereins, gewählt. Die Wahl unterliegt zunächst der Bestätigung des Bezirkskommissars von Würzburg. Dieser, ein Herr v. Umb, ein echter Junker, der in Ostelbien sehr gut aufgehoben wäre, ein Sozialreifer durch und durch, hat der Wahl des Genossen Riegel die Bestätigung verweigert mit einer Begründung, die an junkerlicher Annahme nichts zu wünschen übrig läßt. Genosse Riegel werde, so heißt es da, voraussichtlich den häufig außerhalb Dutzfarnbachs beschäftigten Bürgermeier in der Verwaltung des örtlichen Polizeis ujm. zu vertreten haben, da er aber Vorstand des sozialdemokratischen Vereins, des Vereins zur Erwerbung des Bürgerrechts, des Hausbauvereins, außerdem als Einberufer oder Leiter sozialdemokratischer Versammlungen häufig tätig und somit ein eifriger Förderer und Vertreter der sozialdemokratischen Partei sowie auch Lagerhalter des Konsumvereins sei, könne das Bezirksamt sich nicht überzeugen, daß Riegel imstande und gewillt sei, die Pflichten des Amtes über die Anforderungen der Partei zu stellen. — Wegen diesen frechen Versuch, die Sozialdemokratie außerhalb der Verfassung zu stellen, wird Beschwerde durch alle Instanzen geführt werden.

Sie stellen sich dümmer, als sie sind!

Das Wesen der indirekten Steuer wird von der Zentrums- presse immer noch nicht begriffen oder sie stellt sich wenigstens so. Schreibt da z. B. die „Germania“:

Nach der Finanzreform beträgt die Wehrbesteuerung für eine fünfjährig-Zigarre nur 1/4 Pf. Für wen ist denn das übrige Geld, das nach der Finanzreform für eine solche Zigarre mehr bezahlt werden muß? Etwa für das Zentrum? Oder für die Konservativen?

Als läge es nicht im Wesen der indirekten Steuer begründet, daß sie nicht nur auf den Preis der Ware aufgeschlagen und also gezahlt werden muß, ohne daß es der Zahler, der Konsument merkt — ganz nach dem System des Taschendiebstahls! — sondern daß sie natürlich aufgerundet wird. Soll denn die verweuerte Zigarre jetzt für 5/4 Pf. verkauft werden?! Es bleibt nur zweierlei: Verteuerung auf 6 Pf. oder Verbehaltung des Preises von 5 Pf. und Qualitätsverschlechterung. Die indirekten Steuern plündern das Volk und verschlechtern ihm obendrein die Waren — alles nur, damit der große Geldsack gesichert wird. Das ist „christliches“ Werk, wie es das verjüngerte Zentrum versteht.

Du hast ja keine Ahnung!

Als Graf Posadowski in seiner letzten Rede ablehnte, sich über das preussische Wahlrecht zu äußern, weil er doch nicht zum Landtag kandidierte, rief jemand dazwischen: Herrenhaus! Da entgegnete der Staatsminister a. D. aber geradezu höhnisch: „Ja, was wollen Sie denn? Die preussische Wahlreform ist ja nie ans Herrenhaus gekommen!“ Und tosenden Beifall spendeten ihm die über die „glänzende“ Abfuhr des Zwischenrufers verärgerten Anhänger.

Der Graf Posadowski weiß also nichts von der dreimaligen Behandlung der preussischen Wahlrechtsreform des Abgeordnetenhauses im Herrenhause am 15. April, 20. April und am 21. Mai 1910! Er weiß nichts von der famosen Drittelung, ähnlich der in dem in Preußen geltenden Gemeindevahlrecht, die auf Antrag des Oberpräsidenten vom Herrenhause am 20. April beschlossen wurde, und daß in dieser Sitzung in namentlicher Abstimmung die so noch weiter verzögerte Vorlage mit 140 gegen 94 Stimmen angenommen wurde von der Mehrheit der Konservativen, den Professoren und den nationalliberalen Oberbürgermeistern! Ach ja, da fehlte doch Graf Posadowski unentschuldig! Er weiß aber auch nichts von der Abstimmung in der Sitzung vom 21. Mai, in der 127 Ja und 82 Nein bei der nochmaligen Abstimmung fielen. Wie konnte es passieren, daß der Graf auch davon und nachher so rein gar nichts von der Wahlrechtsbehandlung im Herrenhause erfuhr, daß er am 9. Januar 1912 noch pathetisch erklären konnte: „Die preussische Wahlrechtsreform ist ja nie an das Herrenhaus gekommen!“ Wiest der Graf nicht

einmal die Berichte über die Sitzungen des Herrenhauses, wenn er schon die Sitzungen selbst schwänzt? Und hat er auch bis heute noch nie etwas erfahren von den Herrenhausbeschlüssen? Erklärt uns, Graf Cerindur . . .

Oesterreich.

Wertzuwachsteuer in Niederösterreich.

Nach einer Debatte, in der auch unser Genosse Dr. Renner sachkundig war, beschloß der niederösterreichische Landtag, den Landesauschuß (die aus dem Landtag gewählte Landesverwaltung) mit den Vorarbeiten zu einem Wertzuwachsgesetz zu beauftragen. Mit Ausnahme einer Änderung dieser Steuer in Wien gibt es in Oesterreich noch keine Wertzuwachsteuer.

Italien.

Ausweisung einer kirchlichen Presseagentur.

Rom, 8. Januar. Drei Mitarbeiter einer seit Juli vorigen Jahres in Mailand fungierenden telegraphischen Agentur, die nahe Fühlung zum Staatssekretariat des Vatikan hatte, sind dieser Tage wegen verleumdender Artikel ausgewiesen worden. Die Agentur nannte sich *Italia* (Internationale unabhängige Telegraphen-

agentur) und ließ sich vor allem die Dementierung von Nachrichten von Ezzeffen oder Verbrechern der Priesterkastei und die Verleumdung von Sozialisten und Freimaurern angelegen sein. Mit der Regierung kam sie in gespannte Stellung, indem sie während der Choleraepidemie ein angebliches Telegramm des Erzbischofs von Palermo an den Papst veröffentlichte, das die Zahl der täglichen Todesfälle in Palermo auf 1000 bezifferte. Die ausgewiesenen Journalisten, die Schweizer Degen, Haegeli und Paul, haben bereits Italien verlassen. Die telegraphische Korrespondenz ist nach Rom verpflanzt worden und erscheint hier unter dem Namen Agentur Weinschen! weiter. Dem „Giornale d'Italia“ zufolge hätte sich aber nach den gemachten Erfahrungen der Vatikan geweigert, die Korrespondenz in irgendeiner Weise zu unterstützen.

Spanien.

Sieben Todesurteile.

Madrid, 11. Januar. Wie die Zeitungen melden, hat der Oberste Gerichtshof der Marine sieben Todesurteile in dem Cullera-Aufbruchprozess ausgesprochen. Die republikanische und liberale Presse fordern die Begnadigung der Verurteilten.

Vor der Entscheidung.

Noch einmal haben am Vorabend der Entscheidung die Genossen Berlins und vieler Vororte die Werbetrommel gerührt:

Auf zum Streite — der Sieg muß unser sein!

Das war die Parole, die gestern in zahlreichen Versammlungen noch einmal ausgegeben wurde. Und der kampflustigen Streiter waren viele, viele dem Rufe zur Sammlung gefolgt. Aber auch so mancher erst Halbentschlossene und mancher noch Wankelmütige war erschienen. Das war gut so. Denn darauf kam es an, ihnen beizubringen, daß der „Ruf nach links“ von jedem mitgemacht werden müsse, der auf freie Selbstbestimmung und allgemeine Wohlfahrt Wert legt und der leidet unter der Wucht schwerer sozialer und politischer Mißstände.

In vielen der Versammlungen herrschte drangvolle Enge. Da und dort hatte die Polizei abgeperrt. Die Versammlungen, in denen niemand mehr Platz finden konnte, verteilten sich über alle beteiligten Wahlkreise — der sechste Berliner Kreis hatte keine Versammlungen — und über alle Gegenden. Die großen Säle waren dabei. Sie üben ja immer eine besondere Anziehungskraft aus. Sehr gut besucht waren aber auch die anderen Lokale.

Verschiedene Etablissements, die mehrere Säle haben, waren von mehreren Parteien als Rendez-vous-Platz ausersehen. Da gab es ein Wettstreiten auf den Treppen und in Wandelgängen:

„Die sozialdemokratische Versammlung ist oben!“ tönt es dem neuen Ankömmling entgegen.

„Hier unten kann man Fischbeck hören!“ ruft ein strammer Freisinnsmann schnell.

Der Wahlkampf hat eben seinen Höhepunkt erreicht. Den Rednern unserer Partei folgte man überall mit der größten Aufmerksamkeit. Die Sünden des verfloffenen Reichstages wurden nochmal unter die kritische Lupe genommen und in ihrer ganzen jämmerlichen Bloßgelegt. Dabei kam auch der Freisinn nicht zu kurz. Die Reden Raumanns und anderer können nichts daran ändern, daß er in entscheidenden Fragen verlagert und das Volk genau so verraten hat, wie es die Konterbattiven taten, und sei es in manchen Dingen auch nur durch seine jämmerliche Halbheit. So hat er sich beim Reichsvereinsgeleit durch Versprechungen von der Ministerbank beeinflussen lassen. Nachher ist ihm allerdings der Schreck in die Glieder gefahren, als er sehen mußte, wie Schillans — vom Gendarm und Amtsvorsteher bis zu den höheren Verwaltungsstellen — das Vereinsgesetz angeordnet wurde, trotz aller ministeriellen Versprechungen. Dieselben Herren, die es unterließen, den Versuch zu klarer gesetzlicher Begriffsbestimmung mitzumachen, wozu die Sozialdemokratie strebte, klagen jetzt ebenso wie wir über die vereinspolizeilichen Schikanen. Zweifellos ist aber, daß, wenn eine leidhaftige Exzellenz wieder mal freundlich mit den Freisinnshelden spricht, daß sie sich dann genau so wie damals wieder darauf verlassen werden. Und dann das Kapitel Mugdan! So sind dem Freisinn auf allen Gebieten die schwersten politischen Sünden nachzuweisen.

Die Verfallsstürme, welche die kritische Stäubung der Gegner der Sozialdemokratie überall auslösten, legten beides Zeugnis ab dafür, daß nur der Sozialdemokrat der Auserkorene der Versammelten sei.

In folgendem bringen wir die Nachrichten aus den einzelnen Versammlungen:

Erster Kreis.

Eine Versammlung, wie sie der erste Kreis wohl noch selten gesehen hat, fand im Lokal von Dräsel in der Neuen Friedrichstraße statt. Die Versammlung war schon zeitig so überfüllt, daß sie polizeilich abgesperrt werden mußte. Man schätzte die Zahl der Erschienenen auf etwa 1000. Hier geistelte zuerst Genosse Ledebour in seiner satirischen Art die Sünden des verfloffenen Reichstages. Nach ihm sprach der Kandidat des Kreises, Genosse Düweli, der vorher eine Rundtour durch die Versammlungen des Kreises gemacht hatte. Große Hoffnung leuchtete aus allen Gesichtern, als die Versammlung in gehobener Stimmung auseinander ging.

In der Versammlung in Café Gärtner waren 600—800 Personen anwesend. Referent war hier Walder Kanaffe. Genosse Düweli hielt eine Ansprache und hatte großen Applaus.

In den „Groschafällen“ in der Kommandantenstraße sprach zunächst Genosse Düweli, der Kandidat des Kreises, der von hier aus dann die übrigen Versammlungen des Kreises aufsuchte. Nach ihm nahm das Wort Genosse John. Die Zustimmung, die beiden Rednern wurde, zeigte deutlich, daß die Anwesenden entschlossen waren, alles dafür einzusetzen, daß auch dieser Kreis endlich einmal einen sozialdemokratischen Abgeordneten in den Reichstag entsende.

Zweiter Wahlkreis.

In zwei gut besuchten öffentlichen Versammlungen, die in Klens Festsälen, Gaiensheide und Nihilis Festsälen, Dammwischtagten, sprach der Kandidat des Kreises, R. Fischer und Genosse P. Hirsch. In temperamentvollen Reden riefen sie die Wähler zur Entscheidung auf.

Dritter Wahlkreis.

In der Versammlung bei Kessler, Köpenicker Straße, sprach der Kandidat des 3. Kreises, W. Pfannkuch, unter spontanen Beifallsstürmen.

Im Deutschen Hof und in den Arminhallen sprachen die Genossen S. Sträbel und S. Heimann, die die zahlreich Erschienenen in flammenden Reden zur Entscheidung aufriefen. Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen.

Bei Körner in der Koppenstraße sprach vor etwa 2000 Personen Genosse Litfin unter großem Beifall. Ohne Diskussion ging die Versammlung mit einem Hoch auseinander.

Im vollbesetzten Saal bei Boekers in der Weberstraße sprach Genosse Knüpfer, in recht padender, beifällig aufgenommenen Rede.

Die Versammlung bei Borgmann, Andreadstraße 21, war sehr gut besucht. Referent war Genosse Fretter. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

Über 1000 Personen, darunter viele Frauen, waren im Elbium, Landsberger Allee, erschienen. Genosse Wuph hatte das mit großem Beifall aufgenommene Referat übernommen.

Die Gameniusfälle waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Genosse Pochsch referierte unter lebhaftem Beifall.

In den Markgrafensälen, Markgrafendamm 34, hielt Genosse B. er m u h eine zündende, oft von Beifall unterbrochene Rede. Die Versammlung war überfüllt. Diskussion fand nicht statt.

Der Kandidat des Kreises, Genosse Büchner, richtete in der Drahtenburg vor sehr gut besuchter Versammlung ein lechtes Wort an seine Wähler und erntete stürmischen Beifall.

Die Festsäle „Süd-Ost“ in der Waldemarstraße waren schon vor 8 Uhr überfüllt, so daß Hunderte keinen Einlaß mehr fanden. Genosse A. Barth referierte unter stürmischem Beifall. In der Diskussion sprachen Genossin Raab und Genosse Rintorf. Als die Versammlung schon geschlossen war, erschien der Kandidat des Kreises, Genosse Büchner, und hielt, mit tosendem Beifall begrüßt, eine kurze Ansprache.

Die Versammlung bei Gramann war ebenfalls überfüllt. Das Referat des Genossen Leid fand stürmischen Beifall.

Für das Petersburger Viertel (Niederbarnim) fand in den „Brachsfällen des Ostens“ eine gut besuchte Versammlung statt, in der Genosse Dupont unter reichem Beifall sprach.

Fünfter Wahlkreis.

Ein lechtes Wort an die Wähler richtete in vollbesetzten Versammlungen, die in der Brauerei Friedrichshain und in den Sophienfälen tagten, die Genossen E. Eichhorn und Kaliski unter lebhaftem Beifall. Der Kandidat des Kreises, Genosse Robert Schmidt, hielt in beiden Versammlungen eine Ansprache, die begeisterte Zustimmung auslöste.

Die Versammlung der Laubstummeln, die in den Sophienfälen, Sophienstraße, stattfand, hob sich durch ihre Eigenart aus der Masse der Versammlungen ab. Referent war der Buchbinder Siegfried Reyer, der rührige Vorsitzende und das geistige Haupt der ganzen Laubstummelbewegung. Was wären wir ohne Sozialdemokratie? fragte er. Hat nicht kürzlich die Laubstummelbinde Amerikanerin Kellen den Laubstummeln den Sozialismus als Weltanschauung empfohlen? Des weiteren gibt der Redner noch mal die Namen der sozialdemokratischen Kandidaten bekannt und warnt die Anwesenden, sich durch falsche Stimmzettel irreführen zu lassen. Der 12. Januar müsse ein Gerichtstag werden für die bürgerlichen Parteien, der Liberalismus eingeschlossen. Die jüngsten Ereignisse streifend, geht er auf die traurigen Vorgänge im Obdachlosenheim ein, die auf das Konto der bürgerlichen Gesellschaft geschrieben werden müßten. Vor allem aber sollten die Laubstummeln die Lehre daraus ziehen und den Schnaps meiden wie die Pest. Jeder Tropfen, der getrunken werde, bedeute eine Unterstützung der Junker und Brotwucherer. — Reicher Beifall lohnte den Redner am Schluß seiner Ausführungen, ebenso die übrigen Redner. Mit einem Hoch schloß die Versammlung.

Rixdorf. In Hoppos Festsälen sprach vor einer überfüllten Versammlung von circa 1500 Personen Genosse Wuschel. — auch die Versammlung in Petris Festsälen, wo Genosse Exner sprach, war überfüllt. — Die Hohenhausen-Festsäle waren bereits um 8 Uhr polizeilich abgesperrt. Hier sprach Genosse Silberstein. — In den Passage-Festsälen sprach Genosse Piek ebenfalls vor überfüllter Versammlung. In sämtlichen vier Versammlungen hielt auch der Genosse Zubeil, der Kandidat des Kreises, eine mit Begeisterung aufgenommene Ansprache.

Wilmersdorf. Vor überfüllter Versammlung sprach Gewerkschaftssekretär Jernicke. In wichtiger Rede behandelte er das Thema: „Der Tag des Gerichts“. Reicher Beifall lohnte den Referenten. Diskussion fand nicht statt.

In Brederods Lokal in Südenbe tagte ebenfalls eine gut besuchte Versammlung. Der Referent, Genosse Larnow, gestaltete seine Ausführungen zu einer wichtigen Abrechnung mit der Politik der Regierung und der herrschenden Parteien. Insbesondere übte er Kritik an der Brotwucherwirtschaft und der Kriegsbege. Nach einer trefflichen Darlegung und Begründung unseres Endzieles schloß der Referent unter drohendem Beifall mit der Aufforderung, am Wahltag alles zu tun, um einen Sieg der Sozialdemokratie herbeizuführen. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Stimmung der Versammelten berechtigte zu den besten Hoffnungen für den Wahltag.

Tempelhof. Vor circa 600 Personen referierte hier Genosse Rohs. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

In Treptow waren in den „Brachsfällen“ über 400 Personen erschienen, die den Ausführungen des Genossen Pagens lauschten. In der Diskussion sprach Genosse Wiffel. Beide Redner ernteten lebhaften Beifall.

Viktorsberg. Eine äußerst gut besuchte Versammlung tagte im Lokal von Arnhold, wo Genosse Stadthagen ein lechtes Wort an die Wähler richtete. Von jedem Gesicht konnte man die Freude ablesen, daß jetzt endlich der Tag der Abrechnung gekommen sei.

Soziales.

Ein hartes Urteil gegen einen Lehrling

fällte gestern die 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. In bisher scharfer Rechtsprechung galt bisher die sofortige Entlassung eines Lehrlings mit Recht nur dann für geboten, wenn Vergehen schwerwiegender Natur, wie Diebstahl, Betrug usw., vorlagen. Disziplinäre Verfehlungen, die wohl zur Entlassung eines Handlungsgehilfen ausreichten, konnten das Lehrverhältnis noch nicht zur Auflösung bringen. Diesen Standpunkt, den die 2. Kammer unter ihrem früheren Vorsitzenden Dr. Liebrecht stets einnahm, hat die Kammer unter der jetzigen Leitung des Assessors Dr. Riese verlassen.

Ein 13jähriger Lehrling war von der Schneiderartikelfirma M. Hiller Nachf., deren Witlinhaber der freisinnige Stadtverordnete Jacoby ist, am Weihnachts-Heiligabend sofort entlassen worden, weil er sich weigerte, den ein Kilo schweren Schlüsselkasten täglich von der Wohnung des Geschäftsleiters Bernhard Lewy nach dem Geschäft und wieder zurück zu tragen. Dies tat der Lehrling auf ausdrückliches Geheiß seiner Mutter, die in dem plötzlichen Verlangen des Schlüsselkastenträgers nach fast einjähriger Tätigkeit nur eine Schikane des Geschäftsleiters erblickte. Wie die Mutter vor Gericht ausführte, habe sie Herrn L. selbst gebeten, ihren Sohn in strenger Zucht zu halten. Zwischen Strenge und Schikane sei aber ein Unterschied. L. wollte den Jungen, obgleich er sich in einem dem Gericht überreichten Brief sehr lobend über seine Führung äußert, gern los sein, da sie aber ihren Sohn nicht gutwillig aus der Lehre nehmen wollte, habe der Geschäftsleiter zu schikander Behandlung gegriffen. So habe eines Abends bei Geschäftsbeschluss der Hausdiener ein Stück Tuch in die Privatwohnung des L. tragen müssen und hätte bei dieser Gelegenheit den Schlüsselkasten bequem mitnehmen können. Lewy hielt aber den Lehrling absichtlich noch fünf Minuten zurück, damit dieser doch den Kasten in die Wohnung schleppen mußte. — Der Geschäftsleiter befand als Zeuge, daß das Tragen des Schlüsselkastens nicht durch mündliche Abrede ausgeschlossen war, während Mutter und Tochter das Gegenteil zu beschwören bereit waren. Die Mutter erklärte, sie habe sich das darum gleich ausbedungen, weil Geschäft und elterliche Wohnung sehr weit entfernt liegen und der Sohn auch noch Stunden zur Nachbildung nehmen sollte.

Trotz dieser Erklärungen der Mutter kam das Kaufmannsgericht auf Abweisung der auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses gerichteten Klage. Ob vereinbart oder nicht, der Lehrling hätte jedenfalls sich nicht beharrlich weigern dürfen, den Kasten zu tragen. Die Mutter wird dies ungläubige Urteil sofort bemittels der Berufung anfechten. Der Lehrling ist zum Lernen nicht zum Schlüsseltragen für den Geschäftsleiter da. Er war zu dem Schlüsseltragen nicht verpflichtet, selbst wenn Schikane nicht vorlag. Nimmt man aber an, er sei an sich zu dem ihm aufgetragenen Wege verpflichtet gewesen, so kann in der einmaligen Ablehnung der Aufforderung keine beharrliche Weigerung erblickt werden.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Aus Industrie und Handel.

Handwerker und Kleingewerbetreibende erwachen!

Bisher liegen sich die Handwerker und Kleinunternehmer bei den Verteuerungspolitiken — worunter auch die Freisinnigen gern einreihen, ihre schlechte Lage sei eine Folge der hohen Lohn der Arbeiter! Nun kommen die Genossführten dahinter, daß die künstliche Verteuerung der Lebenshaltung durch Zölle und indirekte Steuern die Ursache sei! Wie die Mittelstandspolitik der bürgerlichen Parteien gewirkt, das veranschaulicht das „Gasthaus“ (Nr. 1) Organ des Verbandes Deutscher Gastwirte, E. R., durch die Wiedergabe der Berechnung eines Gewerbelammerbeamten namens Tö in Bremen. Es kostete 1 Pfund:

	1904	1907	1911	Steigerung in Proz.
Raffin	1,—	1,—	1,50	50
Stärke	0,30	0,35	0,40	33 1/3
Ringäpfel	0,60	0,60	0,90	50
Mehl	0,20	0,22	0,22	10
Rosinen	0,50	0,60	0,90	80
Korinthen	0,40	0,50	0,50	25
Erbisen	0,20	0,20	0,20	50
Schnittäpfel	0,60	0,70	0,90	50
Kartoffelmehl	0,20	0,20	0,25	25
Fein-Zucker	0,25	0,26	0,24	25
Griech	0,25	0,25	0,30	20
Aprikosen	0,75	1,20	1,—	33 1/3
Linzen	0,25	0,50	0,40	60
Pfastergrütze	0,16	0,21	0,20	25
Bohnen	0,20	0,25	0,30	50
Pflaumen	0,40	0,50	0,60	50
Sauerkraut	0,10	0,10	0,20	100
Suppenkraut und frisches Gemüse				200 und mehr

Das genannte bürgerliche Organ höhnt auch über den Verfall der liberalen Presse, vor der Sozialdemokratie graulich zu machen. Es betont dabei ausdrücklich, daß nur die Sozialdemokratie all d Schilansden, den Mittelstand belastenden Steuern entgegengetreten ist. Weiter konstatiert es, daß die Freisinnigen u. a. auch Anhänger d Lustbarkeitssteuer seien, die für manchen Wirt den Ruin bedeuten. Daher: Keine Stimme den Liberalen!

Gewerkschaftliches siehe 1. Beilage.

Letzte Nachrichten.

Zur französischen Ministerkrise.

Paris, 11. Januar. (B. L. B.) Präsident Fallières hatte heute mit Dubok und Brissou eine Besprechung über die Kabinettskrise und wird morgen vormittag Leon Bourgeois zu sich berufen.

Wahlreform in Belgien.

Brüssel, 11. Januar. (B. L. B.) Der heutige Ministerrat beschäftigte sich mit der Frage der Vermehrung der Parlamentsseite auf Grund des Ergebnisses der Volkszählung vom 1. Januar 1910. Es verlaudet, daß die Kammerseite um zwanzig, die Senatsseite um zehn vermehrt werden sollen.

Die englischen Gewerkschaftsverbände machen mobil.

London, 11. Januar. (B. L. B.) Mit Rücksicht auf die Inanspruchnahme der allgemeinen Gewerkschaftsverbände, die durch die Baumwollausfuhrung und andere Arbeiterbewegungen hervorgerufen wurde, beschloß die Leitung der Gewerkschaften in einer heute abgehaltenen Versammlung, die Beiträge der den Gewerkschaften angehörenden Arbeiter auf das Doppelte zu erhöhen. Mehrere größere Baumwollspinnereien wurden heute geschlossen.

Großer Brand in Chicago.

Chicago, 11. Januar. (B. L. B.) Heute nachmittags gegen 2 Uhr brach im Gebäude des Handelsamts Feuer aus, das auch den Fahrstuhlschacht hinter der Produktenbörse ergriff. Dichte Rauchwolken drangen in die Hörsensäle und riefen hier eine Panik hervor.

Die französische Ministerkrise.

Das Ministerium Caillaux ist nun doch den Intrigen der Ministerführer erlegen. Wochenlang war Clemenceau müde und ungeduldig um Caillaux herumgeschlichen. Nun ist ihm wieder einmal ein Ministersturz geglückt. Caillaux war vollständig eingekreist. Die Senatskommission hatte sich als hochnotpeinliches Gericht etabliert, das unterjuchen sollte, von wem und wann die deutsch-französische Affäre zuerst auf den Kuhmarkt gezogen worden war. Im Grunde war kein großes Geheimnis mehr da. Seit Monaten wußte man, daß die unter Briand begonnenen Verhandlungen über die Ngoho-Sangha von Caillaux, als er Finanzminister des Kabinetts Monis war, unter der Hand weitergeführt wurden und daß die deutsche Regierung, von ihren Kapitalisten gedrängt, den Schlag von Agadir geführt hatte, als sich das nach dem Scheitern der ersten Kombination in Angriff genommene Projekt der Kongo-Kamerunbahn zerfallen hatte und Cambon in Riffingen nichts als „leichte Grenzberichtigungen“ in Zentralafrika zugestehen wollte, während Frankreich schon in Fez festsaß. Man wußte, daß hinter der Geheimdiplomatie der „Carrière“ ohne deren Wissen eine noch geheimere Diplomatie von Finanzleuten am Werk gewesen war. Wie ehemals Spanien und England abgemacht hatte, so wurden jetzt in die Berliner Verhandlungen Monis, Cambon nicht eingeweiht und sogar der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten Creppi erst in einem fortgeschrittenen Stadium. Der lauernde Clemenceau hat sich den erklärlichen Aerger der professionellen Diplomaten über diese „direkte Aktion“ der Finanzleute gemacht und mit Hilfe der Indiskretion des erbotenen de Selves, der ihm jede Aeußerung Caillaux brüderlich zutrug, gegen diesen in der nationalistischen Presse sowie namentlich im Blatt der Senfer Konservativen eine überaus heftige Kampagne organisiert, die gegen die fühligen Geschäftsbeziehungen des Ministerpräsidenten auch die chauvinistischen Gefühle mobilisieren soll. Herr de Selves verhalf dem alten Intriganten schließlich zum Erfolg und die Bedingungen, die Delcassé Caillaux stellte, gaben diesem schließlich den Rest. Denn was Delcassé forderte, war nicht mehr und nicht weniger als vollständige Unabhängigkeit seiner auswärtigen Politik von den Einwirkungen des Ministerrats. Darauf konnte natürlich Herr Caillaux nicht eingehen und gab seine Demission.

Man braucht dem Kabinett Caillaux wahrlich keine Träne nachzuweinen. Der Ministerpräsident war der Vertrauensmann der hohen Finanz und die französischen Arbeiter hatten in all ihren sozialpolitischen Bestrebungen in ihm einen unerbittlichen Gegner. In der auswärtigen Politik war er allerdings für einen gewissen Ausgleich der beiderseitigen Interessen im Dienste des französischen Finanzkapitals, für das ein Krieg eine furchtbare Gefahr bedeutet. Diese wird aber auch seinen Nachfolger in Schranken halten.

Langwierige Krise.

Paris, 11. Januar. Man glaubt, daß Präsident Fallières die heute stattfindende Wahl des Präsidenten des Senats abwarten müsse, bevor er in Besprechungen über die Neubildung des Kabinetts eintreten könne und nicht vor Freitag über die Wahl des neuen Ministerpräsidenten eine Entscheidung fassen werde. In politischen Kreisen werden für diesen Posten folgende Namen genannt: Leon Bourgeois, Delcassé, Poincaré, Millerand, Briand, Clemenceau, Gaston Doumergue und Jean Dupuy.

Wahlfanfare.

Was bläsen Wahlkompeten?

Auf, Wähler heraus!

Heut' gilt es zu reiten im fliegenden Soud!
Ihr Niedergerittnen! zeigt heut' euch als Held
Und jagt eure Feinde wie Hasen über's Feld!
Zuchheirassassa und die Noten sind da,
Die Noten sind lustig und rufen Hurra!

Den Krant- und Schlotbaronen,
Dem Spießer und dem Pfaff
Knallt lustig ein auf Leder! Huhah! Biff-Paff!
Den Vollsverrätern allen veralzt die Reichstagswahl;
Blaut ein den Schächern weidlich des Volkes Rot und Qual!
Zuchheirassassa und die Noten sind da,
Die Noten sind lustig und rufen Hurra!

Und ist dann gefäubert
Das große Wollsthaus,
Dann lang nicht geräfelt und weiter im Brand!
Attade geritten auf Preuhens Wahlrechtsschmach.
Jetzt heißt die Parole: Nur weiter Schlag auf Schlag!
Zuchheirassassa und die Noten sind da,
Die Noten sind lustig, sie rufen Hurra!

Drum Voll in den Sattel!
Der Morgen bricht an.
Es streite ein jeder, der fühlt wie ein Mann!
Fu lang hast du getragen den Spott und den Hohn!
Jetzt gib deinen Quälern gepfefferten Lohn!
Zuchheirassassa und die Noten sind da,
Die Noten sind lustig und rufen Hurra!

Die sozialistische Abgeordnete in Rußland sterben. Er war einer von jenen 37 Sozialdemokraten, die durch die Tüde der Spindelregierung aus dem Parlament in den Kerker geworfen wurden, einer von jenen, die unschuldig hinter verschlossenen Türen abgourteilt, als „Hochverräter“ den Vorwand boten zur Sprengung der zweiten Duma und zur Verübung des Staatsstreichs.

Als Auserwählter der kaukasischen Proletariat war Genosse Artichil Dshaparidze in die Duma geschickt worden, wo er neben dem Genossen Beretelli die Stellung des anerkannten Führers der sozialdemokratischen Fraktion einnahm. Und 1 1/2 Jahre später kam die Nachricht, daß er auf dem Gefangenentransport von Petersburg nach Nikolajew plötzlich verstarb. Es war für alle ein Rätsel, wie dieser starke Mann, noch verhältnismäßig so kurzer Zeit dem Regime der Jarenkerler zum Opfer gefallen konnte. Aufklärung darüber bringt nun die Erzählung eines Genossen, der als Augenzeuge seinen letzten Stunden bewohnte.

„Ich traf ihn“ — so beginnt der Bericht — „im Arrestantenwagen auf dem Wege von Moskau nach Belgorod am 26. Dezember 1908, seinem Todeslage. Mit ihm zusammen fuhren die Genossen Beretelli und Wacharadze. Die fünfjährige Astorgastraße war für Dshaparidze in 7tägiger Gefängnishaft umgewandelt worden. In Arrestantenkleidung gekleidet, saßen die Abgeordneten zusammen mit den Kriminalgefangenen. . . Auf dem Zentralbahnhof in Jamskaja langten wir gegen 8 Uhr abends an. Der Helmweber der Begleitkavallerie öffnete die Tür und schrie: Heraus! Dshaparidze erhob sich mit den anderen. Nachdem er eine

Mehrfach wird in parlamentarischen Kreisen die Ansicht ausgesprochen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Ueberegangsministerium mit wenigen markanten Persönlichkeiten als das geeignetste erscheine. Demselben werde als Hauptaufgabe die Erledigung des französisch-deutschen Abkommens obliegen.

Jaurès über die Krise.

Paris, den 11. Januar. Jaurès schreibt in der Humanité: Das Wesentlichste ist, daß wir morgen ein Ministerium haben, das Klugheit und Mäßigkeit besitzt und das nicht durch eine Affäre wie die Marokko-Frage kompromittiert ist, ein Ministerium, das nicht mit einer Diplomatie von Geheimverträgen arbeitet, sondern das entschlossen ist, das deutsch-französische Uebereinkommen votieren zu lassen, und es auch in einem ungewissen Geiste auslegen wird. Ein Ministerium, welches eine Annäherung an Deutschland vorbereitet, nicht auf der Basis von Finanzgeschäften, sondern in gemeinsamen und höheren Zielen der Zivilisation dient, ist zum Wohle Frankreichs erforderlich. Nur auf einem gesicherten Frieden beruht der soziale Fortschritt.

Der Krieg.

Vom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

Rom, 11. Januar. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) In Tripolis, Anzara, Tobjura und Homs herrscht vollständige Ruhe. Zur Aufklärung ausgesandte Flugzeuge, Kavallerie und Nachrichten von Kundschaftern befähigen, daß Gruppen von Arabern sich in Bir el Turki, Suani ben Aden, Foudal ben Gashir, Birtobras und Badirabra befinden. Reguläre türkische Streitkräfte sollen zwischen diesen Gruppen verteilt sein. Das türkische Kommando befindet sich in Suani ben Aden.

Der bulgarische Vandalenkrieg.

Wien, 11. Januar. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Uesläd meldet, warf eine starke bulgarische Bande drei Bomben in eine Versammlung der Einwohner von Jilhowa, während sie eine Lokalitätskundgebung für die Türkei veranstalteten. Dreizehn Personen wurden getötet, zweiundzwanzig verwundet. Sechs der Täter wurden verhaftet.

Rom, 8. Januar. (Fig. Ver.)

Der Zeitpunkt der Eröffnung der italienischen Kammer.

Ueber den mutmaßlichen Zeitpunkt der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten in Italien sind sehr widersprechende Gerüchte im Umlauf. Einerseits behauptet man, daß die Kammer am 25. Januar auf einige Tage geöffnet werden würde, um das Dekret der Annektierung von Tripolitanien und der Ehrennaka in ein Gesetz zu verwandeln. Die Kammer würde sich dann bis zum Friedensschluß vertagen. Andererseits heißt es, daß angeht die Möglichkeit eines baldigen Friedensschlusses das Parlament überhaupt nicht während des Krieges geöffnet werden würde. Solange man nicht Gewißheit über die Friedensausichten hat, dürfte sich die Frage nicht entscheiden. Mit der für ihn charakteristischen Verachtung des Parlaments strebt Giolitti es natürlich an, die Kammer erst dann zusammenzutreten zu lassen, wenn sie durch ihr Veredeln nichts mehr an den Beschlüssen der Regierung ändern kann. Solange der Krieg dauert, soll vor allem das Budget des Auswärtigen nicht zur Diskussion kommen, da man es für klug hält, offizielle Aeußerungen über die auswärtige Politik vorläufig nicht zu tun. Die Mehrheit der italienischen Abgeordneten erträgt es mit großer Fassung, daß die Regierung dem Parlament zeigt, wie sie in ersten Augenblicken nichts mit ihm anzufangen weiß und an Stelle des parlamentarischen Regimes die Diktatur treten läßt.

Minute gestanden, rief er aus: „Ich kann nicht!“ und stürzte zwischen den Bänken auf die Arme. Beretelli und Wacharadze trafen ihn auf und setzten ihn auf einen der Säde nieder. Der Begleitkavallerie schrie: „Weißt mir da nicht sitzen!“ Die Abgeordneten hoben den Genossen auf und trugen ihn auf ihren Armen aus dem Saal. In Jamskaja sollten die Gefangenen in einen anderen Zug einsteigen. Man ließ sie aber nicht in den Bahnhof, noch auf den Bahnsteig, der vom Winde geschützt war. Nachdem man uns mit einem Ring von Begleitkavallerie und Gendarmen umgeben hatte, hielt man uns länger als eine Stunde unter offenem Himmel, auf dem Schnee bei 20 Grad Frost, bis der Zug nach Kursk abging. In unserer dünnen Arrestantenkleidung zitterten wir vor Kälte. Bloß Dshaparidze war gestattet worden, sich niederzusetzen. Seine Frau stand mit dem Kinde auf den Armen abseits. . . Von der Bahnstation Kursk wurde Dshaparidze zusammen mit den Arrestanten auf einen Frachtschlitten nach dem Gefängnis gebracht, während wir, an den Händen gefesselt, diesen Weg zu Fuß machten. Als man uns in den Gefängnis Hof hineintrug, waren alle in Schweiß gebadet. Dshaparidze sah auf einem Sack in der Mitte des Hofes und erwartete uns. Er war eine Viertelstunde wußten wir in dem heftigen Frost auf dem Hofe warten, bis der Gefängnis kam. Dshaparidze wurde auf den Händen hineingetragen; er war totbleich, die Lippen blau, die Augen brannten im Fieber. . . Bei dem Appell stürzte er wieder zu Boden. Als wir wieder beieinander waren, sah ich Dshaparidze mit irren Blicken und am ganzen Körper zitternd. Die ganze Abteilung, mehr als 45 Personen, wurde in eine Zelle gesperrt, die 12 Schritte in der Länge und acht in der Breite maß. Es war nicht nur unmöglich zu gehen, sondern auch ausgeatmet zu liegen. Nach einer halben Stunde war keine Luft mehr zum Atmen da. Ein Kriminalgefangener wollte die Fensterläufe öffnen, die Schutzwache nahm aber das Gewehr in Anschlag und befahl ihm herunterzukriechen. Nach einer Stunde begann Dshaparidze zu töcheln. Man klopfte an die Tür und verlangte eine andere Zelle. Das war gegen Mitternacht. Der Direktor Kolomykow kam und befahl, den Abgeordneten eine andere Zelle zu geben. . .

Dshaparidze starb in derselben Nacht, ohne daß ihm auch nur die geringste ärztliche Hilfe zuteil geworden war. Sein Tod war offensichtlich eine Folge desselben Regimes, das den Genossen Wacharadze ins Irrenhaus, den Genossen Dshugel in den Tod getrieben, den Genossen Beretelli und viele andere Abgeordnete der Jungenschwindsucht ausgeliefert hat. Vergebens ist die allgemeine Forderung, diese unschuldig verurteilten Märtyrer der russischen Freiheit aus ihren feineren Kerkern zu befreien. Die blutdürstige Staatsstreichregierung hält ihre Opfer fest in ihren Krallen und wartet offenkundig, daß zu den schon gefallenen Genossen sich noch neue Opfer hinzugesellen sollen.

Die endlose Progression des Schlachtschiffes. In der Frage des Schlachtschiffes der Zukunft nimmt in der Flottennummer von Casfers „Magazine“ eine hervorragende englische Autorität auf dem Gebiete der Schiffbaukunst das Wort, der Direktor und führende Schiffbauingenieur der großen britischen Werft von Vickers, die bei den englischen Flottenneubauten in außerordentlichem Maße beteiligt ist. (I) Direktor Owens tritt den in letzter Zeit vielfach auftauchenden Anschauungen, wonach der moderne Kriegsschiffbau mit den jüngsten Ueberdreadnoughts die Höchstgrenze der Größenverhältnisse bei Kriegsschiffen erreicht hat. Im Gegenlag zu den Ansichten, die für die Zukunft eine Rückkehr zu Schlachtschiffen von höchstens 20000 Tons Displacement prophezeien, glaubt

Die Revolution in China.

Abdankung der Mandchu-Dynastie?

Paris, 11. Januar. Der „New York Herald“ meldet aus Peking, es seien in aller Stille Verhandlungen über die Entthronung der Mandchu geführt worden. Die revolutionären Führer sollen beschlossen haben, den Schutz der Güter der Kaiserlichen zu übernehmen. Der Kaiser selbst soll wie der Herrscher eines fremden Landes behandelt werden. Der Aufenthalt in China soll ihm gestattet und als seine Residenz Peking angewiesen werden. Mandchus, Mongolen und Tibetanern sollen die gleichen Rechte eingeräumt werden, wie Chinesen. Diese Vorschläge der revolutionären Regierung sind gestern den Mitgliedern der kaiserlichen Familie unterbreitet worden, die sich mit denselben unter der Bedingung einverstanden erklärt haben, daß die Revolutionäre ihre Versprechungen in allen Punkten halten.

Japan über das russische Vorgehen in der Mongolei.

Tokio, 11. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Meinungsäußerungen der japanischen Presse stimmen darin überein, daß das russische Vorgehen in der Mongolei die Theorie von der territorialen Unberleghkeit Chinas, besonders bezüglich der äußeren Provinzen, gestört. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß das russische Vorgehen unternommen zu einem Wechsel in der Politik der Mächte und zu ähnlichen internationalen Unstimmigkeiten führe, wie seinerzeit bei dem Vorgehen einzelner Mächte in Tibet, Siam und anderwärts. Die Zeitungen fügen hinzu, aus der Tatsache, daß die Mächte jetzt keinen Einspruch erhoben hätten, folge nicht, daß sie das russische Vorgehen billigten, sie wollten sich vielmehr nur freie Hand für die Zukunft vorbehalten.

Aus der Partei.

Die „Critica Sociale“ im Parteibefehl.

Rom, 8. Januar. (Fig. Ver.) Die „Critica Sociale“, die bisher vom Genossen Filippo Turati verlegt wurde, ist mit dem 1. Januar in den Besitz des Verlagsbuchhauses des „Avanti“ übergegangen. Die Redaktion bleibt weiter in Turatis Händen. Die Zeitschrift, die in reformistischem Sinne geleitet wird, erscheint vierzehntägig und tritt jetzt in ihren 22. Jahrgang. In demselben Parteiverlage wird jetzt auch ein italienisches Frauenblatt erscheinen, mit dessen Redaktion die Genossin Anna Kulikoff betraut ist. Das Blatt trägt den für eine sozialistische Zeitschrift nicht gerade glücklich gewählten Titel: „La difesa delle lavoratrici“ („Die Verteidigung der Arbeiterinnen“).

Gewerkschaftliches.

Das Streikpostenstehen vor der Hamburger Bürgerchaft.

Am Mittwoch, also zwei Tage vor der Reichstagswahl, kam der Scharfmacherantrag der „alten Fraktionen“, also des Wahlrechtsraubblocks, in der Hamburger Bürgerchaft zur Debatte. Er lautet:

Die Bürgerchaft wolle den Senat ersuchen, im Bundesrat die in Aussicht gestellten Anträge der königlich sächsischen Regierung tunclichst zu unterstützen, die einen besseren Schutz der Arbeitswilligen durch Ergänzung und Vervollständigung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen bezwecken, insbesondere auf ein Verbot des Streikpostenstehens hinzuwirken.

Herr Rudolf Sieberts, Besitzer einer Eisfabrik in Bergedorf und „Arbeitgeber“ von unzähligen Skutis in Hinterindien, hatte den Antrag zu „begründen“, was er in einer Weise tat, die die legendären Jesuiten vor Neid plähen

er, daß die Bautendenz der Zukunft sich in Richtung auf noch größere Schiffe bewegt. Er bemerkt dabei, wie unbegründet die „latente Ankaufung“ ist, daß eine weitere Verklärung der großen Schiffsartillerie bei starkem Feuer die Widerstandsfähigkeit des Schiffsrumpfes gefährdet und macht dabei die Mitteilung, daß auf englischen Werften gegenwärtig neue Ueberdreadnoughts gebaut werden, die mit nicht weniger als 13 Riesengeschützen ausgerüstet sind. Bisher glaubte man, daß mit 10 großen Geschützen die Normalgrenze artilleristischer Leistungsfähigkeit erreicht sei. Wir bauen heute Dreadnoughts von rund 30000 Tons Displacement und Hand in Hand mit dieser Vergrößerung des Schiffes geht eine rasche Verstärkung der Artillerie, die wiederum die Notwendigkeit eines stärkeren Panzerdaches und eine Erhöhung der Kohlenverbrauchsfähigkeit bedingen. Wenn ich alle diese Tendenzen prüfe und zusammenfasse, so will es mir scheinen, daß die Höchstgrenze noch nicht erreicht ist, selbst wenn die Geschützanzahl, die Schnelligkeit und die Stärke des Panzerdaches der neuesten Schiffskonstruktionen annähernd beibehalten wird. Wir dürfen nicht vergessen, daß selbst heute schon die Panzerkreuzer dieselben Riesengeschütze tragen wie die Schlachtschiffe, wenn auch in geringerer Zahl; daß die Panzerkreuzer die Schlachtschiffe in ihrer Schnelligkeit um 6-8 Seemeilen in der Stunde überbieten und zugleich 4000 bis 6000 Tonnen mehr Displacement haben. Wir werden auch von der Zukunft annehmen müssen, daß die großen Panzerkreuzer an Umfang und Displacement die Schlachtschiffe übertreffen werden, wenn auch nur in außergewöhnlichen Fällen größere Schwindigkeiten als 30 Seemeilen von den Kreuzern verlangt werden dürfen.“ Owens wendet sich dann der finanziellen Seite des modernen Kriegsschiffbaues zu und sucht die Ansicht zu widerlegen, die in kleinen Schiffen ohne weiteres auch die billigeren Schiffe sieht.

Wir bezweifeln nicht, daß die technischen Möglichkeiten des Schlachtschiffes noch längst nicht erschöpft sind. Es wird eben immer noch größere, schnellere und besser armierte Schiffe geben. Und der Wettkampf der von Interessenten „belehrt“ Nationen kann so ins Unermessliche gehen, bis eine völlige Erschöpfung eintritt oder das Proletariat dem Sport ein Ende für immer bereitet.

Notizen.

— Theaterchronik. „Totentanz der Liebe“, eine moderne Tetralogie von St. Przhyszewski, wird vom Verein „Neue freie Bühne“ in den Komerspielen des Deutschen Theaters zur Darstellung gebracht. Der erste Teil: „Das große Glück“ wird Sonnabend, den 13. Januar, um 4 Uhr nachmittags, aufgeführt.

— Musikchronik. Die Sonntagskonzerte im Charlottenburger Schiller-Theater beginnen in diesem Jahre am 14. Januar mittags 12 Uhr. Am Sonntag kommen zum Vortrag: Klavierquartett in A-dur, op. 29 von Brahms und Anton Dvoraks, Trio: Dumky (russische Balladen), Synchron Viden singt Lieder. Für den Zutritt von fünf Konzerten werden Abonnementshefte (unpersönlich und übertragbar) für 2,50 M. und 3,50 M. (einschl. Garderobe und Programm) abgegeben.

— In Rußland geleiteter Terrorismus. In Rouen ist eine Oper „Die rote Morgendämmerung“ aufgeführt worden, zu der zwei Pariser Literaten den morgendämmerlichen Text und der Baron Camille Erlanger die Musik geliefert haben. Das Stück spielt unter russischen „Revolutionären“, wie sie sich etwa der kleine Moritz vorstellt, und zwischen Pulverfässern, Revolvermündungen und Spitalbetten.

lassen würde. Nicht die Beschränkung, sondern die Ermög-
lichung der „wahren“ Koalitionsfreiheit will er, und deswegen
soll das Streikpostenfischen verboten werden, dieweil, wie ein
— amerikanisches Gerichtsurteil sagt, schon das Vorhanden-
sein von Streikposten den Arbeitwilligen mit Sorge erfüllt
und ihn bewegen kann, statt an die Arbeit nach Hause zu
gehen. Ihm trat zunächst der liberale Oberlandesgerichtsrat
Dr. Köhler entgegen, der darauf hinwies, daß ohne die Ver-
fügung, Streikposten aufzustellen, für die Arbeiter die Ausübung
des Koalitionsrechts unmöglich sei. Weiter verwies er auf die
möglichen politischen Folgen dieses Vorstoßes der Hamburger
Nationalliberalen, nämlich auf die Aussicht, daß in der Stich-
wahlenentscheidung die Sozialdemokraten liberale Kandidaten
gegen das Zentrum durchfallen lassen. Unser Genosse
Baepfow belehrte die Herren über die Geschichte des
Koalitionsrechts und zeigte dann, wie heute die Justiz Ar-
beiter und Unternehmer ungleich behandle, und gegen die
letzteren den § 153 selten oder nie anwende. Für die Arbeiter
bedeute das Verbot des Streikpostenfischens praktisch die Auf-
hebung des Koalitionsrechts. Uebrigens sei ja schon jetzt durch
die berühmte Handhabung der Strafenordnung das Streik-
postenfischen außerordentlich erschwert. Dem Fabrikanten
Sieberts sagte Genosse Baepfow verschiedene sehr
bittere Wahrheiten; der Scharfmacherhäuptling sah mit hoch-
rotem Kopf da. Weiter schilderte Baepfow das Treiben der Gin-
gebrüder und warf dann die Frage auf, was geschehen werde,
wenn das Recht des Streikpostenfischens und damit das
Koalitionsrecht falle; ob die ungenügend bezahlten Arbeiter
betteln oder sterben sollten. Eingehend wurde noch das Treiben
der Unternehmerverbände geschildert und gezeigt, was ihre
Kontrollen — also die Parallelscheinung der Streikposten —
sich herausnehmen und herausnehmen dürfen. — Nach der
wirkungsvollen Rede unseres Genossen gab es zur Abwechslung
einen langen Salm des rotkollerbehafteten Advokaten
Dr. Rudolf Mönckberg, Mittelweile war es 11¼ Uhr
geworden und es trat Vertagung ein — bis nach den Wahlen.
Damit dürfte die große Aktion einigermaßen verpufft sein.

Berlin und Umgegend.

Zur Zigarrenarbeiterbewegung in Groß-Berlin.

Die Bewegung der letzten vier Monate hat die Reihen des Ver-
bandes mit neuem Eifer erfüllt, ein Umstand, der
ebenso erfreulich wie erklärlich ist. Jetzt, Kollegen und Kolleginnen,
erwacht uns die Pflicht, das Errungene zu erhalten, zu festigen.
Jeder hat da seine Pflicht zu tun.
Vor allen Dingen: Werbet!
Und wenn Ihr geworden habt: Festigt!
Die neuen Mitglieder aber ermahnen wir, in allem ihren Pflichten
nachzukommen, namentlich auch ihre Ertragsbeiträge abzuführen, denn
der seit Wochen dauernde Kampf in Westfalen wird auch für uns
gekämpft.

Arbeiter, Parteigenossen! Fragt bei Euren Zigarreneinkäufen
nach den grünen Plakaten, unterzeichneten Alwin Schulz. Ver-
achtet die Veröffentlichungen im „Vorwärts“!
Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Achtung, Schuhmacher-Vertrauensleute! Das Bureau des Ver-
bandes, Blankenfelde Str. 10, bleibt heute am Wahltage geschlossen.
Zentralverband der Schuhmacher.
Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Das Ende der Tabakarbeiterausperrung?

Aus Minden (Westfalen) meldet Wolffs Bureau: Die Streiks
und Ausperrungen in der westfälischen und lippischen
Tabakindustrie, von denen circa 13000 Arbeiter betroffen waren,
sind jetzt beendet, da auch die Bevollmächtigten der Arbeiter den
unter Vermittlung des Landrats zustande gekommenen Vorschlägen
der beteiligten Arbeitgeberverbände zugestimmt haben. Die Ver-
treter der organisierten Arbeiter hatte bereits vorgestern die Be-
schlüsse der Arbeitgeber genehmigt.

Lohnbewegung der Mainzer Zuschneider.

Fünfundzwanzig Zuschneider, die in größeren Konfektionsgeschäften tätig
sind, haben ihre Abmündigung wegen Tarifstreitigkeiten eingereicht.
Ist bis zum 20. d. Mts. keine Einigung erzielt, so daß Arbeits-
niederlegung erfolgt, dann werden etwa 1000 Heimarbeiter in Mit-
leidenschaft gezogen.

Ausland.

England vor einem Riesenanstand.

Alle Hoffnungen, daß es zwischen den Bergarbeitern und den
Gesellschaftern zu einem Kompromiß kommen würde, können als
gescheitert bezeichnet werden. Die Arbeiter sind fest entschlossen,
in den Ausstand zu treten, falls nicht ihre Forderungen bewilligt
werden. Die Abstimmung kann nur als Formsache bezeichnet
werden. Am nächsten Montag wird das Resultat der Abstimmung
proklamiert werden. Neben das Ergebnis hegt man keinen Zweifel.
Industrie wie Admiralität sind eifrig bestrbt, sich mit großen
Kohlenvorräten zu versorgen, um bei Verklündung des Streiks
wenigstens für einige Zeit gedeckt zu sein. Schon jetzt macht sich
ein Steigen der Kohlenpreise bemerkbar. In Swansea und den
umliegenden Bezirken wird einstimmig zugunsten des Ausstandes ab-
gestimmt werden.

Soziales.

Streupflicht der Grundbesitzer bei Winterglätte.

Das Kammergericht hat in langer Judikatur daran fest-
gehalten, daß durch eine Polizeiverordnung allein eine Pflicht der
Grundbesitzer, bei Winterglätte den Bürgersteig vor ihren Grund-
stücken mit abstumpfendem Material zu bestreuen sowie ihn von
Schnee und Eis zu befreien, nicht begründet werden könne. Eine
solche Pflicht könne nach Ansicht des Kammergerichts durch eine
Polizeiverordnung nur näher geregelt werden, wenn sie bereits
auf Grund eines besonderen Gesetzes oder einer Oberverordn. (Ge-
wohnheitsrecht) besteht. Mit Rücksicht auf diese Judikatur hatten
nun eine ganze Anzahl Grundbesitzer in Küstrin — Peilong
und Genossen — bei Winterglätte nicht gestreut, indem sie die Polizei-
verordnung vom 9. Januar 1902, welche die Grundbesitzer für ver-
pflichtet erklärt, als unzulässig ansehe, da eine Oberverordn. nicht
bestehe. Ein besonderes Gesetz kam zweifellos nicht in Frage.

Die Strafkammer verurteilte aber die Angeklagten auf Grund
der Polizeiverordnung zu Geldstrafen. Das Gericht schloß sich
nicht der Judikatur des Kammergerichts an, sondern neueren Ent-
scheidungen des Reichsgerichts, wonach auch Polizeiverordnungen
allein die Streupflicht der Grundbesitzer im Interesse von Leben
und Gesundheit des Publikums auf Grund des Polizeiverwaltungs-
gesetzes begründen könnten, ohne daß eine Oberverordn. oder ein be-
sonderes Gesetz vorliege. Die Polizeiverordnung sei ohne weiteres
gültig und die Angeklagten mühten auf Grund derselben verur-
teilt werden, ohne daß zu untersuchen sei, ob eine Oberverordn.
oder ein besonderes Gesetz vorliege, wodurch etwa eine Streupflicht
der Grundbesitzer begründet wäre.

Das Kammergericht hob dieser Tage die Vorentscheidung auf
und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Ent-
scheidung an die Strafkammer zurück. Ausgeführt wurde: Das
Kammergericht habe keinen Anlaß, von seiner erprobten Rechts-
praxis abzugehen. Die fraglichen Entscheidungen des Reichsgerichts
seien nicht genügend begründet. Nach wie vor stehe das Kammer-
gericht auf dem Standpunkt, daß eine Polizeiverordnung unzulässig
sei, welche den Besitzern je eine Pflicht auferlege, ohne daß

sie bereits durch eine Oberverordn. oder durch ein besonderes Gesetz
begründet sei. Die Strafkammer müsse deshalb nachprüfen, ob
sich in Küstrin eine solche Oberverordn. gebildet habe.

Aus der Frauenbewegung.

An die Frauen in letzter Stunde!

Frauen! Mütter! Genossinnen! Die Ent-
scheidung naht, die Stunde der Vergeltung ist gekommen.
Deute wird das Volk zu sprechen haben, ob es mit dem
Wirken des letzten Reichstags einverstanden war. Die An-
twort der großen Masse des Volkes wird nicht zweifel-
haft sein. Nein, und dreimal nein, wird sie lauten!
Zwar sind die Frauen heute noch von dem Rechte
des Staatsbürgers, durch den Stimmzettel seine
Meinung zum Ausdruck zu bringen, ausgeschlossen. Die
bürgerlichen Parteien aller Schattierungen lehnen
es ab, die erwachsenen Frauen in die Reihe der stimm-
und wahlberechtigten Staatsbürger einzureihen und dokumentieren
dadurch, daß sie die Frau als minderwertiges Geschöpf ein-
schätzen. Einzig und allein die Sozialdemokratie ist
bis jetzt bei jeder Gelegenheit für die Gleichberechtigung der
Frau als Staatsbürger eingetreten.

Der Liberalismus insbesondere ist einer der harti-
näckigsten Gegner der Frauenrechte. Dennoch
stellen die „liberalen“ Frauen auch im diesmaligen Wahl-
kampfe ihre Hilfe und Unterstützung der liberalen Partei zur
Verfügung und versuchen ganz besonders in Berlin, der
konsequentesten Vertreterin der Frauenrechte, der Sozialdemo-
kratie, einzelne Kreise abzufragen. Zwar hat erst dieser Tage
der hoffnungslose liberale Kandidat des fünften Kreises
Obermeister Rettig sich entschieden als Gegner des Frauen-
wahl- und Stimmrechts bekannt und auch bei den
übrigen Freisinnskämpfern erhielten die guten Damen, sobald
sie nach Gretchenart die verfängliche Frage an einen dieser
Herren richteten:

„Nun sag, wie hast Du's mit dem Frauenwahl- und Stimm-
recht? Du bist ein dergleichen guter Mann, allein, ich glaub, Du
hältst nicht viel davon.“

die nichtsagende, väterlich-mohlwollende Antwort:

„Sah' das, mein Kind! Du lästst, ich bin Dir gut.“

In unzähligen Versammlungen, in Artikeln und Pro-
schüren haben die bürgerlichen Frauen schon die Notwendigkeit
der Gleichberechtigung der Geschlechter betont und mit Ar-
gumenten unterstützt, die durchaus als zwingend anerkannt
werden müssen. Aber die bürgerlichen Herren ließen sich in
ihrem festverankerten Bibelstandpunkt, wonach das Weib zu
schweigen und zu gehorchen habe, nicht abbringen.
Mit den albernsten Märgeln gingen sie stets über die Forde-
rungen zur Tagesordnung über.

Die liberalen Frauen aber lauschten ungeachtet dieser Er-
fahrung den Männern ihrer Liebe auch fernerhin nach und
betteln um Zuneigung, wo sie begründete Rechte zu fordern
hätten. Manchmal ist ja bei ihnen die Empörung hell auf-
gelodert, aber auch ebenso schnell wieder verglommen wie das
Feuer einer Kerze. Ja, sie sollen sich einmal sogar zu der
schrecklichen Drohung verstiegen haben, Frau für Frau ins
sozialdemokratische Lager überzugeben. Ach, sie haben es sich
noch rechtzeitig überlegt und sind bei den Fleischtöpfen des
Liberalismus geblieben. Fräulein Wischnowska mit der
phrygischen Krone in purpurschimmernder Garibaldihaube, die
Fadel der Rebellion schwingend — es wäre ein Bild für
Götter! Viel eher könnte man sich diese Dame mit
einem Kürassierhelm auf das liberale Haupt gestülpt und
dem Sabul in der Hand, für Deutschlands Ehr' und Ruhm
ausmarschierend, vorstellen. Wenn die bürgerlichen Frauen
die Welt anders als durch ihre Massenbrille sehen könnten,
sich befreien könnten von ihren bürgerlichen Vorurteilen, wenn
sie aus ihrer bürgerlichen Haut heraus könnten, dann mühten
sie die Konsequenzen aus dem Verhalten ihrer männlichen
Massengenossen ziehen und ihre Sympathie und Hilfe der
Sozialdemokratie zukommen lassen. Statt dessen
leisten sie, wie gesagt, auch diesmal wieder dem vor der
Reaktion kapitulierenden Freisinn bereitwillig Kulissen.
In einem Flugblatt des Wahlausschusses der liberalen Frauen
im 1. Wahlkreis, unterzeichnet von Fräulein Wischnowska
(Rakirlich!) kommt der jämmerliche Standpunkt dieser
„Kämpferinnen“ in prägnantester Weise zum Ausdruck. Heißt
es doch darin:

„In diesem Kampfe um Freiwerdung des
neuen Deutschland gehören wir Frauen
Schulter an Schulter an die Seite der
liberalen Männer! Ihr Weg ist unser Weg!“

Und dann geht es weiter, im Stile des Reichsverbandes
und die abgedroschensten Behauptungen aus der Zeit des
seligen Eugen Richters, werden wieder gegen die böse Sozial-
demokratie ausgekratzt.

Es liegt etwas Tragikomisches in dieser händischen Treue,
die selbst durch die fühlbarsten Zusätze, durch die schroffste,
abstoßendste Behandlung, die blutigste Verpöschung seitens der
„liberalen Männer“ sich nicht beirren läßt.

Wie anders doch bei der Sozialdemokratie: Hier stehen
die Frauen im Wahlkampfe mit Recht an der Schulter
der Genossen! Sind sie doch eingereiht in die große
Armee des organisierten Proletariats als vollberechtigte
Glieder! Würdet ihnen doch der Alltag und das Leben
ebenso viel oder noch mehr Sorgen und Arbeit auf als dem
Manne. Wüßten sie doch die verzweifeltsten Anstrengungen un-
ternehmen, um mit dem spärlichen Wirtschaftsgelde die Familie
notdürftig und anständig über Wasser halten zu können.

Lastet doch auf der Frau als Mutter und Hausfrau die
Sorge des Haushalts und die Erziehung der Kinder umso
schwerer, als der verflochtene Reichstag dem breiten Volke er-
neute Abgaben und Steuern auferlegt hat, die unbedingt auf
eine empfindliche Verschlechterung der Lebenshaltung hin-
wirken müssen. Und eine neue Steuerlast wird das
Land überflutet, neue ungeheure Lasten wird
der Militarismus in allen seinen Abarten
bringen, wenn das Volk nicht auf der Hut ist.

Darum, Frauen in den Kampf! In den
Kampf gegen Entrechtung und Auswucherung! Gerade bei
der diesmaligen Wahl müssen die Proletarierinnen im Vorder-
treffen stehen! Es geht um Sein oder Nichtsein, es geht
aufs Ganze, wie „König“ Heydebrand verhandelt hat.
Und wer die Strauchritter im Umde mit den Schlotbaronen
und den Kanonenpatrioten kennt, weiß, daß es nicht nur eine
leere Phrase ist. Es geht um Großes, es stehen Lebensfragen
der Arbeiterschaft auf dem Spiele, darum ist es Pflicht der
Frauen, mitzukämpfen im großen Entscheidungskampfe.
Nur wenn das Proletariat mit vereinten Kräften dem Feinde
entgegentritt, kann der endgültige Sieg zur Gewißheit werden.
Der heutige Tag soll wieder eine Etappe weiter führen auf
dem Wege zur Befreiung.

Darum: Frauen herans! Hinein in den Kampf!

Gerichts-Zeitung.

Gerichtsverhandlungen am Wahltage.

Während einer Verfügung des Justizministers entsprechend bei den
Landgerichten I und II ebenso wie bei den Schöffengerichten an dem
heutigen Wahltage Verhandlungen nicht stattfinden, hat das Land-
gericht III bedauerlicherweise eine Ausnahme gemacht. Bei dieser
finden heute die ordnungsmäßigen Sitzungen der drei Straf-
kammern statt. Zu den Verhandlungen sind zahlreiche Zeugen ge-
laden. Selbstverständlich ist die Notwendigkeit der Ausübung des
Wahlrechts ein hinreichender Grund zur Entschuldigung wegen
Nichterfahrens als Zeugen.

Landwäcker Streitigkeiten.

In der Gemeinde Rantwih bestehen gewisse Unstimmigkeiten
zwischen dem Amts- und Gemeindevorsteher Dr. Beindorf
bzw. der Gemeindeverwaltung und einem Teil der dortigen Ein-
wohner. Die Differenzen sind hervorgerufen durch den Bauungs-
plan und durch die Normierung der Kanalisationsgebühren und
haben sich zu einer Eingabe an die Regierung verdichtet. Zu der
Partei der Gegner des Bürgermeisters Dr. Beindorf gehört auch
der Königl. Bauinspektor A. D. Wilhelm Wulff, der gestern
wegen Beleidigung des Bürgermeisters und des Gemeindevorstands
Görke vor der dritten Strafkammer des Landgerichts II stand.
Bauinspektor Wulff ist Einwohner von Rantwih und besitzt dort
Grund und Boden im Umfange von 15 Morgen. Auf dem einen
ihm gehörigen Grundstück steht eine Villa, in welcher der Ange-
klagte wohnt, auf dem anderen steht das alte Schloß Rantwih, in
welchem bis vor einiger Zeit eine Trinkkuranstalt inaktiviert
war. Im Jahre 1910 wurde in Rantwih ein neuer Bauungsplan
aufgestellt, der von dem Hofbaurat Genzmer ausgearbeitet
worden war. Der Angeklagte fühlte sich durch diesen Bauungs-
plan benachteiligt, weil gerade von seinem Terrain ein großer Teil
zu Straßen- und Parkanlagen hergegeben und sein ganzes in der
Vorauße gelegenes Villengrundstück verschwinden soll. Hiergegen
erhob der Angeklagte Einspruch, wie er sagt, nicht nur in privatem,
sondern auch in öffentlichem Interesse, da es sich hier um Ab-
wendung einer dem allen historischen Schloße mit seiner Umgebung
aller Pflanze drohenden Gefahr handle. Er selbst, der seinerzeit
am Ballot-Vau mitgearbeitet habe und Mitglied des Vereins für
die Geschichte Berlins, der Wandenburgia und des Herold sei, habe
neben seinen eigenen Interessen auch ästhetische Interessen wahr-
nehmen wollen. Sein Einspruch bei dem Kreisaußschusse ist nicht
diesem verworfen und dieser Beschluß des Kreisaußschusses ist rechts-
kräftig geworden. Der Angeklagte, mit dem dann später der Re-
gierungsbaumeister Petersen im Auftrage der Gemeindeverwaltung
verhandelt und darüber ein Protokoll aufgesetzt hatte, hat dann
in Schriftstücken an den Landrat, die Regierung und das Mi-
nisterium das Verhalten des Bürgermeisters Beindorf in herben
Worten bekräftigt und den Baurat Görke beleidigt.

Nach längerer Verhandlung ergab sich zu allgemeiner Ueber-
zeugung, daß das von Herrn Petersen aufgestellte Protokoll den
Tatsachen nicht entspreche und der Inhalt des Protokolls An-
laß zu Mißverständnissen gegeben habe, die dem Angeklagten zu seinen
Ausfällen Veranlassung gaben. Unter diesen Umständen erklärte
Bürgermeister Beindorf, daß er für seine Person den Straf-
antrag zurücknehme. Auch der Strafantrag des Herrn Görke
wurde zurückgenommen, nachdem der Angeklagte zu Protokoll sein
Bedauern über die von ihm gemachten beleidigenden Worte aus-
gedrückt und versprochen hatte, für die Zukunft sich solcher Ausfälle
zu enthalten.

Verfälschte Unstimmlichkeitsheft.

Das im Vorngraben Verlage erschienene Werk „Das
Luthersche Gedächtnis“ aus der deutschen Vorzeit“, bil-
det gestern den Gegenstand des objektiven Verfahrens auf Grund
des § 184 vor der dritten Strafkammer des Landgerichts Berlin II
unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schults. Als Sachverständige
waren die Schriftsteller Wilhelm Wilschke und Fritz Engel er-
schienen, die gleichfalls geladenen Hermann Sudermann und Dr.
Ludwig Fuchs waren am Erscheinen verhindert. Nach Verlesung
einiger in dem Werke enthaltener Gedächtnis von Hofmannswaldau,
Christian Günther u. a. wurden die Sachverständigen vernommen.

Wilhelm Wilschke bekundete u. a., daß, wenn man die in Frage
stehenden Gedächtnis als moderne Literaturwerke bewerten wollte,
sie auf der äußersten Grenze stehen würden. Es handle sich hier
aber um alte Bestäuber unserer deutschen Literatur, um alte,
historisch gegebene Produkte der Literatur, die literarische und
ästhetische Werte darstellen, da sie eine bestimmte Kunstreue und
die Kultur bestimmter Zeiten widerspiegeln. Jene sogenannte
zweite schlesische Dichterschule gehöre zum Bestande unserer Lite-
ratur; in den Gedächtnis der vorliegenden Sammlung trete das
Sinnliche vor dem Sammelwert und der künstlerischen Form
zurück, sie bilde ein literar-historisches Dokument. — Der Sach-
verständige Fritz Engel schloß sich diesem Gutachten durchaus an
und betonte, daß der Herausgeber dieser Sammlung, Dr. Franz
Wey, ein ernsthafter kulturhistorisch arbeitender Schriftsteller und
Forscher sei, der insbesondere auch das erotische Gebiet kultur-
historisch und literaturgeschichtlich bearbeite. Die vorliegenden Ge-
dächtnis haben einen literar-historischen Wert, das Werk enthalte eine
Wählung von zum Teil ausgezeichneten, zum Teil minder wert-
vollen Beiträgen. Einzelne Gedächtnis seien verb in der Form, sie
haben aber eine künstlerische Tendenz und sind auf eine ästhetische
Wirkung berechnet. Hier und da würde man sagen können, daß
durch die Fälschung dieser Gedächtnis eine böse Wirkung ent-
stehen könne, aber eine solche könne auch durch die größten Meisterwerke
der Literatur entstehen bei solchen Leuten, die solche suchen. Wenn
junge Leute eine solche Wirkung suchen, dann finden sie anderswo
viel eher Gelegenheit, als in diesem Werke, welches bei dem Leser
doch eine literarische Fähigkeit und literarischen Verstand voraus-
setzt.

Staatsanwaltschaftsrat Tolk beantragte die Einziehung der
vorhandenen Exemplare und Unbrauchbarmachung der Platten und
Formen. Das Buch erfülle gar kein kulturhistorisches Interesse,
es spiegle nicht die Kultur jener Zeit wieder, sondern den Schmutz,
der sich in den Köpfen einzelner Leute angeammelt habe, welche
sich Dichter nennen, aber nur Verfälscher seien. In dem Werke
würde die kraffteste Troll dargeboten und der Preis von 3 M.
hindere keineswegs, daß die jugendlichen Trostreuer der Tauentzien-
straße sich den Ankauf dieses Buches leisten können.

Rechtsanwalt Kunze trat den Ausführungen des Staats-
anwalts in längeren Ausführungen entgegen und erinnerte daran,
daß in einem in München stattgefundenen Verfahren, welches sich
nicht nur gegen das Buch, sondern auch gegen Herrn Dr. Wey
wendete, die Geschworenen zum Freispruch gekommen sind. Der
Verteidiger beantragte, den Antrag des Staatsanwalts auf Ver-
schlagnahme des Buches abzulehnen.

Das Gericht lehnte nach kurzer Beratung den Antrag des
Staatsanwalts ab und hob den Verfallbescheid auf. Das
Buch enthalte eine Sammlung von Liebesliedern aus der zweiten
 Hälfte des 17. und dem Anfang des 18. Jahrhunderts. Es sei ja
nicht zu verkennen, daß eine Anzahl dieser Gedächtnis Vor-
gänge in drastischer und teilweise an das obscene freilebende Art
schildert, aber es wolle doch diese Lieber verstanden sein aus dem
Geiste ihrer Zeit. Das künstlerische überwiege doch in dem Werke,
daß man den § 184 des Strafgesetzbuches nicht anwenden könne.

Aus aller Welt.

Praktisches Christentum.

London, 9. Januar 1912. (Fig. Sec.)

Orangerotende Szenen spielten sich gestern in der Nähe der
Stadt Colchester ab, wo unter den Verwünschungen der Menge
sechs Kleinpächter mit Frauen und Kindern auf
die Straße gesetzt wurden. Der Agent der Landgesellschaft
ging mit dem Gerichtsdiener, einigen Polizisten und Landarbeitern
von einem Häuschen zum anderen. Die Fenster wurden ein-

geschlagen, die Hautflur aufgebrochen und dann wurde die armselige Gasse der Einwohner auf die Straße in den Schmutz geworfen. Den Säcken folgten die Personen und bald stand vor jedem Häuschen, vor Kiste zitternd, ein unglücklicher Vater mit seiner verzweifelt Frau und weinenden Kindern. Der Agent der Gesellschaft, ein „Oberleutnant“, hatte kein Erbarmen; er half selbst eifrig beim Zertrümmern der Fenster-scheiben. Eine der ermittelten Familien bestand aus dem Mann, seiner kranken Frau und sieben Kindern. Die kranke Mutter wurde hinausgetragen und auf der Straße auf einige Kisten, die der Familie gehörten, niedergelegt. In der eifri- gen Luft bekam sie einen Ohnmachtsfall. Die schluchzenden Kleinen umgaben die Mutter; der Mann stand ratlos und verzweifelt an ihrer Seite. Unterdessen waltete der „Oberleutnant“ seines schmutzigen Amtes unbefummert um all das Elend und die Tränen und Verzweiflungen der Volksmenge. Doch jetzt weiteten sich die vier Arbeiter der Gesellschaft, weiter mitzutun. Es wurde ihnen bedeutet, daß sie ihre Humanität mit der Entlassung aus dem Dienste bezahlen müßten.

Und wer war diese herrliche Gesellschaft, die mitten im Winter Frauen und Kinder auf die Straße hinaustrieb und obdachlos machte? Es war die Heilsarmee, jene von Frömmigkeit tiefenden heulenden Dertische des Christentums, die hier ihre Prinzipien in die Praxis umsetzten. Und der „Oberleutnant“ war ein Beamter der Heilsarmee. Vor einigen Jahren hinterließ ein englischer Millionär dem „General“ Booth eine Summe von 100 000 Pfd. Sterl., die dazu dienen sollte, Leute auf kleinen Südern anzusiedeln. Das Experiment oder die fromme Geschäftsführung der Heilsarmee scheint sich aber nicht bewährt zu haben. Die bisher dem Namen nach freien Pächter sollen deshalb in Lohnarbeiter verwandelt werden und wer sich dieser Umwandlung nicht unterziehen will, wird deswegen oder unter dem Vorwand, daß er unfähig sei, kurzerhand hinausgeworfen. Die gestern ermittelten Familien unter dem Schutz der Heilsarmee ergangen ist, schildert ein Spezialkorrespondent der „Daily News“ in einer Reihe ausführlicher Artikel. So war der Pächter, dessen kranke Frau auf die Straße getrieben wurde, ein Kapellmeister der Heilsarmee, der mit der Landwirtschaft gut vertraut ist. Ein Schwindsuchtsanfall, von dem er sich erholte, bestimmte ihn, seinen Beruf (Wagenbauer) zu verlassen und im Interesse seiner Gesundheit die in der Jugend erworbenen landwirtschaftlichen Kenntnisse zu verwerten. Die Heilsarmee setzte ihn auf ein Stück armen Landes, das einmal mit dem Dampfzug durchpflügt worden war. Die hinterlassenen Furchen waren so tief, daß sich nach dem Zeugnis eines benachbarten Bauers ein Acker leicht hätte hineinlegen können. Vier Monate brauchte der Mann, um mit Hacke und Schaufel das Land zu ebnen. Dabei arbeitete er von 4 Uhr morgens bis 10 und 11 Uhr abends und manchmal noch in der Nacht. Schließlich wurde er krank, was

einen nicht Wunder nehmen kann. Eine Bitte um ein Darlehen wurde von der Heilsarmee abgelehnt. Bei alledem mußte dieser Unglücks Mensch mit der kranken Frau und dem kranken Kinde noch in der von der Heilsarmee autokratisch verwalteten „Genossenschaft“ einkaufen, wo er alles viel teurer bezahlen mußte als bei Privathändlern. Und jetzt muß er die mit seinem Schweiß und seinem Lebensblut getränkte Scholle als Bettler obdachlos verlassen.

Die schwerste Schuld in dieser Tragödie trifft den frommen Millionär, der einer Heuchlerbande Gelder zur Verfügung stellte, die mit Hilfe ihrer systematischen Volksverleumdung da noch auszu-beuten versteht, wo der gewöhnliche Kapitalist längst alle Hoffnung aufgegeben hat.

Unwetter im Süden.

Seit zwei Tagen herrschen Sturm und Regen in ganz Italien. Auf dem Comersee wurde ein Boot vom Sturme über-rascht und kenterte. Hierbei sind alle drei Insassen ums Leben gekommen. In Livorno richtete ein Orkan großen Schaden an. Zwei Segelschiffe sind in der Nähe der Küste gesunken. In Dellaro's unweit Reggio de Calabria sind mehrere Wohn-häuser eingestürzt. Bisher konnten vier Leichen ge-borgen werden. Der Kapitän des aus New York in Neapel ein-gekommenen französischen Dampfers „St. Anne“ berichtet über eine schlimme Ueberfahrt. Besonders die Durchfahrt durch die Meer-enge von Gibraltar gestaltete sich sehr gefährlich. Fünf Matrosen wurden von einer heftigen Sturzsee über Bord ge-worfen und es gelang nur einem von ihnen, sich zu retten. — Auch an der französischen Küste hat das Unwetter schweren Schaden verursacht. Mehrere Schiffsunfälle sind zu verzeichnen. Zahlreiche Schiffstrümmer wurden ans Ufer geschwemmt.

Aus der Zentrumskloake.

Ein klassisches Beispiel für die Art, wie das Zentrum den Wahl-lampf führt, liefert der in Straßburg erscheinende „Merikale Volksfreund“. Dort heißt es:

„Wir dürfen uns nicht auf die Stichwahlen verlassen; denn dann gehen der liberale Wilatus und der rote Herodes gemeinsam gegen uns vor. Schon beim erstenmal müssen wir ihnen die Hosen knöpfen und ihnen einen Denzettel geben, den sie nie vergessen. Liberalismus und Sozialdemokratie ist preussische Ware. Beide sinken auch noch nach Knoblauch und Zwiebeln. Beide sind bezahlt vom alldutschen Hanfabund und von den Berliner jählichen Millionären. Fort mit dem Schweiß, von woher es gekommen ist. Millionen opfern sie, um uns Katholiken an die Wand zu drücken. Koch sind wir im Lande die große Mehrheit. Prüden wir sie so an die Wand, daß sie Sauce geben. Sie rufen: Krieg dem Gott der Christen, Krieg dem Kreuzigt, Krieg der Kirche und ihren Einrichtungen. Wir aber rufen: Für Christus und seine Kirche. Krieg der geldroten Schwefelbrände.“
Sehr nobel!

Duodezherlichkeit.

In Sähly in Oberhessen starb vor einigen Tagen der Legationssekretär Erbgraf v. Sähly genannt v. Görz. Die mit dem üblichen Pomp erfolgte Bestattung des Verstorbenen würde uns keinen Anlaß geben, des in weitesten Volkskreisen un-bekanntem Legationssekretärs zu gedenken, wenn nicht sein Tod ganz sonderbare beherrschende Verfügungen gezeigt hätte. Die Ständes-herrschaft Sähly war in der Zeit der Herrlichkeit der Duodezfürsten eine selbständige Grafschaft und so wurde aus Anlaß des Ablebens des Erbgrafen für sämtliche Ortsherrschaften der Ständeherrschaft (ehemalige Grafschaft) Sähly eine 14tägige Trauer angeordnet. Die Abhaltung öffentlicher Tanzlustbarkeiten und sonstiger öffentlicher Lust-barkeiten wurde untersagt.

Das ist doch eine Bevormundung der Bürger, wie sie nicht ärger zu denken ist. Was geht es die Einwohner der ehemaligen Grafschaft Sähly an, ob ein Nachkomme des in den vormärzlichen Zeiten regierenden Grafen gestorben ist? Wir sind doch wirklich in Deutschland mit Potentaten in so reicher Zahl gesegnet, daß man nicht noch künstlich neue schaffen braucht.

Kleine Notizen.

Explosion. Auf einer Motorbaraffe des Panzerkreuzers „Moltke“ explodierte gestern im Kieler Hafen der Luft-druckant. Das Fahrzeug sank sofort, doch wurde die Besatzung gerettet. Bei dem Unfall wurde ein Maschinistenmaat schwer, doch nicht lebensgefährlich verletzt.

Gesträndertes Schiff. Das Rettungsboot von Caistor bei Norwich (England) rettete sieben deutsche Seeleute des Brigg-schoners „Halle“ aus Bremen, der mit einer Ladung Reis nach Harmouth bestimmt war. Das Schiff war auf den Sandbänken vor Harmouth während dichten Nebels gestrandet. Man glaubt, daß es vollständig wrack werden wird.

Gaudeinsurg in Düsseldorf. Bei dem Einsturz eines vierstöckigen Neubaus in Stadtteil Darendorf wurden sechs Arbeiter unter den Trümmern begraben. Sie wurden sämtlich von der Feuer-wehr schwerverletzt geborgen und ins Krankenhaus gebracht, wo ein Arbeiter kurz nach der Einlieferung starb, während ein anderer noch ohne Befinnung ist.

Marktbericht von Berlin am 10. Januar 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00. Spitzbohnen weiße, 40,00—60,00. Linen 40,00—80,00. Kartoffeln 8,00—12,00. 1 Kilo-gramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50 bis 1,80. Schweinefleisch 1,50—1,80. Kalbfleisch 1,50—2,50. Hammelfleisch 1,50—2,50. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 8,80—6,40. 1 Kilogramm Haseln 1,20—2,40. Waln 1,20—2,80. Zander 1,60—3,60. Dredje 1,20—2,60. Barsch 1,00—2,00. Schlei 1,60—3,20. Steie 0,80—1,40. 60 Stück Kurbie 3,00—2,40.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Schöneberg.

Begleit 2.
Am Dienstag, den 9. d. M., verstarb nach kurzem Kranken-lager unsere langjährige, tüchtige Begleitführerin, Genossin Frau
Hedwig Lopszat
im Alter von 53 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des 2. Adolfschen Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
Treffpunkt für Mitglieder des Vereins Punkt 2 1/2 Uhr ein halbes Viertel.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß der Mitglied, der Schlosser
Paul Schröder
am 9. Januar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Hildorf, Wartendorfer Weg, aus statt. 110/8
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und Kutschmüller,

Ortsverwaltung Berlin.
Den Kollegen hiermit zur Nach-richt, daß unser Mitglied, der Portiermeister
Karl Zunk
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Hildorf, Hermann-Strasse 129-137, aus statt.
126/1 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

14405
Für die liebevolle Teilnahme und zahlreiche Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters **Franz Korrell** sagen wir allen Freunden und Bekannten, den Kollegen der Firma Borch, dem Charlottenburger Wahl-verein, dem Verband der Maler, Kuchler usw. unseren herzlichsten Dank. **Anna Korrell nebst Sohn.**

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Filiale Berlin.
Unsere Kollegen zur Nachricht, daß der Kollege
Richard Krakau
am 9. Januar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 12. Januar, nach-mittags 1 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 128/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter- Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsen-führer
Heinrich Prigand
am 8. d. Mts. im Alter von 61 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. Januar, nach-mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Ahrensfelde aus statt. 61/5
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Todesanzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn
Paul Michaelis
am Mittwoch, den 10. Januar, mittags 12 Uhr nach langem schweren Leiden im Alter von 8 Jahren sanft entschliefen ist. Dies zeigt betrübt an
Felix Michaelis und Frau.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. d. M., mittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Jas-mundenstraße 9, aus nach dem Friedhofe der Kreuznischen Ge-meinde, Pappelallee, statt.

Am 10. Januar verstarb plötz- lich unser Kollege, der Instru- mentenmacher

Johann Will.
Die Beerdigung findet Son-ntag, nachmittags 3 Uhr, am dem Zentralfriedhof in Friedrichs-felde statt.
Die Kollegen der Pianofabrik
Gast u. Co.

Danksagung.

14405
Für die innige Anteilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Genossen und Bekannten, sowie dem Arbeiter-Radfah-erverein Groß-Berlin, dem Zitherschub-Verein, den Kollegen der Firma Bollmer u. Dants, den Genossen von Treptow, den Mitgliedern von „Solidarität“ meinen besten Dank. **Wilhelm Vogel** Kindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranz-penden bei dem Hinscheiden meines lieben Vaters
Friedrich Müller
sage ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank. 24455
Die trauernde Witwe **Maria Müller.**

Kranken-Unterstützungs- u. Begräbniskasse der Feder- jurichter Berlins. (G. S. Nr. 60.)

General-Versammlung
am Sonntag, 21. Januar, vorm. 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelster 15, Saal 11.
Tagesordnung:
1. Kassenbericht für das Jahr 1911.
2. Bericht der Revisoren.
3. Vorstandswahl:
a) Wahl des ersten Vorstehers,
b) des Schriftführers,
c) des Kassiers,
d) der sechs Ersatzmänner.
4. Geschäftliches.
Der Vorstand.
S. H.: **Gustav Busse.**
24405

Arbeiter-Radfahrer- Bund Solidarität.

Ortsgruppe Berlin.
Touren
Sonntag, den 14. Januar:
2. Abt.: 9 Uhr: Streikzüge durch den Brunnenwald (Endziel Jepsendorf-Pfiet).
3. Abt.: 1 Uhr: Konwit (Ebel).
4. Abt.: Besichtigung des Gedenk-museums. Treffpunkt: 12 Uhr, Museumsportal. 10/4
5. Abt.: 1 1/2 Uhr: Gr. Lichterfelde (Nichter).
6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Wilhelmshöhe (Gesellschaftshaus).
7. und 8. Abt.: 2 Uhr: Blenide an der Nordbahn (Ältermann).
Start an den bekannten Stellen.

Total-Ausverkauf

meines seit 23 Jahren bestehenden
Eisenwarengeschäfts.
Sämtliche Waren, besonders
Werkzeuge 24905
— anher zu billig
Berlin S. 59,
W. G. Bartnick, Kottbuserdamm 6.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,

nur Mariannen-Straße 2.
35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Wenn Sie
direkt zu Engrospreisen
in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 5157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur
eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

107/11*

„Hoffnung“

Berliner Schneider-Genossenschaft, E. G. m. b. H.
gegründet von organisierten Schneidergehilfen Berlins
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger Ulster, Paletots, Anzüge und Joppen

Elegante Maßanfertigung

Eigene Betriebswerkstätten.
Lieferant der Konsum-Genossenschaft und des Arbeiter-Radfahrerbundes.

Heute geschlossen.
Sonntag von 12—2 Uhr geöffnet.

Stoffe

Damentuche für elegante Kleider, Paletots u. dgl. 2,50, 3,50, 4,50 R.
Zuchlanger Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21, vis-a-vis der
Patrikerche.

Brennholz

beste Fabrikationsabfälle, sehr billiges Brennmaterial, 3 Stk. für 4,85 R. mit Rubelohn, frei Keller. Holz-schneiderei Vertur, Hohen-Schön-hausen, Fernspr. Lichtenberg 3021.

SALEMALEIKUM

SALEM GOLD

(Goldmundstück)
Cigaretten

Etwas für Sie!

Preis
N^o 3/2 4 5
3/2 4 5 Pfg.
N^o 6 8 10
Luxusqualitäten: 6 8 10 Pfg. d. St.

Echt mit Firma
Orient Tabak- u. Cigaretten-Fabrik
Yenidze, Inh. Hugo Zietz, Dresden



A. Wertheim



G.M.B.H

Leipzigerstr. 132-37
Königsstrasse 31-32

Versand-Abteilung: Berlin W. 66, Leipziger Str. 132/37
Bei Briefen ist die genaue Adresse erforderlich.
Die Firma A. Wertheim hat zu ähnlich lautenden
Firmen keinerlei Beziehungen.

Rosenthalerstr. 28-31
Oranienstrasse 52-55

Freitag und Sonnabend, soweit vorhanden:

Preiswerte Lebensmittel

Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen.

Frisches Fleisch

Rinderfilet im ganzen, unausgeschält . . . Pfd. 1.00
 Roastbeef . Pfd. 1.00, ohne Knochen 1.30
 Brust und Fehlrippe . . . Pfd. 80 Pf.
 Kamm und Gulasch . . . Pfd. 70 Pf.
 Pökeltzunge Pfd. 1.30
 Frischer Schinken im ganzen Pfd. 70 Pf.
 Liesen Pfd. 65, Rücken Fett 55 Pf.
 Eisbein (Dickbein) . . . Pfd. 65 Pf.
 Kalbskeule und Rücken, im ganzen . . . Pfd. 1.05
 Kamm und Bug im ganzen, Pfd. 80 Pf.
 Kalbsbrust Pfd. 85 Pf., -Spitze 1.00
 Hammelkeule und -Rücken, im ganzen . . . Pfd. 80 Pf.
 Dicke Rippe 65, Dünning 55 Pf.
 Kassel. Rippespeer Pfd. 75 b. 90 Pf.

*Starke Hasen gestreift . Stck. 3.00
*Hirsch und Wildschwein

Fleischwaren

Rotwurst Pfund 45, 70 Pf.
 Jagdwurst Pfund 90 Pf.
 Landleberwurst Pfund 85 Pf.
 Feine Leberwurst Pfund 95 Pf.
 Pastetenleberwurst Pfund 1.00
 Bauernmettwurst m. Knoblauch, Pfd. 1.00
 Teewurst Pfund 1.10
 Zervelatwurst Pfd. 1.10
 Salamiwurst Pfd. 1.10
 Braunsch. Zervelatwurst in Fett- und Darm Pfd. 1.30
 Schinkenspeck in Stücken von 1/2 bis 1 Pfund Pfd. 90 Pf.
 Mausschinken ca. 2 1/2-3 Pfund schwer Pfd. 1.15
 Rollschinken ca. 6-8 Pfund schwer Pfd. 1.20
 Landschinken ca. 8-11 Pfund schwer Pfd. 1.20

Kakao

Deutscher Kakao Pfund 68 Pf.
 Deutscher Kakao Pfund 90 Pf.
 Holländischer Kakao Pfund 1.50
 Holländischer Kakao Pfund 2.00
 Haushalt-Schokolade Pfund 68 Pf.
 Haushalt-Schokolade Pfund 78 Pf.

Tee

Souchong-Melange
 Pfd. I 1.90 II 2.30 III 2.80 IV 3.40 V 4.20
 Kongo-Melange Pfd. 2.60, 4.20
 Ceylon-Tee Pfd. 3.40
 Pecco-Melange Pfd. 4.80
 Grustee Pfd. 1.50

Gebrannter Kaffee Pfund 1.50 1.60 1.70

Spezialmischung bestehend aus 50% gemahlenen Bohnenkaffee und 50% Kaffee-Ersatz . Pfd. 95 Pf.

* Fische

Rotzungen Pfd. 13 Pf.
 Schellfische Pfd. 10 Pf.
 Grüne Heringe 2 Pfd. 10 Pf.
 Grosse Schollen Pfd. 15 Pf.
 Seelachs in ganzen Fischen, Pfd. 10 Pf.
 Kabeljau in ganzen Fischen, Pfd. 11 Pf.
 Lachs in ganzen Fischen . . . Pfd. 28 Pf.
 Lebende Schleie Pfd. 86 Pf.
 Lebende Hechte Pfd. 70, 93 Pf.
 Lebende Plötzen Pfd. 30 Pf.
 Lebende Karpfen Pfd. 65, 85 Pf.
 Puten Pfd. 53, 75 Pf.
 Fasanen Stck. 1.00, 1.25, 1.75
 Suppenhühner 1.50 bis 2.75
 Gänsepökelfleisch Rügenwalder Pfd. 55 Pf.
 Gänsebrust Pfd. 90, -Kügel Pfd. 85, 95 Pf.

Nur noch 9 Tage!

Inventur-Verkauf

Nur noch 9 Tage!

zu außerordentlich billigen Preisen
ein großer Posten aus guten u. haltbaren Stoffen gefertigt

Sakko-Anzüge □ Ulster □ Paletots

in den Serienpreisen bis zu 39.00 jetzt zum Einheitspreise 18.00
 in den Serienpreisen bis zu 60.00 jetzt zum Einheitspreise 28.00

Ferner ein Posten
Rockjackett-Anzüge zum Einheitspreise 36.00

Aenderungen zum Selbstkostenpreis

Zu ebenfalls bedeutend herabgesetzten Preisen

Westen □ Beinkleider □ Lodenjoppen □ Pelerinen □ Wettermäntel
Pelze und Pelzjoppen

C, Köllnischer
Fischmarkt 4-5-6

Leineweber

C, Köllnischer
Fischmarkt 4-5-6

Die sozialdemokratischen Kandidaten der Provinz Brandenburg:

- West-Priegnitz: Gewerkschaftsangehelliger Wilhelm Siering, Berlin.
Op-Priegnitz: Gewerkschaftsangehelliger Karl Gerschold, Berlin.
Ruppin-Tempelin: Stadtverordneter Emil Voedke, Rixdorf-Berlin.
Prenzlau-Angermünde: Expedient Richard Gackelbusch, Berlin.
Ober-Barnim: Stadtv. Bernhard Bruns, Berlin.
Potsdam-Osthavelland: Landtagsabgeordneter und Stadtverordneter Dr. Karl Liebknecht, Berlin.
Brandenburg-Westhavelland: Schriftsteller Heinrich Peus, Dessau.
Rauh-Weizig: Stadtv. Ferdinand Ewald, Berlin.
Arnswalde-Friedeberg: Arbeitersekretär Eugen Bräuner, Berlin.
Landsberg-Solbin: Buchhändler Wlth. Pögel, Rixdorf-Berlin.
Königsberg-Neumark: Parteisekretär Richard Schmidt, Berlin.
Frankfurt-Lebus: Stadtverordneter Dr. Hermann Weyl, Berlin.
Ost- und West-Sternberg: Gewerkschaftsangehelliger Wilhelm Schünig, Lichtenberg.
Züllichau-Krossen: Stadtverordneter Oswald Grauer, Lichtenberg-Berlin.
Guben-Lübben: Gewerkschaftsangehelliger Franz Koyke, Berlin.
Soran-Forst: Gewerkschaftsangehelliger Oswald Schumann, Rixdorf-Berlin.
Kottbus-Spremberg: Arbeitersekretär Karl Wiebel, Nieder-Schönhausen-Berlin.
Kalan-Luckau: Parteisekretär Otto Weiss, Berlin.

Die Reichstagswahl

Ist auf heute Freitag, den 12. Januar, festgesetzt. Die Wahlhandlung beginnt vormittags 10 Uhr und wird nachmittags 7 Uhr pünktlich geschlossen. Wähler, die bis zu diesem Zeitpunkt ihre Stimme nicht abgegeben haben, dürfen nicht mehr wählen.

Der Wahlvorsteher kann von den erscheinenden Wählern die Vorlegung einer

Legitimation

verlangen. Es möge sich deshalb jeder, der sein Wahlrecht ausübt, mit entsprechender Legitimation versehen (Militärpapiere, Steuerzettel, Mietkontrakt u. dergl.).

Die Wahl selbst ist geheim. Nach § 15 des Wahlreglements vom 28. April 1908 hat jeder Wähler seinen Stimmzettel in einem amtlichen Umschlag dem Wahlvorstande zu überreichen. Das Hineinstecken des Stimmzettels in den Umschlag muß so geschehen, daß der Wähler dabei von dritten Personen nicht beobachtet werden kann. Zu diesem Zwecke wird in jedem Wahllokale ein Isolierzraum (Wahlzelle) hergerichtet, in welchen sich jeder Wähler begeben muß, bevor er an den Wahlstisch tritt. Die Ausschließung der Umschläge erfolgt einzeln am Eingange zu der Wahlzelle. Der Wahlvorsteher darf niemanden zur Stimmabgabe zulassen, welcher nicht vorher in der Wahlzelle gewesen ist.

Damit die Wahlen einen ordnungsmäßigen Verlauf nehmen, hat der Magistrat folgende Ordnungsvorschriften erlassen:

- 1. Die zur Stimmabgabe erscheinenden Wähler nehmen einzeln hintereinander nach der Zeitfolge ihres Eintreffens Aufstellung und rücken so allmählich zu der Wahlzelle heran. Bei größerem Andrang ist es wünschenswert, daß das hintere Ende dieser Wählerkette möglichst weit vor dem Eingange zum eigentlichen Wahlräume gebildet wird, damit ein Gedränge an dem Eingange vermieden und denjenigen Wählern, welche ihre Stimme bereits abgegeben haben, das Verlassen des Wahlraumes nicht erschwert wird.
2. Eine Ueberfüllung des Wahlraumes, durch welche das ordnungsmäßige Herantreten der Wähler zur Wahlzelle oder das Verlassen des Lokals erschwert werden könnte, muß — insbesondere in der Zeit von 6—7 Uhr — vermieden werden. Es empfiehlt sich daher, daß im allgemeinen jeder Wähler, welcher seine Stimme abgegeben hat, den Wahlraum sogleich wieder verläßt, sofern nicht ausreichend Platz zu weiterem Aufenthalt vorhanden ist. Der Raum vor dem Vorstandstische und den Wahlzellen muß auf alle Fälle freigehalten werden, damit der Wahlvorsteher die Wahlzellen übersehen kann.
3. Den im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung vom Wahlvorsteher gegebenen Anordnungen ist unbedingt Folge zu leisten.
4. Zur schnelleren Auffindung des Wählers in der Liste dient es, wenn derselbe zuerst seine Wohnung und dann den Namen nennt.
5. Jeder Wähler, welcher es ermöglichen kann, über sein Wahlrecht in den Vormittagsstunden zwischen 10 und 12 Uhr aus.
6. Da nach Vorschrift des Wahlreglements die Abstimmung pünktlich um 7 Uhr für geschlossen zu erklären ist, auch wenn sich noch Wähler im Wahllokale befinden, welche ihre Stimme noch nicht abgegeben haben, so wird dringend empfohlen,

möglichst frühzeitig,

spätestens aber zwischen 6 und 7 Uhr im Wahllokale zu erscheinen.

Wir haben das Vertrauen zu den Wählern, daß sie diese Ordnungsvorschriften auf das genaueste befolgen und solche Personen, welche etwa aus Unkenntnis hiergegen verstoßen, auf den Inhalt dieser Vorschriften aufmerksam machen.

Veränderung eines Wahllokals im zweiten Kreise.

Für den Wahlbezirk 40 ist das Wahllokal Bülow-Ufer 15/16, nicht Bülowstr. 15/16.

Zur Wahlhilfe

finden sich die Genossen möglichst frühzeitig in den Lokalen ein, von denen aus die Wahlarbeit für den Bezirk geleistet wird. Diejenigen Genossen, die sich nicht zur Uebernahme bestimmter Funktionen am Wahltage bereit erklärt haben, können sich in den unten bezeichneten Wahlbüros der Kreise melden. Besonderer Wert wird darauf gelegt, daß sich von mittags ab zahlreiche Hilfskräfte zur Beforgung der Schlepparbeit zur Verfügung stellen.

Die Wahlbüros

am Tage der Wahl befinden sich:

Erster Kreis.

Kreis-Bureau.

Weihnacht, Grünstr. 21, Tel. Amt Zentrum 1787.

Abteilungs-Büros.

- Abt. 1. Breiske, Klosterstr. 46, Tel. Amt Zentrum 235.
Abt. 2. Schwedler, An der Fischerbrücke 16, Tel. Zentrum 525.
Abt. 3. Dorn, Mittelstr. 39, Tel. Amt Zentrum 10 157.
Abt. 4. Jepp, Mohrenstr. 33, Tel. Amt Zentrum 3764 (Nebenanschluß).
Abt. 5. Bartusch, Kanonierstr. 9, Tel. Amt Zentrum 1175.
Abt. 6. Behrendt, Klopstockstr. 23, Tel. Amt Roabit 8371.

Zweiter Kreis.

Kreis-Bureau.

Almenröder, Smeisenastr. 71, Tel. Amt Moritzpl. 9130.

Abteilungs-Büros.

- Abt. 1. Rikert, Steinmeßstr. 36a, Tel. Amt Bülow 6726.
Abt. 2. Orłowski, Bülowstr. 107/108, Tel. Amt Kurfürst 16 681.
Abt. 3. Lorenz, Schützenstr. 33, Tel. Amt Zentrum 1283.
Abt. 4. Ohneforge, Markgrafenstr. 102, Tel. Amt Moritzpl. 4777 (Nebenanschluß).
Abt. 5. Rogel, Yorkstr. 74, Tel. Amt Bülow 6107.
Abt. 6. Thomsen, Smeisenastr. 30, Tel. Amt Moritzpl. 1408.
Abt. 7 und 8. Dalichow, Boedstr. 7, Tel. Amt Moritzpl. 11894.

Dritter Kreis.

Kreis-Bureau.

Feldmann, Ritterstr. 1, Tel. Amt Moritzpl. 8848.

Abteilungs-Büros.

- Abt. 1. Pfeffer, Kottbuser Ufer 61, Tel. Amt Moritzpl. 10 019. (Nebenanschluß).
Abt. 2. Ottmann, Budower Str. 1, Tel. Amt Moritzpl. 3579.
Abt. 3. Sebastian, Alte Jakobstr. 7, Tel. Amt Moritzpl. 1912.
Abt. 4. Hubrich, Ritterstr. 33, Tel. Amt Moritzpl. 11 856.
Abt. 5. Mans, Stallschreiberstr. 6, Tel. Amt Moritzpl. 12 777.
Abt. 6. Hennig, Alexandrinenstr. 44, Tel. Amt Moritzpl. 11 668.
Abt. 7. Primus, Stallschreiberstr. 8a, Tel. Amt Moritzpl. 12 148.
Abt. 8. Simon, Michelfischstr. 19, Tel. Amt Moritzpl. 12352.
Abt. 9. Abendrot, Adalbertstr. 61, Tel. Amt Moritzpl. 1824.
Abt. 10. Lohan, Neue Jakobstr. 26, Tel. Amt Moritzpl. 2760.

Vierter Kreis.

Kreis-Bureau.

P. Hoffmann, Königsberger Str. 28, Tel. Amt Königt. 6192.

Abteilungs-Büros.

- Abt. 1. Witz, Staliber Str. 59, Tel. Amt Moritzpl. 10 383.
Abt. 2. Veiersdorf, Elbinger Str. 8, Tel. Amt Königt. 6343.
Abt. 3. Merkowski, Andreasstr. 26, Tel. Amt Königt. 945.
Abt. 4. Riez, Warschauer Str. 61, Tel. Amt Königt. 3327.
Abt. 5. Paeckold, Rigaer Str. 97, Tel. Amt Königt. 854.

Fünfter Kreis.

Kreis-Bureau.

Zentralwahlbureau, Linienstr. 199a, I., Tel. Amt Norden 4632.

Abteilungs-Büros.

- Abt. 1a. Winger, Christburger Str. 9, Tel. Amt Königt. 1269.
Abt. 1b. Lindstädt, Raugarder Str. 14, Tel. Amt Königt. 11 076.
Abt. 1. Rausch, Wilsstr. 12, Tel. Amt Königt. 11 888.
Abt. 2. Bösel, Riekmannstr. 1, Ecke Neue Königtstraße, Tel. Amt Königt. 10 882.
Abt. 3. Sengelscheid, Keibelstr. 39, Tel. Amt Königt. 4171.
Abt. 4. Hahn, Rosenhauer Str. 57, Tel. Amt Norden 7332.
Abt. 5. Hummel, Sophienstr. 5, Tel. Amt Norden 1966.
Abt. 6. Gruber, Elbinger Str. 68, Tel. Amt Norden 4049.
Abt. 7. Kürbis, Quisenstr. 26, Tel. Amt Norden 1040.

Sechster Kreis.

Kreis-Bureau.

Zentralwahlbureau, Neue Hochstr. 23, I., Tel. Amt Norden 2137.

Abteilungs-Büros.

- Abt. 1. Göbel, Schönhauser Allee 178, Tel. Amt Norden 1910.
Abt. 2. Lopper, Bionskirchstr. 11, Tel. Amt Norden 10 022.
Abt. 3. Grunze, Schönhauser Allee 156, Tel. Amt Norden 1139.
Abt. 4. Dobroslaw, Schliemannstr. 39, Tel. Amt Norden 2187.
Abt. 5. Precht, Bismarckstr. 3, Tel. Amt Norden 1035.
Abt. 6. Goldschmidt, Stolpische Str. 36, Tel. Amt Norden 2018.
Abt. 7. Straß, Schönhauser Allee 56, Tel. Amt Norden 238.
Abt. 8. Hoffmann, Swinemünder Str. 47, Tel. Amt Norden 124.
Abt. 9. Fendel, Stralander Str. 17, Tel. Amt Norden 8353.
Abt. 10. Michaelis, Jasmunder Str. 9, Tel. Amt Norden 9726.
Abt. 11. Wald, Pflugstr. 5, Tel. Amt Norden 2271.
Abt. 12—15. Paersch, Oldenburger Str. 10, Tel. Amt Roabit 1899.
Abt. 16. Gugler, Tegeler Str. 23, Tel. Amt Roabit 7799.
Abt. 17. Welzer, Wiesenstr. 29, Tel. Amt Roabit 1288.
Abt. 18. Währ, Badstr. 44, Tel. Amt Roabit 2448.
Abt. 19. Frisch, Drontheimer Str. 4, Tel. Amt Roabit 1823.
Abt. 20. Glawe, Liebenwalder Str. 4, Tel. Amt Roabit 1514.
Abt. 21. Kant, Bräufelder Str. 9, Tel. Amt Roabit 1516.
Abt. 22. Lauschel, Kameruner Str. 54, Tel. Amt Roabit 7318.

Zentrale für Radfahrer.

Obigle, Schwedter Str. 23/24, Tel. Amt Norden 33.

Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Kreis-Bureau.

Wahlvereins-Bureau, Charlottenburg, Rosinenstr. 3, Tel. Amt Charlottenburg 4606.

Oris-Büros.

- Abt. 1. Ablershof, Kaiser Wilhelm-Garten, Kaiser Wilhelmstr. 29, Tel. 43.
Abt. 2. Brix, Siph, Gannemannstraße, Tel. Amt Rixdorf 9526.
Abt. 3. Charlottenburg, Volkhaus, Rosinenstr. 3, Unterer Saal.
Abt. 4. Copenia, Gust. Müller, Alter Markt, Tel. 282.
Abt. 5. Friedenau, Mechelke, Handjerystr. 60/61, Tel. Amt Pflanzburg 631.
Abt. 6. Groß-Lichterfelde, Fritj. Mahrendorf, Groß-Lichterfelde-West, Bäckerstr. 22, Tel. 609.
Abt. 7. Grünau, Rige, Grünauerstraße.
Abt. 8. Johannisthal, Artner, Kaiser Wilhelmstr. 48, Tel. Amt Ober-Schöneweide 273.
Abt. 9. Königs-Bücherhausen, Altes Schützenhaus, b. Bw. Weidhorn.
Abt. 10. Lichtenrade, Rest. Bügmann, Tel. Amt Tempelhof 187.
Abt. 11. Marienfelde, Schuster, Kirchstr. 68, Tel. Amt Tempelhof 242.
Abt. 12. Nowawes, Grubl, Priesterstr. 69, Tel. 50.
Abt. 13. Rixdorf, Goppes Festhalle, Hermannstr. 49, Tel. Amt Rixdorf 1015.
Abt. 14. Schmargendorf, Bartels, Barnemünder Str. 6.
Abt. 15. Schöneberg, Kupisch, Meiningen Str. 8, Tel. Amt Bülow 6713.
Abt. 16. Steglitz, Jekel, Körnerstr. 4, Ecke Althofstraße, Tel. Amt Steglitz 680.
Abt. 17. Teltow, Bonow, Berliner Str. 16, Tel. 44.
Abt. 18. Tempelhof, Wilhelmsgarten, Berliner Str. 9, Tel. Amt Tempelhof 3079.
Abt. 19. Trebbin, Schützenhaus, B. Fromm, Berliner Straße.
Abt. 20. Wilmersdorf, Schilling, Lauenburger Str. 20, Tel. Amt Pflanzburg 1120.
Abt. 21. Zehlendorf, Benno Willey, Potsdamer Str. 23, Tel. 1138.
Abt. 22. Zossen, P. Ruzner, Baruther Str. 10.

Niederbarnim.

Kreis-Bureau.

Wilhelm Schulz, Dichtenberg, Kronprinzenstr. 47, Tel. Amt Königt. 851.

Oris-Büros.

- Abt. 1. Bernau, Richard Wünsche, Gewerkschaftslokal, Tel. Bernau 6.
Abt. 2. Borsigwalde, Schulze, Schubertstr. 39, Tel. Telgel 309.
Abt. 3. Bruchmühle, Ernst Ruzner, Bruchmühle, Tel. Alt-Randenberg 9.
Abt. 4. Erkner-Woltersdorf, Degebrodt, Friedrichstr. 75, Tel. Erkner, Deutsche Bierbrauerei.
Abt. 5. Französisch-Buchholz, Rossack, Hauptstr. 71, Tel. Bankow 233.
Abt. 6. Friedrichsfelde, Haberland, Wilhelmstr. 38, Tel. Dichtenberg 112.
Abt. 7. Friedrichshagen, „Sängerhalle“, Friedrichstr. 61, Tel. Friedrichshagen 138.
Abt. 8. Friedrichsthal, Willy Frost, Tel. Oranienburg 164.
Abt. 9. Herzfelde, Henze (Jub. Fests), Hauptstr. 57.
Abt. 10. Hohen-Schönhausen, Fritj. Rehner, Berliner Str. 93, Tel. Dichtenberg 181.
Abt. 11. Karlsruh, „Nästenhaus“, Treskowallee 93, Tel. Ober-Schöneweide 34.
Abt. 12. Kaulsdorf, Hermanns Gesellschaftshaus, Frankfurter Chaussee, Tel. Dichtenberg 251.
Abt. 13. Lichtenberg, Videnhagen, Scharnweberstr. 60, Tel. Königtadt 10 203.
Abt. 14. Mahlsdorf, Edler, Brunowstr. 69/70, Tel. Friedrichshagen 288.
Abt. 15. Neuenhagen, Wortmann, Bahnhofstr. 27, Tel. Neuenhagen 5.
Abt. 16. Nieder-Schönhausen, Rest. Müller, Kaiser-Wilhelm-Str. 10, Tel. Bankow 283.
Abt. 17. Ober-Schöneweide, Zimberg, Wilhelmminenhofstr. 34, Tel. Ober-Schöneweide 983.
Abt. 18. Oranienburg, Grohmann, Mühlstr. 31, Tel. Oranienburg 357.
Abt. 19. Bankow, Ebersbach, Berliner Str. 102, Tel. Bankow 285.
Abt. 20. Petershagen, Otto Appel, Tel. Neuenhagen 15.
Abt. 21. Reinickendorf-Nö, Freybank, Marktstr. 7, Tel. Reinickendorf 113.
Abt. 22. Reinickendorf-West, Hallmann, Scharnweberstr. 54, Tel. Reinickendorf 145.
Abt. 23. Rummelsburg, Blume, Alt-Boxbogen 56, Tel. Königt. 504.
Abt. 24. Schöneiche, Waldschloß Schöneiche, Tel. Friedrichshagen 65.
Abt. 25. Stralau, Schöppe, Alt-Stralau 17, Tel. Königt. 10 964.
Abt. 26. Telgel, Sorrer, Schlieperstr. 80, Tel. Telgel 112.
Abt. 27. Waldmannslust, „Forsthaus“ in Gernsdorf, Tel. Telgel 150.
Abt. 28. Weihensee, Gust. Beufert, Berliner Allee 251, Tel. Weihensee 228.
Abt. 29. Wilhelmshagen, Rildrodt, Walderseefer. 5, Tel. Reinickendorf 3352.
Abt. 30. Petersburger Viertel, J. Pöppel, Rigaerstr. 95, Tel. Königtadt 854.

Die Verkündung der Wahlergebnisse

erfolgt heute abend in zahlreichen Versammlungen in Berlin und Vororten, die im Inzeratenteile bekannt gegeben sind. Es ist durch einen besonders zu diesem Zwecke organisierten Radfahrerdienst dafür Sorge getragen, daß die aus der Provinz und dem Reich einlaufenden Wahlergebnisse so schnell wie möglich nach den einzelnen Versammlungen befördert werden. Das „Vorwärts“-Gebäude ist an diesem Abend für den größeren Verkehr geschlossen; Sprechstunden werden nicht abgehalten. Telephonische Auskünfte über die Resultate der Wahl können am Freitagabend vor der Redaktion des „Vorwärts“ nicht erteilt werden. Wir bitten deshalb, solche Anfragen zu unterlassen und sich in die Versammlungen zu begeben.

Die Genossen werden ersucht, sich jeder Demonstration zu enthalten.

Wahlbewegung in Groß-Berlin.

Der sozialdemokratische Stimmzettel.

wird von all den „Volksgenossen“, die in den letzten Monaten und Wochen in Wählerversammlungen und Wahlflugblättern den „kleinen Mann“ umschmeichelt haben, am

heutigen Wahltag

gefürchtet, wie nur ein Missetäter die verdiente Strafe fürchten kann. Konserervative, Zentrumsleute, Liberale — und was sonst noch an bürgerlichen Parteien vorhanden ist — sie alle haben um die Stimmen der kleinen Gewerbetreibenden, der unteren Beamten, der Arbeiter gebittet und mit aufgehobenen Händen sie angefleht, doch ja nicht in ihrer Unzufriedenheit am Wahltag sozialdemokratisch zu wählen. Auch die Liberalen, die unter der neuen Firma einer „fortschrittlichen Volkspartei“ etwas bessere Gesichter zu machen gehofft hatten, sind trotz aller zur Schau getragenen „Siegeszuversicht“ doch völlig beherrscht von dieser Furcht vor dem sozialdemokratischen Stimmzettel. Sie wissen, daß auch sie nach ihrer Tätigkeit im verflochtenen Reichstag so manches auf dem Kerbholz haben, worüber

heute Abrechnung

gehalten werden soll. Im fünften Wahlkreis Berlins, wo dem Kandidaten der Sozialdemokratie, Genossen Robert Schmidt, die Liberalen ausgerechnet einen der schlimmsten Arbeiterfeinde, den Malerinnungs-Obermeister Rettig, als Kandidaten der „fortschrittlichen Volkspartei“ entgegengestellt haben, beschwor am Mittwoch in einer Versammlung liberaler Wähler der Referent, Herr Rosenow seine eigenen Parteifreunde, nicht etwa „aus Verärgerung einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben“. Daß Rettig und Rosenow jederzeit eifrig die Interessen des Unternehmertums zu fördern gesucht und im Stadtparlament Berlins oft genug die liberale „Volkshilfsfreudigkeit“ gründlich bloßgestellt haben, ist noch unergessen, wenn auch beide inzwischen aus dem Rathaus hinausgewählt worden sind. In der Wählerversammlung las Herr Rettig eine „Rede“ vor, die glaubhaft machen sollte, daß er immer ein „Freund“ des kleinen Mannes, im besonderen des Arbeiters, gewesen sei. Der melancholische Tonfall seiner Vorlesung ließ darauf schließen, daß er selber sich von diesen Beteuerungen wie von der ganzen Wahlagitation der Berliner Liberalen keine besondere Wirkung mehr versprach. Den ahnungsvollen Durchfallskandidaten schreiden wohl die

sozialdemokratischen Stimmzettel,

deren Rauschen er bereits zu hören geglaubt haben wird. Möchten sie heute, am Tage der Wahl und der Vergeltung, allüberall die Wahlurne bis zum Rande füllen!

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen veranstaltete am Mittwoch eine öffentliche Versammlung in Dräsel's Saal. Es galt, auch in den letzten Stadien der Wahlbewegung den Angestellten in Handel und Industrie zu zeigen, welche Interessen für sie bei dieser Wahl auf dem Spiele stehen und wo ihr Platz im Wahlkampf sein muß. Der Referent, Rechtsanwalt Dr. Roth, beleuchtete das Sündenregister des verflochtenen Reichstages und rief die Versammelten auf zum Kampf gegen die Reaktion nicht nur durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmen, sondern auch durch Mitarbeit in den Reihen der Sozialdemokratie. — Der zweite Referent, Martin Meyer, begründete die sozialen Forderungen der Handlungsgehilfen und Privatangestellten und kam zu dem Schluß, daß sie, wenn sie ihre wirtschaftlichen Interessen als Angestellte und ihre politischen Rechte als Staatsbürger gewahrt wissen wollen, keine der bürgerlichen Parteien unterstützen können, sondern geschlossen eintreten müssen für die Sozialdemokratie. — Den Schluß der Kundgebung bildete eine Ansprache unseres Reichstagskandidaten Wilhelm Düwelle, der den Angestellten karmadete, daß es politischer Selbstmord wäre, wenn sie für den Freisinn stimmen würden, daß aber auch die Hoffnungen, welche sie etwa auf die demokratische Vereinigung setzen sollten, nicht in Erfüllung gehen können, sondern daß sie gemeinsam mit den Arbeitern innerhalb der Sozialdemokratie gegen kapitalistische Ausbeutung und politische Unterdrückung kämpfen müssen. — Der lebhafteste Beifall, der den Rednern zuteil wurde, zuegte dafür, daß die Anwesenden am Wahltage in diesem Sinne wirken werden.

Der Zentralverband der Fleischer hielt am Mittwoch in Dräsel's Saal eine Versammlung ab, um die Arbeitnehmer im Fleischerhandwerk für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten zu interessieren. Die wohlbesetzten Fleischergehilfen des ersten Wahlkreises waren fast vollständig erschienen. Unser Kandidat Düwelle erläuterte in großen Zügen die Forderungen und Bestrebungen der Sozialdemokratie, der einzigen Partei, die im Kampf mit einer Welt von Feinden für die Unterdrückten und Ausgebeuteten eintritt. — Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat nahm der Verbandsvertreter Bergmann das Wort. Er ging besonders auf die Verhältnisse der Fleischergehilfen ein. Er zeigte, daß sie nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Arbeitnehmer unter der Sozialpolitik des Reiches zu leiden haben, denn die Fleischermeister, welche durch die Fleisch- und Viehzüchter ihren Profit gesammelt sehen, suchen sich durch Lohnkürzungen und durch das Verlangen nach vermehrter Arbeitsleistung schadlos zu halten. Jetzt, wo es gilt, den Ansturm der unterdrückten Lebensmittelvertreter, der reaktionären Volksbedrücker zurückzuschlagen, darf kein Arbeiter in den Reihen der Sozialdemokratie fehlen. Alle müssen sie teilnehmen am Kampf und dem Kandidaten der Sozialdemokratie zum Siege verhelfen.

Teltow-Beeskow.

In einer gewaltigen Kundgebung stellte sich am Mittwochabend die öffentliche Volksversammlung im Singschen Saale zu Rowawes. Der langjährige, bewährte Vertreter des Wahlkreises, Genosse Fritz Zubeil, war erschienen, um in letzter Stunde ein ernstes Mahnwort an seine Wähler zu richten. Der Andrang war geradezu unbegreiflich; bereits eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung war der Saal überfüllt, und um den ununterbrochen zufließenden Massen Platz zu schaffen, mußte schließlich ein großer Teil der Tische und Stühle entfernt werden. Und als die letzten Klänge des vom „Freien Männerchor“ vorgetragenen Liedes verklungen waren, trat lautlose Stille ein, die nur ab und zu durch spontane Beifallsäußerungen unterbrochen wurde. In etwa zweistündigem Vortrage gab Redner den Anwesenden ein treffendes Bild vom letzten Reichstage und zeigte an Vorgängen der jüngsten Zeit, was das deutsche Volk an neuen Lasten und Wahrgeln der Unterdrückung und Entrechtung zu gewärtigen hat, wenn es nicht gelingt, die reaktionären Parteien niederzuringen. Mit dem Wunsche, daß Rowawes auch bei der diesmaligen Wahl sich als Hochburg der Sozialdemokratie erweisen möge und dem Rufe an die Gegner: „Ihr bekämpft uns, Ihr bezwingt uns aber nicht; unser ist die Welt trotz allem!“ schloß er seinen mit stürmischem Beifall gelohnten Vortrag. In der Diskussion richteten die Genossinnen Kottstock und Wathe an die anwesenden Frauen den dringenden Appell, durch rege Teilnahme an der Wahlarbeit mit zum Siege des Genossen Zubeil beizutragen. Ein vom Genossen Lorenz verfaßtes und von ihm vorgetragenes Kampfgedicht: „Niemand, heraus!“ fand begeisterte Aufnahme. Nach einem Schlußgesang des „Freien Männerchors“ wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Charlottenburg. „In letzter Stunde“ lautete das Thema der letzten hier stattgefundenen Versammlung. Schon lange vor 8 Uhr war der große Saal überfüllt; im unteren Saale wurde eine zweite, gleichfalls überfüllte Versammlung abgehalten. Die Ausführungen der Referenten, der Genossen Waacke und Aug. Weber fanden stürmischen Beifall. Zu Beginn und zum Schluß trugen die Charlottenburger Arbeiterlöhner, die Liedertafel, einige Proletarierlieder vor. Offenbar wird, daß die begeisterte Stimmung ein gutes Vorzeichen für die Wahl am Freitag ist.

In Teltow sprach am Dienstag im Bonow'schen Lokal vor einer starkbesuchten Versammlung Dr. Julius Moses, wofür ihm die Versammelten mit ungeteiltem Beifall dankten.

Niederbarnim.

„Wer muß in den Reichstag hinein?“

lautete das Thema einer öffentlichen Wählerversammlung, die am Dienstag im „Schloß Weihensee“ stattfand. Der Kandidat des Kreises, Genosse Stadthagen, sprach vor reichlich 2500 Personen. Rauschender Beifall lohnte dem Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. Die Kampfesstimmung wie auch die sichere Siegeszuversicht, am 12. Januar unseren Genossen Stadthagen wieder mit dem Reichstagsmandat zu betrauen, beherrschten alle Anwesenden. Mit einem Kampflied, vorgetragen von den Weihensee Sängern, schloß die überaus imposante Versammlung.

Reinickendorf-Bez. Eine sehr gut besuchte Versammlung fand am Dienstagabend in den Eichbornhöfen statt. Genosse Mirus-Lichtenberg entledigte sich seiner Aufgabe, den Anwesenden noch einmal auf die am 12. Januar stattfindenden Reichstagswahlen hinzuweisen, unter dem häufigen Beifall seiner Zuhörer. Mit einem lebhaften Appell an die Anwesenden, am Wahltage auf dem Posten zu sein, damit wir Zustände bekommen, wie sie eines Kulturvolkes würdig sind, schloß Redner seinen Vortrag. In der Diskussion sprach Genosse Kretsch, worauf nach einigen anfeuernden Worten des Vorsitzenden die Versammlung mit einem donnernden Hoch auf die Sozialdemokratie ihr Ende fand.

Vorsigwalde. In längeren Ausführungen besprach am Dienstagabend in den „Festhallen“ Genosse Spliedt die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien im vergangenen Reichstage und unsere Stellung dazu. Zum Schluß appellierte er an das Pflichtgefühl der Wähler, nur dem Kandidaten des Volkes, Arthur Stadthagen die Stimme zu geben. Der bisshige Gesangverein trug einige begeistert aufgenommene Kampflieder vor.

Friedrichsfelde. In einer von circa 400 Personen besuchten öffentlichen Wählerversammlung referierte Genosse Dr. Moses über den Reichstagswahlkampf. In zündender Rede ließ er den verflochtenen Reichstag Revue passieren und rechnete mit dem Verhalten der bürgerlichen Parteien ab.

Im gegenwärtigen Kampfe geht es aufs Ganze, viel steht auf dem Spiele. Zwei Weltanschauungen stehen sich gegenüber und es gilt, alles daran zu setzen, am 12. Januar eine gewaltige Stimmenzahl auf die Sozialdemokratie zu vereinigen. So schloß Redner unter lebhaftem Beifall. Der Arbeiter-Gesangverein Friedrichsfelde trug einige stimmungsvolle Freiheitlieder vor.

In Erkner sprach Dienstagabend Genosse Udo Berlin in einer gut besuchten Volksversammlung. Insbesondere nahm er sich den Reichsverband vor und ließ dessen Vertrauensmänner und Geldschrotter im hellsten Lichte erscheinen. Anschließend daran zerpflückte er ein am selben Abend von den Rahndorfer Ordnungsliebigen verbreitetes Flugblatt, das den „roten Stadthagen“ in Grund und Boden verdammen soll und den roten Schreden an die Wand malt. Mit der Aufforderung, nun erst recht dem Genossen Stadthagen am 12. Januar die Stimme zu geben, schloß Redner seine fast zweistündigen, mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen. In der Diskussion machte ein katholischer Genosse noch besonders darauf aufmerksam, daß in den Fabriken Zentrumsstimmen verteilt werden, und forderte auf, am Freitag sich nicht von den Pfaffen betören zu lassen und so zu wählen, wie es der gesunde Menschenverstand dem Arbeiter gebietet.

Waldhofs (Ostbahn). Eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung fand am Dienstagabend im Schloßchen Lokale statt. Genosse Ahlbe referierte über „Die bevorstehende Reichstagswahl“ und erntete großen Beifall. In der Diskussion wurde an einigen recht drastischen Beispielen gezeigt, wie unsere Gegner Terrorismus üben und dabei immer noch der Methode „Haltet den Dieb“ über Terrorismus der Sozialdemokratie schreien. — Die demokratische Vereinigung für den Amtsbezirk Biesdorf hat der Bezirksleitung ein Schreiben überreicht, worin diese eruchtet, der Versammlung mitzuteilen, daß die demokratische Vereinigung für den Amtsbezirk Biesdorf von ihren Mitgliedern erwartet, daß sie, da kein demokratischer Kandidat im Kreise Niederbarnim aufgestellt ist, ihre Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten geben. Am Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende die Anwesenden noch auf, sich recht rege an den Wahlarbeiten zu beteiligen.

In Biesdorf referierte in einer gutbesuchten Wählerversammlung Genosse Rüter-Rarichsorf und erntete für seine 1 1/2 stündigen Ausführungen großen Beifall. Zum Schluß forderte Genosse Rüter die Gemeindeglieder auf, rechtzeitig die Listen zur bevorstehenden Gemeindegliederwahl einzugehen, damit sie ihres Wahlrechts nicht verlustig gehen.

Grünheide. Am Sonntag tagte im Lokale von Pieltig eine öffentliche Wählerversammlung, in der Genosse Grunow-Oberschöneweide in 1 1/2 stündiger Rede den Versammelten die Sünden des verflochtenen Reichstages sowie die Bedeutung der Wahl am 12. Januar vor Augen führte. Die vielfach von Schiffen besuchte Versammlung sollte den Ausführungen lebhaften Beifall.

Zur Lage der Kleinbauern und landwirtschaftlichen Arbeiter.

V.

Heilanstalten, Ärzte, Pflegschwester, arbeitsunfähige Einflüsse.

Rande Berufsgenossenschaften haben für ihre Mitglieder eine eigene Haftpflichtversicherung angegliedert und machen dafür lebhaft Propaganda. „Ostpreußen“ berichtet, daß die Zahl ihrer Mitglieder für die aus den Mitteln der Berufsgenossenschaft gestiftete Versicherung bereits 14 400 betrage. „Schlesien“ gibt im Bericht an, daß jetzt 7622 Landwirte ihrer Haftpflichtversicherung angehören.

Die laufenden Geschäfte der Anstalt bearbeitet unter Aufsicht des unterzeichneten Landeshauptmanns der Dezerent für die Berufsgenossenschaft, welchem ein Bureaubeamter beigegeben ist, dessen Arbeitskraft im Berichtsjahre größtenteils durch die Geschäfte der Haftpflichtversicherung in Anspruch genommen wurde; zeitweise mußte diesem Beamten noch eine Hilfskraft beigegeben werden.

Zu merkwürdigen Widersprüchen über diese Frage kommt der Bericht „Rheinl.“ In einem Aufrufe heißt es:

„Die Angliederung der Anstalt an die Berufsgenossenschaft bietet außerordentliche Vorteile. Die Verwaltung wird von dem Genossenschaftsverband geführt und sind infolgedessen die Verwaltungskosten sehr gering. Die Anstalt stellt es sich nicht zur Aufgabe, wie die Privat-Versicherungsgesellschaften, möglichst hohen Gewinn zu erzielen, um hohe Dividenden an die Aktionäre zu zahlen, es ist vielmehr von den Mitgliedern nur jährlich so viel aufzubringen, als erforderlich ist, um die Erschleppungen, die Verwaltungskosten und die Beiträge zum Betrieb- und Reservefonds zu decken. Aus diesen Gründen ist die Versicherung bei der Anstalt billiger als bei Privat-Versicherungsgesellschaften.“

Der technische Aufsichtsbereame dieser Genossenschaft meldet aber:

„Festsetzt wurde wahrgenommen, daß den Betriebsunternehmern die Unfallverhütungsvorschriften ziemlich gut bekannt sind, sie jedoch denselben gleichgültig gegenüberstehen, indem sie glauben, durch die Haftpflichtversicherung genügend gedeckt zu sein. Abgesehen davon, daß ein Strafverfahren gegen nachlässige Betriebsunternehmer vorkommendenfalls eingeleitet werden kann, muß auch noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Vorstand bis jetzt zwar nur ganz vereinzelt von seiner Strafbefugnis, die ihm bis zu einer Strafbüße von eintausend Mark zusteht, Gebrauch gemacht hat, daß dies aber in Zukunft unzweifelhaft öfters geschieht, wenn wiederholte Revisionen gröbere Verstöße vorfinden.“

Verschiedene Berichte gebrauchen große Worte über den Zweck und Nutzen der Uebernahme des Heilverfahrens innerhalb der ersten 13 Wochen des Unfalls, geben jedoch lächerlich geringe Summen hierfür aus. „Ostpreußen“ gab dagegen 18 157,85 M. dafür aus. „Obernberg-Streitig“ verausgabte dagegen hierfür nur 97 Mark! „Niederrhein-Streitig“ verausgabte 205 M. hierfür, bemerkt aber großspurig eine Zeile vorher:

„Die Erfahrung hat gelehrt, daß ein derartiges frühzeitiges Eingreifen der Berufsgenossenschaft besonders bei Augenverletzungen und anderen, die in erhöhtem Maße spezialärztliche oder klinische Behandlung erfordern, angebracht ist. Es ist bekannt, wie gerade in der Landwirtschaft Verletzungen der Augen nicht zu den Seltenheiten gehören. Die Sanierung mit Strohbunden, deren spitze Halme die Augen besonders gefährden, und der beim Dreschen, besonders mit der Maschine, sich entwickelnde, mit Stroh- und Aehrenstücken durchsetzte Staub bieten die unermessliche, mit wirklich praktischen und durchführbaren Mitteln nicht zu bekämpfende Gelegenheit dazu. Es versteht sich daher von selbst, daß die Genossenschaftsverwaltung auf möglichste Abschwächung der Folgen solcher Verletzungen forgesetzt bedacht ist.“

„Ostpreußen“ gab ganze 410 M. für diesen Zweck aus. Die große Berufsgenossenschaft „Sachsen“ verausgabte im Jahre 1909 ganze 28 M. hierfür, während im Bericht 1910 diese Rubrik leer ist! „Ober-Elsaß“ wendete für das Heilverfahren aus nur 324 M. auf und macht hierfür die späte Anmeldung der Unfälle verantwortlich, wie folgt:

„Auffallend ist, daß die meisten Verzögerungen auf die Unfälle der Betriebsunternehmer und ihrer Familienangehörigen entfallen. Gerade in diesen Fällen, wo nur selten eine Krankenversicherung besteht und infolgedessen für eine Heilung öfters nichts oder zu spät geschieht, tut es am meisten not, daß die Anmeldung rechtzeitig erfolge, damit die Berufsgenossenschaft gegebenenfalls das Heilverfahren selbst zu übernehmen in die Lage kommen kann. Darin liegt auch der Hauptgrund, warum die Berufsgenossenschaft von der Verfügung des § 27 Absatz 8 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft, das Heilverfahren gleich zu übernehmen, bzw. von dem Beschlusse des Genossenschaftsverbandes vom 27. Februar 1899, wonach bei Betriebsunfällen in allen Fällen von Augen- und ähnlichen Verletzungen, welche eine sofortige Behandlung durch Spezialärzte als im Interesse der Berufsgenossenschaft liegend erscheinen lassen, die letztere das Heilverfahren sofort übernehmen soll, nicht mehr als bisher Gebrauch macht. Besonders was die kleineren Fingerverletzungen betrifft, die öfters wegen unrichtiger Selbstbehandlung zu Blutvergiftungen und schweren Schädigungen Anlaß geben, muß auf eine strenge Durchführung der Anmeldevorschriften Wert gelegt werden. In der Regel kommen diese anfangs ganz unbedeutenden Verletzungen erst dann zur Anmeldung, wenn die Blutvergiftung bereits eingetreten oder soweit vorgeschritten, daß ein operativer Eingriff zur unabwendigen Notwendigkeit geworden ist.“

„Mittelranken“ meldet:

In einem Falle wurde das Heilverfahren schon während der Parteizeit übernommen und ein günstiger Heilerfolg erzielt. Die hierauf erwochenen Kosten betragen: 131 M. 95 Pf.“

In „Oberranken“ wurde laut Bericht dieser Frage „besonders Augenmerk zugewendet“ und ganze 682 M. dafür verausgabte. Im Bezirk „Braunschwieg“ kostete dieses Heilverfahren auch nur 816 M.

Der Versterben auf dem Lande, sowie Mangel an Krankenhäusern, sucht die Berufsgenossenschaft für „Ostpreußen“ dadurch zu steuern, daß sie ein Abkommen mit sogenannten Pflegschwestern getroffen und für 188 Pflegerinnen je 20 M. = 3600 M. pro Jahr zahlte. Dafür haben die Schwwestern bei 724 Verletzten 8165 Besuche gemacht. Ebenso hat „Provinz Sachsen“ an 179 Gemeindepflegschwesterstationen mit 192 Schwwestern im Berichtsjahre 7725 M. gezahlt. Im Berichte „Schlesien“ heißt es:

„Im Berichtsjahre waren 182 Dialonistenstationen im Interesse der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft tätig; hiervor gehörten 167 Dialonistenstationen den bayerischen Frauenvereinen an, während 15 Stationen von anderen Organisationen ins Leben gerufen waren. Die Aufwendungen der Kreise betragen insgesamt 7 144,55 M. Nach den Berichten der Sektionsvorstände hat die getragene Einrichtung sich sehr gut bewährt, so daß dieselbe auch den anderen Kreisen empfohlen werden kann.“ 16 Kreise zahlen eine Pauschalentschädigung an die Vereine zwecks Unterhaltung der Stationen, während 3 Kreise für jeden einzelnen Krankenbesuch usw. eine Entschädigung von 50 Pfennigen zahlen.“

Der Berufsgenossenschaft „Oberranken“ wäre es lieber, wenn sie auf die Gutachten der behandelnden Ärzte, welche bekanntlich laut Gesetz „gehört“ werden sollen, ganz verzichten könnte. Es ist wenig schmeichelhaft für die Ärzte, daß der Bericht ausführt:

„Die Feststellung der Unfallschädigungen wird stets nur sorgfältiger Prüfung des Antrages vorgenommen und turlich beschleunigt. Leider gelingt es nicht immer, die Verletzte zu dem gewünschten Zeitpunkt in den Bezug der Rente treten zu lassen, weil die Unterlagen für die Rentenfeststellung nicht rechtzeitig eintreffen. So ist von einigen Herren Ärzten da Gutachten regelmäßig erst durch Inanspruchnahme des zuständigen A. Amtsgerichtes zu erlangen. Die Umgehung der betreffenden Sachverständigen ist schließlich nicht zulässig; bei nach dem Besche bei der ersten Rentenfeststellung der behandelnde Arzt gehrt werden muß.“

In der Krastfrage berichtet uns „Rheinland“, daß mit der Kerkelammer der Rheinprovinz ein Abkommen über die ärztliche Tätigkeit usw. getroffen wurde und im Rundschreiben an die Ärzte heißt es u. a.:

„Die Herren Ärzte werden hierdurch nochmals darauf hingewiesen, daß die Berufsgenossenschaft sich fortdauernd über zahlreichere Fälle beschwert, in denen

- a) entweder die Fundberichte gar nicht oder zu spät eingeleitet werden, so daß sie kaum mehr Wert für sie haben,
- b) oder durch Schuld der Ärzte, weil diese spezialärztliche oder Krankenhauseinrichtungen zu spät oder gar nicht zuzogen, schlechte Heilerfolge erzielt wurden und infolgedessen unbilligsmäßig hohe Renten zu zahlen waren.

Hier kann nur durch eine verständnisvolle und nötigenfalls selbstlose Mitarbeit der Ärzte den berechtigten Anforderungen der Berufsgenossenschaft und damit dem Geiste der sozialen Berufsgenossenschaft entsprochen werden.“

„Ostpreußen“ meldet:

„Dem Uebereinkommen des Genossenschaftsverbandes mit der Kerkelammer wegen der Höhe der Gebühren für die ärztlichen Gutachten — 7 M. für ein Erst- und 4 M. für ein Kontroll-Gutachten — stimmte die Versammlung zu.“ Auch im „Ober-Elsaß“ forderten die Ärzte höhere Honorare, wie der Bericht uns meldet:

Die Mehrzahl der zu den Revisionssitzungen zugezogenen Abgeordneten hat in einer Eingabe des Reichstags elassischer Abgeordnete für eine nicht unwesentliche Erhöhung des bisherigen Honorars von 20 M. ausgesprochen. Ihre Forderung ging auf 2 M. für die erste Stunde der Sitzungsbauer in 10 M. für jede folgende Stunde unter Mitanzrechnung der Megeit. Die stattgefundenen schriftlichen und mündlichen Verhandlungen hatten als Resultat, daß der Honorarsatz pro M. und pro Revisionssitzung auf 30 M. erhöht und die Reisekosten im Betrage von 70 Pf. pro Kilometer Landweg (Ein- und Rückreise zusammen, oder Doppelkilometer) bei Automobilbewegung 50 Pf. pro Kilometer, soweit die Reise auf Eisenbahnen zurückgelegt werden kann, die Fahrkarte II. Klasse zu begünstigen sind, die höheren Ansprüche aber abgelehnt wurden.

Unter der Rubrik: „Gesundheitsschädliche Einflüsse“ meldet man:

„Trunkenheit hat zu einem schweren Unglücksfall geführt. Der Besitzer der Maschine und sein Kochbar hatten sich beim Essen betrunken. Letzterem wurde die eine Hand dadurch agerissen, daß er zu tief von der Seite in die Dreschtrammel rief.“

In vielen Erträgen wird jedoch Trunkenheit als Unfallursache beneht. Viel wichtiger hat jedoch z. B. „Unterfranken“ diese Rubrik gewürdigt indem der Bericht bemerkt:

Gesundheitsschädliche Einflüsse.

Unter diesem Titel möchte bei dem jetzt allenthalben in der Landwirtschaft durchgeführten Dreschereibetrieb mit Dreschmaschinen durch hingewiesen werden, daß die mit dem Raschindreschgeschäfte verbundene große Staubentwicklung für die Atmungsorgane der beteiligten Arbeitkräfte vom hygienischen Standpunkte jedenfalls zu Bedenken Anlaß gibt, insbesondere da, daß die Drescharbeit innerhalb oft recht niedriger, räumlich beschränkter Scheunen stattfindet. Wenn auch da und dort der Betriebsunternehmer durch vorübergehende Herausnahme eines oder einiger Dachziegel aus dem Scheunendache dem starken Saube Abzug zu verschaffen sucht, so ist dieses Abhilfsmittel doch zu schwach, um die üble Wirkung der Staubzeugung für die Beteiligten aufzuheben.

Es sollte ahin gewirkt werden, daß das Dreschen innerhalb geschlossener Räume überhaupt als unsanft behandelt wird. Diese Arbeit sollte der Bauer, der einen genügend großen Hof besitzt, im Freien vor sich gehen lassen. Wenn die Raumverhältnisse die Anweisung dies nicht gestatten, so soll hierfür in der Scheibe ein passender Platz im Freien zur Verfügung gestellt werden, den alle benutzen können, die sich der Maschine um Dschen bedienen. Hiermit wäre gleichzeitig der Sicherheit in feuchtwälder Beziehung Rechnung getragen und einem großen Teil der Betriebsgefahr, die aus dem Gedränge der Arbeiter und der Behinderung in der Bewegungsfreiheit in ungesunden geschlossenen Räumen hervorgeht, vorgebeugt.

„In der Rubrik „Oberbayern“ heißt es: Gesundheitsschädigungen der Versicherten sind in landwirtschaftlichen Betrieben nur in geringem Umfange zu verzeichnen. Wähnt sei hier die übermäßige Staubentwicklung beim Maschinendreschen in solchen Tennen, welche nur auf der vorderen Seite geöffnet werden können, an der Rückseite jedoch geschlossen sind. In solchen Fällen dürfte es sich empfehlen, in der hinteren Stabellwand wenigstens eine Fensteröffnung anzuheben, damit durch den entstehenden mäßigen Luftzug für den Sto eine Abzugsmöglichkeit geschaffen ist.“

Die Berichte lassen auch in diesem Jahre trotz ihrer Ungenauigkeit erkennen, mit welcher ungeheuren Gefahren auch der landwirtschaftliche Betrieb den Kleinbauern und den Arbeiter bedroht und wie die im wesentlichen durch Großgrundbesitzer verwalteten Berufsgenossenschaften die schmalen Rechte der Berufsgläubigen zu beeinträchtigen suchen. Die Gesamtzahl der Unfälle läßt sich aus den Berichten nicht erkennen. Erst der wohl bald erscheinende amtliche Bericht des Reichsversicherungsamts wird erkennen lassen, ob in der Tat eine erhebliche Senkung der Unfallzahl eingetreten ist. Wir möchten das bezweifeln. Am 11. November 1900 beklagte der deutsche Kaiser die ungeheure Zahl der Unfälle. Damals waren in den landwirtschaftlichen Betrieben 32 186 Unfälle angemeldet, 12 573, darunter 1877 Todesfälle, als Unfälle anerkannt. Das Reichsversicherungsamt unter Dr. Vöbker erklärte 1894: „Die hohen Zahlen der Unfälle umfassen eine solche Fülle von Rot und Siend, daß keine Anstrengungen gescheut werden dürfen, um für die Folge eine Verminderung herbeizuführen.“ Es entwarf wegen der Unzulänglichkeit der Berufsgenossenschaften Unfallverhütungsvorschriften für die Landwirtschaft. Dagegen ließen die konservativen und freikonservativen Vertreter der Großgrundbesitzer Sturm. Vöbker verließ seinen Posten. Seine Nachfolger bemühten sich um den Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften durch das Reichsversicherungsamt nicht mehr. Lavinenhaft schwall die Zahl der Unfälle in der Landwirtschaft an. Im Jahre 1900 betrug die Zahl der angemeldeten Unfälle in den den Berufsgenossenschaften unterstellten landwirtschaftlichen Betrieben 188 287, die Zahl der Verletzten, denen trotz der ungünstigeren Rechtsprechung Rente zuerkannt werden mußte, 61 240, darunter 2042 Todesfälle. Die Zahl dieser als verletzt anerkannten Opfer auf dem schlaadlichen landwirtschaftlichen Arbeit übersteigt die Zahl aller im deutsch-französischen Krieg auf deutscher Seite gefallenen oder verwundeten preukischen Offiziere. Was ist zur Verminderung dieser entsetzlich großen Zahl von Opfern geschehen? Alle auf Herabminderung der Unfälle gerichteten Anträge der Sozialdemokraten wurden abgelehnt, ja, der letzte Reichstag setzte es durch, daß in der Reichsversicherungsordnung dem Reichsversicherungsamt verboten wurde, anstelle der Berufsgenossenschaften Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen! Und für das mit diesem Dokument abgrundtiefer Rücksichtslosigkeit gegen Menschenglück, Menschengefundheit und Menschenleben behaftete Gesetz stimmten auch Liberale.

Wie lange noch soll die politische Macht in den Händen der herrschenden Klasse bleiben, die das Reich zwingt, so massenhaften Unfällen gegenüber die Arme in den Schoß zu legen?

Aus Industrie und Handel.

Handelskammerweisheit und Wirklichkeit!

Ueber die Teuerung der Lebensmittel macht der Jahresbericht der Berliner Handelskammer für 1911 folgende Ausführungen: Es liegt in der Natur der Sache, daß, wenn die Verbrauchsgegenstände, die unentbehrlich sind, teurer werden, der Absatz der mehr entbehrlichen Waren von dem Vorgange mit berührt wird. Ebenso natürlich ist es, daß die Einwirkung verschieden ausfällt,

je nachdem es sich um kaufkräftige oder weniger bemittelte Schichten von Konsumenten handelt. Daß der kaufkräftige Teil der Bevölkerung in merklichem Umfange seine Nachfrage nach Luxusartikeln einschränkte, war im Berichtsjahre nicht zu bezweifeln; indes darf angenommen werden, daß die Vorliebe für bessere Qualitäten, die — zum Nutzen des gesamten Geschäftverkehres — in den letzten Jahren sich fast überall bemerkbar gemacht hatte, angesichts der höheren Kosten der Lebenshaltung eine Abschwächung erfahren hat. Der analoge Vorgang — Abstieg von der besseren Ware zur billigeren Sorte, Bevorzugung des Surrogats an Stelle der echten Ware — trat ferner in den Eigenschaften der breiten Masse der Konsumenten hervor, und hier auch war die schärfere Form der Einwirkung der Teuerung, die quantitative Einschränkung der Nachfrage, für manche Gewerbe fühlbar. In erster Linie traf dies für gewisse des Textilgewerbes zu. Während die Konfektions- und Wäldergeschäfte, soweit deren Kundenschaft sich aus den bemittelten Volksschichten rekrutiert, über geringen Absatz nicht zu klagen hatten, nahm der Verkauf, soweit er sich auf Massenartikel richtete, im letzten Halbjahre, als die Preise der Lebensmittel in die Höhe schwebten, einen recht schleppenden Verlauf. In anderen Branchen ging es ähnlich zu, wir nennen den Kolonialwarenhandel, das Geschäft in Eisen-, Kurzwaren, den Möbelhandel, das Geschäft in Schuhwaren usw.; überall waren die Spuren der Lebensmittelteuerung zu verfolgen. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Umstände fast des gesamten Detailhandels von der Lebenssteigerung ungünstig beeinflusst wurden.

Die Handelskammer hätte ergänzend und aufklärend hinzuzufügen müssen: Unbestreitbar ist die Tatsache, daß alle bürgerlichen Parteien Anhänger der Lebensmittel- und Verkehrssteuern sind. Unbestreitbar weiter, daß Freisinnige ebenso wie Nationalliberale für die Tabak-, Bier-, Kaffee-, Tee-, Kakao- und Leuchtmittelsteuer der Reichsfinanzvorlage eintreten! Diese Steuern öffneten allmählich nun auch vielen Handwerkern und Kleingewerbetreibenden die Augen. Einmal, indem ihnen die direkte Wirkung der Verteuerungspolitik recht handgreiflich fühlbar wurde, und sie weiter nun auch die indirekten Wirkungen der bewährten Wirtschaftspolitik erkennen. Woher ließen sie sich von den hochschuldnäuerlichen Agrariern und industriellen Kartellbrüdern vorgaukeln, die von den Arbeitern durchgesetzten Lohnerhöhungen seien die Ursache der Teuerung und der wirtschaftlich schlechten Lage der Handwerker und Kleingewerbetreibenden. Nun wird diesen klar, daß die Verteuerungspolitik ihrer „guten Freunde“, denen sie bisher die politischen Steigbügel hielten, die Lohnerhöhungen notwendig machten, daß es ihnen ohne diese noch viel schlechter ergehen würde. Ohne Lohnerhöhungen müßten die Arbeiter den Konsum von Kleidungsartikeln und Gebrauchsgegenständen aller Art erheblich einschränken. Den Schaden davon hätten vornehmlich die Kleingewerbetreibenden, Handwerker und der Kaufmann. Die verhassten Lohnerhöhungen treffen natürlich auch die hochschuldnäuerische Großindustrie — Montanergewerbe, Eisen- und Stahlherstellung, chemische Industrien usw. —, deren Erzeugnisse die Arbeiterschaft wenig konsumiert! Die hier erzielten Lohnsteigerungen kommen daher neben der Textilindustrie den Kleinindustriellen und Handwerkern zugute, deren Produkte von der großen Masse konsumiert werden. In Wirklichkeit sind daher allgemeine Lohnsteigerungen für den Mittelstand ein unbestreitbarer Vorteil; seine schlimmsten Feinde sind die Arbeiternebler und Verteuerungspolitik. Aus diesem Grunde darf naturgemäß kein Kleingewerbetreibender einen Verteidiger der Lebensmittelsteuern wählen — also keinen bürgerlichen Kandidaten! So müßte die Handelskammer schreiben, aber die Wörfen dürfen nicht die ganze Wahrheit sagen, sonst abreißen sie sich selbst.

HERMANN TIETZ

LIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Feitag und
onnabend

Lebensmittel

Soweit
Vorrat

10 Waggon Gemüse- und Frucht-Konserven

- Junge Schoten $\frac{1}{2}$ Dose 40, 70, 85 Pf.
- Kaiserschoten $\frac{1}{2}$ Dose 98 Pf. 1¹⁵
- Leipzig. Allerlei $\frac{1}{2}$ Dose 70, 95 Pf.
- Schoten u. Karotten $\frac{1}{2}$ Dose 70 Pf.
- Kohlrabi $\frac{1}{2}$ Dose 33, 48 Pf.
- Tomatenpüree $\frac{1}{2}$ Dose 65 Pf.
- Bayr. Steinpilze $\frac{1}{2}$ Dose 1³⁰

Prima Marmeladen

Himbeer und Johannisbeer, Erdbeeren und Stachelbeeren gemischt, Orangen, Stachelbeeren, Pflaumen, Himbeeren, Kirschen und Aprikosen

Glas 60 Pfg.

- Karotten geschnitten $\frac{1}{2}$ Dose 33 Pf.
- Wirsingkohl $\frac{1}{2}$ Dose 33 Pf.
- Birnen $\frac{1}{2}$ Dose 65 Pf.
- Pflaumen süß-sauer $\frac{1}{2}$ Dose 48 Pf.
- Reineclauden $\frac{1}{2}$ Dose 70 Pf.
- Stachelbeeren $\frac{1}{2}$ Dose 70 Pf.
- Erdbeeren $\frac{1}{2}$ Dose 90 Pf.

Stangenspargel $\frac{1}{2}$ Dose 1¹⁵ 1²⁵ 1⁶⁵ 1⁷⁵

Bruchspargel $\frac{1}{2}$ Dose 90 Pf. 1¹⁰ 1²⁵ 1³⁵

Frisches Fleisch

Leipziger Str
Alexanderpl.

- Schweineblatt Pfd 60 Pf.
- Schweineschinken geteilt Pfd 65 Pf.
- Rammkotelett Pfd 75 Pf.
- Schweinekotelett Pfd 80 Pf.
- Pökel-Dickbein Pfd 55 Pf.
- Pökel-Kamm Pfd 75 Pf.
- Rückenfett Pfund 50 Pf.
- Bauch und Liesen Pfund 55 Pf.
- Rinderkamm u. Brust Pfd 65 Pf.
- Querrippe Pfd 60 Pf.
- Schäufelbraten Pfd 75 Pf.
- Röhrbraten Pfd 75 Pf.
- Schmorfleisch Pfd 80, 90 Pf.
- Pök.-Rinderzunge Pfd 1³⁰
- Pfund 50 Pf.
- Pfund 55 Pf.
- Hammeldünnung Pfd 50 Pf.
- Dicke Rippe Pfd 60 Pf.
- Hammelkeule im Ganzen Pfd 65 Pf.
- Hammelrücken Pfd 70 Pf.
- Hammelkotelett 3 Stück 50 Pf.
- Kotelettsstück mit Schwarte Pfund 60 Pf.
- Schinkenbein geräuch. nach Prager Art Pfund 60 Pf.
- Kassler und Kasslerrippchen Pfund 75 Pf.
- Kalbsbrägen Stück 55 Pf.
- Kalbskamm Pfd 80 Pf.
- Kalbskeule Pfd 1⁰⁰
- Kalbsrücken Pfd 1⁰⁰
- Pökel-Rinderbr. Pfd 95 Pf.

Öffentliche politische Versammlungen

zur Verkündung des Wahlergebnisses

heute Freitag, den 12. Januar 1912, abends 8 1/2 Uhr,

in folgenden Lokalen:

1. Kreis.

Dräsel's Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.

2. Kreis.

Boekbrauerei, Tempelhofer Berg.
Kliems Festsäle, Hafenside 12/13.
Nissles Festsäle, Dennewitzstr. 13.
Julius Meyer, Oranienstr. 103.

3. Kreis.

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Kellers Neue Philharmonie, Köpenickerstr. 96/97
Wilkes Festsäle, Sebastianstr. 39.
Eisenstädtisches Konzerthaus, Alte Jakob-
straße 37.
Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59 (gr. Saal).
Rittersäle, Ritterstr. 75.
Märkischer Hof, Admiralstr. 18c.

4. Kreis.

Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.
Boekers Gesellschaftshaus, Weberstr. 17.
Borgmann, Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21.
Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichs-
hain 16-23 (unterer Saal).
Elysium, Landsberger Allee 40/41.
Markgrafensäle, Markgrafendamm 34.
Comeniussäle, Memeler Str. 67.
Drachenburg, Vor dem Schlesiſchen Tor.
Festsäle Südost, Baldemarstr. 75.
Graumanns Festsäle, Raunynstr. 27.
Löwenbrauerei, Frankfurter Allee 53.
Muhs, Manteuffelstraße 95.

5. Kreis.

Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichs-
hain 16-23 (oberer Saal).
Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Str. 18 m.
Sophiensäle, Sophienstr. 17-18.

6. Kreis.

Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10.
Puhmanns Theater, Schönhauser Allee 147.
Mila-Säle, Schönhauser Allee 19.
Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23-24.
Swinemünder Gesellschaftshaus,
Swinemünder Str. 42.
S. Daase, Brunnenstr. 154.
Kastanienwäldchen, Badstr. 15-16.
Frankes Festsäle, Badstr. 19.
Crauz' Festsäle, Kösliner Str. 8.
Germania-Säle, Chausseest. 110.
Funks Gesellschaftshaus, Triftstr. 6.
Pharus-Säle, Müllerstr. 142 (2 Versammlungs-
säle), Müllerstr. 136.
Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 4.
Stadttheater Moabit, Alt-Moabit 47-49.

Teltow-Beeskow.

Adlershof. Büllstein, Bismardstr. 24.
Baumschulenweg. Speers Festsäle, Baum-
schulenstraße 78.
Britz. Schönberg, Rudower Str. 66-67.
Charlottenburg. In sämtlichen Räumen des
Volkshauses, Rosinenstr. 3.
Friedenau. Kaiser-Wilhelmgarten, Rheinstr. 65.
Groß-Lichterfelde. Bahrendorf, Bätestr. 7.
Johannisthal. Veeler, Friedrichstr. 6.

Königs-Wusterhausen. Altes Schützenhaus,
Wwe. Wedhorn.
Lichtenrade. Restaurant Büchmann, am Bahnhof.
Mariendorf. Grassel, Chausseestraße.
Mariensfelde. August Schuster, Kirchstr. 68.
Nowawes. Deutsche Festsäle, Wilhelmstr. 43-44.
Rixdorf. Hohenstausen-Festsäle, Kottbusser Damm.
Hoppe's Festsäle, Hermannstr. 49.
Karlsplatz, Karlsplatzstraße.

Rixdorf. Feldschlößchen, Eisenstraße.
Wolff, Kirchhoffstraße.
Felsch, Knefbeckstraße.
Passage-Festsäle, Bergstr. 151-152.
Schöneberg. Neue Rathaus-Säle, Weininger Str.
Tempelhof. Wilhelmshof, Berliner Str.
Trepow. Sport-Restaurant, Eisenstr. 115-116.
Wilmersdorf. Gesellschaftshaus, Wilhelmshofstr.
Zehlendorf. Benno Ritzky, Potsdamer Str.
Zossen. P. Kurzner, Baruther Str. 10.

Nieder-Barnim.

Bernau. Franz Salzmann, Basdorfer Straße.
Borsigwalde. Borsigwalder Festsäle, Span-
dauer Straße.
Birkenwerder. Gesellschaftshaus Feuerst.,
Hauptstraße.
Erkner-Wollersdorf. Degebrodt's Gesellschafts-
haus, Friedrichstr. 75.
Franz-Buchholz. Karl Kühne, Berliner Str. 93.
Friedrichsfelde. Haberland, Wilhelmstr. 38.
Friedrichshagen. Verches Bürger-Säle, Friedrich-
straße 112.
Heinersdorf. Restaurant Raddah, Thiniusstr. 60.
Kermsdorf. „Forsthaus“, Auguste-Viktoriastraße.
Köpenick-Schönhausen. Fritz Meyher, Berliner
Straße 93.

Karlshorst. „Fürstenbad“, Prinz-Adalbert-Str.
Kaulsdorf. Hamanns Gesellschaftshaus (Inh.:
Knöschle).
Lichtenberg. Gebr. Arnhold, Frank. Chaussee 5.
Mahlsdorf. Edlers Restaurant, Grunowstraße.
Neuenhagen. Wortmann, Bahnhofstr. 27.
Nieder-Schönhausen. Restaurant Liebemit,
an der Kirche.
Ober-Schöneweide. „Wilhelminenhof“.
Oranienburg. Waldhaus Sandhausen, Schützen-
straße 34.
Pankow. Ebersbach, Berliner Str. 102.
Petershagen. „Zum alten Dessauer“.
Reinickendorf-Ost. „Schützenhaus“, Residenz-
straße 1-2.

Reinickendorf-West. Gördes Waldschloß,
Wald-Eichbornstraße-Ecke.
Rummelsburg. „Café Bellevue“, Hauptstr.
Schöneiche. Waldschloß Schöneiche (Inh. W.
Stralau. „Markgrafen-Säle“, Markgrafend-
Tegel. Trapps Festsäle, Bahnhofstr. 1.
Weißensee. Schloß Weißensee und bei-
haus, Uckermarkstr. 6-7.
Wilhelmsruh. Milbrodt's Restaurant,
prinzenstraße 2.
Petersburger Viertel. Löwenbrauerei,
Frankfurter Allee 53-55.
Spandan-Nonnendamm. Dreier, Mär-
Steig 6.

Parteienoffen und Genossinnen! Erscheint alle in den Versammlungen. Enthaltend auch über die Straße jeder Demonstration.

Der Einberufer: Eugen Ernst, Liefenstr. 16.

Jeder wähle
den durch seine Güte unerreicht dastehenden

Kapitän- Kautabak

General-Vertrieb: Carl Böcker, Berlin O 27, Grüner Weg 119.

Sie sollten sich elegant kleiden!

Wir stellen zu außergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf:
Feston gebrauchter Maß-Herren-Anzüge, anderen
Paletots, Uster etc., für jede Figur (auch den stärksten Herrn)
passend, auf Lager. Diese Sachen sind teils in letzten Werk-
stätten (auch auf Gold) gearbeitet. Früherer Anschaffungspreis bis
120.- M., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen, auch neu:
Jacken-Anzüge . . . 9.-14.-18 M. etc. Herren-Paletots 7.-12.-16 M. etc.
Rock-Anzüge . . . 12.-16.-22 M. etc. Herren-Uster . 12.-16.-20 M. etc.
Geh-Rock-Anzüge . 16.-22.-27 M. etc. Herren-Hosen 2.-3 bis 6 M.
Einzelne Fracks, Smoking, Jacketts etc.
Verleihung v. elegant. Fracks u. Gesellschaftsanzügen.

J. Wand

Haupt-Geschäft: Große Frankfurter Straße 116, a. d. An-
denstr.
II. Geschäft: Chausseest. 89, III. Geschäft: Jägerstr. 11.

Dr. Simme
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleide:
Prinzenstr. 41, dicht am
Mörizplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Zigarren- W. Herbs
Fabriken**
regl. 1902. - Tel. IV. 3873.
BERLIN SW., Mitterstr. 8
Erstklassige Ware. Zigarren-
händlern bestens empfohlen.
Tarifarbeit.

**Schallplatten
Verleih-Institut.**
Auch nach auswärts. Preis, gratis.
Karl Borbe, Berlin GO
Neue Königstrasse 38.

Arbeiter! Parteigenossen von Groß-Berlin!

Unsere Gegner tragen sich mit großen Siegeshoffnungen! Macht diese Erwartungen zu Schanden! Rüttelt die Lässigen auf! Es kommt auf jeden Mann an! Sorgt, daß keine Stimme verloren geht!

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Verkündung der Wahlergebnisse für die Genossen der Friedrichstadt, für Zahnärzt und Kinosperatore usw. bei Jul. Meyer, Oranienstr. 103.

Der Vorstand.

Charlottenburg. Die Radfahrer treffen sich um 9 Uhr im kleinen Saale des Volkshauses, Rosinenstr. 8.

Schmargendorf. Heute Freitag, abends 11 Uhr, öffentliche Versammlung im Wirtschaftshaus Schmargendorf, Barnemünder Str. 6: Verkündung des Wahlergebnisses.

Nieder-Schöneeweide. Die Verkündung des Wahlergebnisses findet beim Genossen Stahlberg, Berliner Str. 124, statt.

Der Vorstand.

Waidmannslust und Umgegend (Hermesdorf, Glienicke, Hohen-Reuendorf, Birkenwerder). Sonntag, den 15. Januar, früh 8 Uhr: von den bekannten Stellen aus erste Latwerverbreitung zur diesjährigen Gemeindevahl.

Die Bezirksleitung.

Treptow. Das Zentralwahlbureau für Treptow befindet sich Julius Schmidt, Nieholzstr. 22, für Baumjuchulenweg Wilhelm Erbe, Baumjuchulenstr. 14. Die Genossen, welche zur Hilfe bereit sind, aber noch keine Funktionen haben, melden selbst.

Das Wahlkomitee.

Spandau. Parteigenossen, die sich am Wahltag zur Verfügung stellen können und denen ihre Arbeit dabei noch nicht zugeteilt worden ist, haben sich zu melden: für den 1. Bezirk bei Rette, Bismarckstr. 6, für den 2. Bezirk bei Schlunke, Jagowstr. 23, für den 3. Bezirk bei Bezels, Bicheldorfer Straße 5. Verkündung des Wahlergebnisses findet abends 8 1/2 Uhr in den Umkleenkabinen bei Pochart, Seeburger Straße 26, und Köpenick, Köpenicker Straße 39, statt.

Das Wahlkomitee.

Berliner Nachrichten.

„Schreibarbeiten.“

Run also war sie fertig, die „Bekämpfung der Prostitution“. Es war nicht gerade eine große Arbeit, aber ich dennoch einige Wochen an ihr zugebracht, eingefügt, geändert, und verbessert und gefeilt, bis sie schließlich so ausdauerte, daß kein Seher der Welt aus ihr herausgefunden hätte. War ein Wirrwarr, ein Labyrinth von Wörtern und Zahlen, roten und blauen Anmerkungen, Wegweisern und Pfeilen, dem als einziges Wesen auf Gottes Erdboden ich beherrschte.

Es blieb nichts übrig, als die Arbeit kopieren zu lassen; ging also hinunter und klingelte in meinem gewohnten Kabinchen an.

„Kann ich heute diktieren?“
„Unmöglich.“
„Morgen?“
„Unmöglich.“
„Ja, wann denn...?“
„Vor drei Tagen nicht.“
Drei Tage aber war mir denn doch ein bißchen zu lang; ich ging also kurzerhand in ein anderes Bureau.

„Ja; aber vor drei Tagen nicht...“
„Mein Gott, denke ich, was haben sie denn alle mit einem?“
„Vor drei Tagen nicht...“ Und so ging es weiter.

Maschine kaputt — die Schreiberin krank — eine zur Taufe — drei zur Beerdigung...
Da stand ich nun wie der berühmte Dohs am Berge und konnte nicht weiter.

Ob der Dohs schließlich weitergefunden hat, weiß ich nicht; ich jedenfalls fand weiter. Ganz einfach: ich nahm die liberale Zeitung, guckte in die Annoncen unter „Verheiratet“ — und siehe, ich war meiner Sorgen ledig. Schreibarbeiten — Schreibarbeiten —: dreiviertel Tüten nur Schreibarbeiten. Und lauter holde Frauenen. Lucie — Rucki — Zippi — Schmucl — Gut.

Wählte mir die bequemste Adresse heraus, te das Annoncenblatt ein und fuhr, die „Prostitution“ in Lasko, zur Potsdamer Straße.

„Wohin?“ fragt der Portier, als ich sein Guckfenster erreichte.

„Zu Fräulein Hampel,“ sage ich.
„Ja, man immer ruff...“ sagt er grüßend, „immer...“

„Wie meinen Sie?“ frage ich.
„Ja meene bloß, se is da,“ sagt er und klappt sein Taschenmesser wieder zu.

Ich steige langsam die Treppe hinauf, noch immer im Inneren beschäftigt mit diesem absonderlich familiären Portier. Der ruff — immer ruff... so drastisch bin ich noch nicht aufgefördert worden näherzutreten.

Zwei Treppen links. Ich klinge.

Die Tür geht auf; ein feistes robustes Weib steht auf der Schwelle, trocknet sich die Arme an der Schürze und lächelt mich süßlich an.

„Guten Tag, mein Herr...“ Verbeugung.
„n Tag,“ sage ich. „Fräulein Hampel —?“
„Ja, bitte sehr, mein Herr, immer kommen sie rein... immer nur rein... so, bitte auch recht schön...“
Es riecht nach Zigaretten, nach billigem Parfüm, nach Puder... und nach etwas Dumpfem, Abstoßendem, Eklen, das ich vergebens zu bestimmen suche.
Es ist völlig dunkel.
„Also zu de Frieda wollen Sie?“
„Zu... Fräulein Hampel.“
„Nu ja, nu ja, das is se doch,“ sagt die Stimme, schon etwas gereizt.
Dann watschelt etwas den Gang entlang und donnert gegen eine Tür.
„Frieda! Besuch!...“

„Wie familiär,“ denke ich. „Besuch.“
„Man immer ruff.“ Seltsames Haus...
Aber da geht auch schon am Ende des Ganges eine Tür auf und eine süße Stimme flütert ein leises „bitte...“

„Haben Sie Zeit, Fräulein?“ frage ich und mustere sie mit einigem Staunen. Ist denn das möglich? Mir scheint, sie hat nichts an sich, als diesen verflochtenen herabfallenden Seidenwisch, der ihren Körper wie ein Spinnweb umfließt.

„Zeit?“ sagt sie und lächelt. „D... ich habe immer Zeit.“

Und wieder schmecke ich den schwülen Duft von Zigaretten und Puder.
„Nehmen Sie doch Platz,“ sagt sie und sieht mir tief in die Augen. „Als wolle sie sich festfangen,“ muß ich denken. Aber das alles sind ja Dummheiten.

„Danke,“ sage ich mechanisch, indem ich mich setze. „Haben Sie Ihre Maschine hier?“

Und wieder sieht sie mich an.
„Maschine?“ sagt sie. Sie lacht.
„Ja, Sie machen doch Abschriften —?“

„Abschriften... Abschriften...“
In diesem Augenblick löst sich ganz zufällig der seidene Stoff und sinkt tief herab über ihre eine entblößte Schulter.

„So, so,“ sage ich und erhebe mich. „Dann bin ich also an die falsche Adresse gekommen. Ich bitte vielmals —“

Aber schon ist sie neben mir.
„Bleiben Sie doch!“ bittet sie. „Ach so bleiben Sie doch, bitte, bitte!“ Und sie hat in diesem Augenblick nichts mehr von dem Gemacht-Verführerischen, sondern nur noch eine wilde, gehegte Angst in allen Zügen. „Bleiben Sie doch — ach, bitte, bitte! Ich habe ja die Riete noch nicht... ich war krank... ich... Sie wird mich wieder schlagen...“

„An diesem Nachmittag konnte ich nicht mehr diktieren. Ich hörte immer von ferne den Angstruf eines gepeinigten Weibes, schmeckte den penetranten Geruch von Parfüm und Puder, hörte die gemeine Stimme eines unverschämten Portiers und sah ein feistes Gesicht in einem dunklen Türrahmen widerlich grinsen...“

Vor anderthalb Jahren schrieb ich an dieser Stelle eine ähnliche Skizze „Manicule“. Da kam die Polizei. Und dann das Gericht. Und siehe, die Manicule war von Stunde an aus allen bürgerlichen Blättern wie weggeblasen. (Übrigens, pardon, meine Herren, daß wir das Inzeratengeschäft schädigen!) Wahrscheinlich geht die ganze Menschheit seitdem mit Fingernägeln wie Struwelpeter...
Und nun sind es „Schreibarbeiten“.

Und nun kommt — vielleicht — wieder die Polizei. Und dann wieder ein Gericht. Und dann noch eins. Und so immer weiter. Es muß ja helfen! Fortsetzung folgt...
Berlin als Fremdenstadt.

Die Anziehungskraft, die die Reichsmetropole mit ihren mannigfachen Vergnügungen, Anregungen und Belehrungen auf die Fremden ausübt, ist im ständigen raschen Steigen begriffen. Nach den Mitteilungen der Zentralstelle für die Interessen des Berliner Fremdenverkehrs vermehrte sich die Zahl der Berlin besuchenden Fremden in dem Jahreslauf 1906 bis 1910 von 1 029 461 auf 1 278 609 oder um 24,2 Proz. Dabei stieg die Zahl der aus dem Auslande kommenden Fremden weit rascher, nämlich von 178 428 auf 253 888 oder um 24,3 Proz., als die der aus Deutschland selbst kommenden Besucher, die sich von 851 033 auf 1 024 771 oder nur um 20,4 Proz. vermehrte. Nachten 1906 die Ausländer erst 17,3 Proz. aller Besucher aus, so 1910 19,8 Proz.

Wie sich der Fremdenverkehr Berlins auf die wichtigsten Länder verteilt, ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

	1906	1910	Zunahme 1906-1910
Deutschland	851 033	1 024 771	20,4 Proz.
Rußland	64 623	97 683	51,1
Oesterreich	30 243	39 555	30,8
England	11 759	16 600	41,2
Schweden	10 333	13 721	32,8
Dänemark	9 455	11 176	18,2
Frankreich	7 981	11 070	38,7
Holland	6 285	7 611	22,1
Schweiz	4 183	5 048	20,7
Belgien	2 821	3 736	32,4
Italien	2 011	3 682	83,9
Nordwegen	2 634	3 595	36,5
Anderere europäische Staaten	4 547	6 503	43,1
Amerika	10 545	30 550	58,3
Asien	902	1 595	76,8
Afrika	877	1 129	28,7
Australien	279	579	107,5

Von allen Ländern stellt Rußland bei weitem das größte Kontingent der Fremden Berlins: mehr als der dritte Teil aller Besucher kommt aus dem Zarenreiche. Dann folgt Oesterreich, dann England. Auffallend ist auch die hohe Besuchsziffer der skandinavischen Länder, die diejenige Frankreichs bedeutend überflügelt.

Ueber das Schicksal der Achtklassen-Gemeinschaftsschule Berlins sind die widersprechendsten Gerüchte im Umlauf. Von der einen Seite wird behauptet, daß ihr Ende besiegelt und die Herunterdrückung auf ein Siebenklassensystem so gut wie beschlossen sei. Von anderer Seite wird versichert, daß die Beratungen noch keineswegs so weit gekommen seien und daß man im übrigen für Berlin an dem achtklassigen Aufbau der Gemeinschaftsschule festhalten werde. Es handelt sich, wie wir schon gemeldet hatten, um die Absicht der Regierung, für Groß-Berlin eine Uebereinstimmung zwischen den Gemeinschaftsschulen Berlins und der Vorortse herbeizuführen. Das könnte in der Weise geschehen, daß in allen Vororten die Gemeinschaftsschulorganisation auf ein Achtklassensystem ausgebaut würde. Leider ist aber zu befürchten, daß man den umgekehrten Weg gehen und das in den

meisten Vororten noch bestehende Siebenklassensystem zum Muster machen wird, dem die Schulen mit Achtklassensystem fortan sich anpassen haben. In Berlin darf der Plan, die Achtklassen-Gemeinschaftsschulen den minderentwickelten Schulen mit Siebenklassensystem anzupassen, bei den Kommunal Liberalen auf wärmste Unterstützung rechnen. Die ganze Frage ist aber von Wichtigkeit nicht nur für Berlin, sondern auch für die Vorortse, weil deren Schulen in ihrer notwendigen Weiterentwicklung zum Achtklassensystem aufgehalten werden, wenn die Regierung den Kommunal Liberalen Berlins zur Beseitigung der Achtklassenschule verhilft.

Nach einer neuesten Meldung wird auf Veranlassung des Unterrichtsministeriums am nächsten Montag zur Beratung der Groß-Berliner Schulorganisation eine Konferenz stattfinden, an der von Mitgliedern der Schuldeputation Berlin außer ihrem Vorsitzenden Stadtrat Hirtelorn der Stadtschulrat Fischer und die Stadtverordneten Schulze und Cassel teilnehmen werden. Da wird vermutlich Herr Cassel alle Schlußen seiner „Verhandlung“ öffnen, um glauben zu machen, daß die jetzige Organisationsform der Berliner Gemeinschaftsschule „sich nicht bewährt“ habe. Angekündigt soll beabsichtigt sein, allgemein in Groß-Berlin das Achtklassensystem durchzuführen; das wird, noch ehe die Konferenz stattgefunden hat, jetzt gemeldet. Fragt sich nur, ob nicht unter diesem Groß-Berliner „Achtklassensystem“ lediglich ein Siebenklassensystem mit einer Selecta, die nur „nach Bedarf“ aufgesetzt werden soll, verstanden wird. Wenn dann in Berlin die Selecta das Ziel der jetzigen Klasse I behält und schon mit Klasse II ein „Abschluß“ der Volksschulbildung angenommen wird, dann ist ja glücklich erreicht, was man wollte: die Herabdrückung des Lehrzieles der Volksschule überhaupt.

Die „Pädagogische Zeitung“, die von der Organisation der Berliner Gemeindegemeinschaften herausgegeben wird und Hauptorgan des Deutschen Lehrervereins ist, beschäftigt in ihrer letzten Nummer sich wieder mit der Angelegenheit. Sie weist darauf hin, daß nach Einführung des Achtklassensystems für Berlin die siebenklassigen Schulen der Vorortse fast das gesamte Berliner Pensum auf ihre sieben Klassen verteilen, so daß die Vorortsschulen in den einzelnen Klassen stärker mit Lehrstoff belastet wurden. Wollte man in Berlin jetzt dieselbe, pädagogisch höchst bedenkliche Verteilung des ganzen Lehrstoffes auf sieben Klassen einführen und danach die Selecta mit einem weitergehenden Lehrstoff ausstatten? Oder sollte unter Beibehaltung der achtklassigen Verteilung für Berlin die siebenklassig bleibende Vorortsschule auf den Lehrstoff der entsprechenden sieben Klassen Berlins beschränkt und somit das Bildungsziel der Vorortsschule herabgesetzt werden? Die „Pädagogische Zeitung“ kommt zu dem Ergebnis, daß die einzige mit der Pädagogik vereinbare Lösung für die Schulorganisation von Groß-Berlin nur die Entwicklung der Vorortsschulen zu einem wirklichen Achtklassensystem sein kann.

Man sieht, daß die Bevölkerung Berlins wie der Vorortse ein gleiches Interesse an der Lösung dieser Frage hat. Gelingt es den Rückwärtlern, in den Schulen Groß-Berlins dem Siebenklassensystem die Herrschaft zu sichern, so bedeutet das eine schwere Schädigung der Volksschule.

Wohnungsmarktaufnahme. Wie schon seit einer längeren Reihe von Jahren, so findet auch gegenwärtig eine für die Ermittlung der Wohnungsmarktsverhältnisse bestimmte Aufnahme der bebauten Grundstücke statt. Da die möglichst zutreffende Feststellung dieser Verhältnisse besonders aus Interesse der Grundbesitzer selbst liegt, so ist anzunehmen, daß der Vorstand des städtischen Statistischen Amtes um vollständige und zutreffende Ausfüllung der Formulare seitens der Hauseigentümer bezw. Verwalter in vollem Umfange Rechnung getragen werden wird, zumal die sonst erforderlich werdenden zahlreichen nachträglichen Ermittlungen bei den Verhältnissen Berlins eine nicht unerhebliche Verzögerung der Bearbeitung zur Folge haben müßten.

Die Deputation für das Arbeitshaus und das städtische Obdach hat in ihrer gestrigen Sitzung u. a. beschlossen, die Deputation für die städtischen Krankenanstalten aufzulösen, mit ihr unter Zurückziehung der Ärzte und Verwaltungsoffiziere der in Frage kommenden Krankenhäuser in Beratungen darüber einzutreten, welche Maßregeln zu treffen sind, um bei einem plötzlichen Ausbruch einer Epidemie den Gefahren der Verschleppung aus dem Obdach vorzubeugen.

Statt Feuerungszulagen Schmälerung der Kost! Und wird aus den Kreisen städtischer Arbeiter geschrien: Die Gemeindebehörden der Stadt Berlin hatten beschlossen, den städtischen Arbeitern, welche verheiratet sind und einen nicht höheren Jahreslohn verdienen als 2000 M., eine Feuerungszulage von 40 M. zu gewähren. Die Deputationsmitglieder mit ihren 800 M. Jahresverdienst sind hier von unbegreiflicher Weise ausgeschlossen. Nicht anders erging es dem Personal in den städtischen Krankenanstalten, Krankenhäusern und so weiter. Man schützte vor, diese Leute bräuchten die Ertragszulage nicht, weil sich dieselben im Kost- und Logisverhältnis befinden. Nichts ist jedoch ertümlicher als gerade das! Die verheirateten Pfleger usw. müssen nämlich genau so durch das Wohnen außerhalb der Krankenanstalt und durch die weitere Unterhaltung der Familie mit Kost, Feuerung, Licht, Kleidung usw. für ein Mehr von Ausgaben aufkommen, wie die übrigen Arbeiter. Das Maß der Empörung des betr. Personals war aber jedenfalls noch nicht voll genug, deshalb mußte die Direktion ihr übriges dazu tun. Vom 6. d. M. ab erhält nämlich das Personal in Dalldorf zum zweiten Herbststück 20 Gramm weniger an Belag. Desgleichen sind ihm vom Mittagsfleisch 20 Gramm und vom Abendbelag 10 Gramm in Abzug gebracht worden. Also eine ganz erhebliche Kostschmälerung. Und das geschieht ohne die Angestellten zuvor davon in Kenntnis zu setzen. Da alle Welt weiß, daß das Essen, speziell in Dalldorf, sehr oft viel zu wünschenswert übrig läßt und es selbst Vergleiche schon als nicht einwandfrei erklärt haben, so kann man es verstehen, wenn sich das Personal über diese ungerechte Maßnahme in heller Aufregung befindet. In einer in dieser Angelegenheit einberufenen Versammlung des Personals der Anstalt Dalldorf wurde gegen die neueste Maßnahme entschieden Protest erhoben und bessere Kost verlangt. Die Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter wurde beauftragt, unermüßlich bei der zuständigen Deputation vorstellig zu werden, um die sofortige Zurücknahme dieser ungerechten Maßregel zu erwirken. Des weiteren sprach die Versammlung ihre Verurteilung darüber aus, daß auf die im Juli und November 1911 der Deputation resp. Anstaltsdirektion überreichten Petitionen betr. Gewährung eines besseren Essens und Erweiterung des Abendurlaubes noch keine Antwort zu teil geworden ist.

Begen Erhöhung der Gemeindesteuern

in den städtischen Gemeinden Groß-Berlins haben zwischen den Finanzministern der Gemeinden Besprechungen stattgefunden. Ob es dieses Mal zu einer Verständigung kommt, muß abgewartet werden. Im Vorjahre verlief die Anregung des Regierungspräsidenten resultatlos.

Ein liebevoller Sohn. Die moralische Bedeutung des Wortes „Du sollst Vater und Mutter ehren“ veranschaulicht gestern ein Schöffengerichtsvorfallender in Roabit dem Postassistenten Richard W. r n s t e d t Karumachen. Der junge Herr, ein Lecherer Sohn, war von seiner eigenen Mutter wegen Verleumdung verklagt worden. Der getrennt lebende Lehrer W. r n s t e d t hatte vor mehreren Jahren seine Ehefrau in bekannter Art wegen angeblicher Geisteskrankheit von der Straße weg, wo schon ein bestellter Krankenwagen hielt, trotz des der Frau zugehörten polizeilichen Schutzes nach der Irrenanstalt Dalsdorf bringen lassen. Man entließ die unglückliche Frau nach einiger Zeit wieder, weil man mit ihr in der Anstalt nichts Rechtes anzufangen mußte. Auch die Entmündigungsanträge sind abgelehnt worden. Seitdem hatte aber Frau W., da sie mittellos war und Lebensunterhalt verlangte, nichts mehr zu lachen. Obwohl genügend unterhaltspflichtige Angehörige vorhanden sind, suchte sich jeder um die Alimentierung herumzureden, bis die Gerichte ein Rechtswort sprachen. Nun ging die Dege erst recht los. Wiederholten Internierungsversuchen schloß sich ein verwerflicher Familienklatsch an. Der eigene Sohn, der Angeklagte, der sein Gehalt geschmälert sah, brandmarkte seine Mutter als Verleumderin und Geistesranke. Nur um diesen ewigen Verfolgungen und Schmäherden ein Ende zu machen, wurde Klage erhoben. Der Gerichtsvorfallende sprach sein tiefes Bedauern aus über die zwischen Mutter und Sohn bestehende Klüftung. Er riet dringend zum Frieden, da sonst der Sohn gerade mit Rücksicht auf seine Schulbildung und noch mehr wegen seines Beamtencharakters einer ganz exemplarischen Bestrafung sicher sein könne. Es sei überaus verwerflich, wenn der Angeklagte die Frau, der er das Leben verdanke, beschimpfe. Glaube er wirklich, daß seine Mutter geisteskrank sei, so verdiene sie Mitleid und den weitesten Schutz des Sohnes, nicht Verfolgungen und Beschimpfungen. Den Einwand mangelnder Verzeugsfähigkeit der Mutter wies der Vorsitzende energisch zurück. Das Gericht habe nicht das Recht, die Frage der Verhandlungsfähigkeit zu erörtern, so lange nicht ein Entmündigungsverfahren eingeleitet sei. Nun erklärte der Sohn, er wolle die Verleumdungen zurücknehmen, um der Bestrafung zu entgehen. Aber schamte rebete der Vorsitzende dem Sohne ins Gewissen, er solle nichts umgeben, sondern Einsicht zeigen, wie unverantwortlich er die Kindespflichten verletzt habe. Das häßliche Sittenschauspiel endete mit der v e r g l e i c h e n d e n Erklärung der Mutter, daß sie selbst eine Bestrafung nicht wünsche und nur in der Notwehr die Klage angestrengt habe, um den Sohn für die Zukunft zu warnen.

In der Sitzung der Parkdeputation wurde die Beleuchtungsfrage des ehemaligen Parkes „Botanischer Garten“ (jetziger Meist-Par) erörtert und beschlossen, denselben elektrisch zu beleuchten. Ferner wurde beschlossen, den Zuschlag für 1912 von 50 000 auf 75 000 M. zu erhöhen. In den preussischen Etat für Anzahaltung des Tiergartens sind außerdem 330 000 M. eingestellt worden. Ferner wurde das Projekt der Umgestaltung des Alexanderplatzes nach Beendigung der Untergrundbahnarbeiten vorgelegt und genehmigt. Von einem unserer Vertreter wurde gerügt, daß 25 Arbeiter im „Botanischen Garten“ entlassen worden seien mit der Begründung, daß dieselben durch plötzlich eingetretenen Frost nicht mehr beschäftigt werden können. Es sei ihnen anempfohlen worden, sich zum Schneeschleppen zu melden, da sich nicht genügend Arbeiter hierzu gemeldet hätten und auch die Mittel im Etat so knapp bemessen wären, um die Arbeiter bis April durchhalten zu können. Beschwerde wurde geführt über schlechte Behandlung der Arbeiter im zweiten Parkrevier (Friedrichshain) durch Obergärtner Korfamer. Der Gartendirektor wurde ersucht, für bessere Behandlung der Arbeiter Sorge zu tragen.

Ein Hopsabschneider kreibt wieder einmal sein Unwesen. Es handelt sich um einen etwa zwanzigjährigen Menschen, der es auf die langen Röhre von Schulkindern abgesehen hat. Seitern trat der gefährliche Bursche in Rixdorf in Tätigkeit, wo er in der Reuterstraße ein Schulmädchen des langen Haarschnitts beraubte. Die Kleine bemerkte nicht das geringste, als der Abschneider mit einer Schere den Hops beseitigte. Erst durch andere Schulmädchen mußte sie auf den Verlust aufmerksam gemacht werden. Der junge Bursche ist von schlanker Gestalt und bartlos. Er trägt dunklen Winterpellet und schwarzen steifen Hut.

Ein schwerer Unglücksfall, bei dem eine Person schwer, eine andere leichter verletzt wurde, ereignete sich gestern nachmittags in der Bellevuestraße 15. Auf dem Dach des Wilhelmshagensiums ist ein ungefähr 8-Meter hohes Telephongestänge angebracht, das durch den heftigen Frost stark mitgenommen worden ist. Gestern nachmittags gegen 8 Uhr waren zwei Telephonarbeiter damit beschäftigt, das Gestänge wieder in Ordnung zu bringen. Als sie angefangen an den Telephondrähten arbeiteten, brach plötzlich eine Stange und beide fielen auf das flache Dach. Einer von ihnen, der 34 Jahre alte verheiratete Telephonarbeiter Wilhelm Höyer wurde durch die umstürzende Stange so unglücklich am Kopf getroffen, daß er eine gefährliche Verletzung davon trug. Der andere, ein lediger Telephonarbeiter, Ferdinand Staat, erlitt durch den Sturz auf das Dach Verletzungen am Rücken und an den Beinen, die jedoch weniger schwerer Natur sind. Durch Kollegen wurden die Verunglückten, nachdem ihnen der erste Notverband angelegt worden war, nach dem Elisabethkrankenhaus in der Lüchowstraße gebracht.

Unter dem Verdacht der Methyalkoholvergiftung ist gestern noch ein Mann schwer erkrankt. Gestern abend zwischen 7 und 8 Uhr fand ein Schuhmann an der Ecke der Oberwölder und Wolfener Straße einen Mann bewußtlos auf dem Bürgersteig liegen. Er brachte ihn mit einer Droschke nach der Hilfsstation in der Gaudystraße. Hier verschlimmerte sich der Zustand des Erkrankten aber so sehr, daß er nach dem Krankenhause in Roabit gebracht werden mußte. Hier liegt er schwer darnieder. Die Ärzte konnten noch nicht mit Bestimmtheit feststellen, ob hier wirklich Methyalkoholvergiftung vorliegt. Der Mann hat das Bewußtsein noch nicht wieder erlangt, kann also keine Angaben darüber machen, wo er den Schnaps gekauft und getrunken hat.

Die Nachforschungen der Kriminalpolizei nach Schankweirern, die im guten Glauben das giftige Getränk verkaufen, gehen noch fort. Der frühere Schankwirt Jaitrow aus Charlottenburg, der in der letzten Zeit ebenso wie Scharwach Mischungen mit Weichalkohol herstellte, ist von neuem verhaftet worden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei erstrecken sich auch darauf, festzustellen, ob schon Erkrankten vor dem großen Waffentreiben im hiesigen Fiddach stattgefunden haben. Soweit festgestellt werden konnte, sind außerdem im Jahre 1911 sieben Todesfälle, die auf Methyalkoholvergiftung zurückzuführen sind, zu verzeichnen. Zum Teil gelang es noch, Reste aus dem Flascheninhalt, wovon die Gestorbenen getrunken haben, zu bekommen und zu untersuchen. Es haben sich auch zwei Leute gemeldet, die ebenfalls im vergangenen Jahre an Methyalkoholvergiftung erkrankt und wieder genesen sind. Sie konnten zwei Tage lang überhaupt nicht mehr sehen. Ihre Angaben kann die Kriminalpolizei als wichtige Fingerzeige verwerten.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Möbelwagen, bei dem zwei Personen schwer verletzt wurden, ereignete sich an gestrigen Donnerstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, an der Ecke der Königsgraben und Lennestraße. Als dort ein mit sechs Pferden bespannter Möbelwagen der Firma Schuhmacher aus der Stieglitz Straße 91 einem an jener Stelle haltenden Wagen, der Schnee abfahren sollte, auswich, schleuderte das schwere Gefährt

und stieß gegen den Vorderperren des Motorwagens eines aus entgegengesetzter Richtung kommenden Straßenbahnwagens der Linie 23. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der Kutscher des Möbelwagens, Hermann Langtan aus der Steinmetzstraße 88, und der Mitfahrer Adolf Kood, Rossener Straße 22 wohnhaft, von ihren Sitzen auf das Straßenpflaster geschleudert wurden. K. erlitt einen Schädelbruch und mußte nach der Charité überführt werden. Dort erhielt auch Langtan, der eine klaffende Kopfwunde, sowie eine Verletzung am Rücken davongetragen hatte, Notverbände und wurde von dort nach seiner Wohnung gebracht. Bei dem Zusammenstoß wurden sämtliche sechs Pferde des Möbelwagens leicht verwundet; der Vorderperren des Straßenbahnwagens wurde schwer beschädigt. Die Fahrgäste des Motorwagens kamen mit dem Schrecken davon; eine Verletzung erlitt nicht.

Der Verleger der Reichstagswahlpolitik Gustav Kreiskammer-Stuttgart erucht und mitzuteilen, daß er 25 Proz. des Reinertrages der Parteikasse überweisen wird und dem Landesvorstand der württembergischen Partei eine Kopypresse gestatte. Diese Mitteilung trifft nicht den Kern der Sache. Die Anklage, daß ein Teil des Reinertrages der Parteikasse zufließt, ist eine ganz ungehörige Keßlame und hat nur den Zweck, den Herausgebern der Karte ein großes Abflaggegebiet bei Parteigenossen zu schaffen. Wenn der Verleger in einem an uns gerichteten Schreiben davon spricht, daß er seine die Karte empfehlenden Inserate nur der Parteipresse zugewendet und damit die Parteipresse unterstützt habe, so glaubt ihm doch im Grunde niemand, daß er nur das Interesse der Parteipresse fördern wolle. Herr Kreiskammer wird gut tun, bei seinen privaten Angelegenheiten in Zukunft die Partei aus dem Spiele zu lassen und sie nicht zu Reklamezwecken zu mißbrauchen.

Aus Liebeskummer erschossen hat sich gestern nachmittags in einem der ersten Hotels Unter den Linden der 23 Jahre alte Student L., der Sohn einer hochangesehenen Familie aus Dresden. L. kam vor 14 Tagen nach Berlin und bezog hier in einem Hotel ein Zimmer. Gestern nachmittags fanden ihn Angestellte des Hotels in seinem Zimmer tot auf dem Fußboden liegen. Er hatte sich eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt. Der Grund des Selbstmordes soll in Liebesgram des jungen Mannes zu suchen sein. Sonst liegt auch nichts vor, was ihn zu dem unbedachten Schritte veranlaßt haben könnte. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

In dem Verfallenden des Rechtsanwalts Dr. Gaikant wird noch mitgeteilt, daß der Vermittler immer noch nicht ermittelt ist. Nachträglich hat sich ein Stationschef gemeldet, der sah, wie am Montagabend gegen 11 1/2 Uhr ein Mann, der mit einem Pelz bekleidet war, in den Wald hineinging und nachher ohne Pelz zurückkehrte. Dieser Mann löste auf dem Bahnhof Sichtkamp eine Fahrkarte 3. Klasse und fuhr mit dem Stadtbahnzug nach Berlin zu. Er befand sich erst, ob er nicht in die 2. Klasse einsteigen sollte, benutzte dann aber im letzten Augenblick die 3. Klasse. Es handelt sich wahrscheinlich um den vermissten Rechtsanwalt. Der Mann trug auch einen alten blauen Anzug, wie er in der Wohnung des Verfallenden vermisst wird. Weiter konnte diese Spur noch nicht verfolgt werden.

An die Auswanderer nach Australien ist ein Schreiben gerichtet, das uns mit der Bitte um Veröffentlichung aus Melbourne (Australien) zugeht. Es lautet: Die nach Australien auszuwandernden Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß hier in Melbourne ein deutscher sozialdemokratischer Verein (Verein „Vorwärts“) besteht. Der Verein, welcher im Oktober sein 25-jähriges Stiftungsfest feierte, hatte einen sehr schönen Erfolg und erzielte einen Ueberschuß von 500 M. Leider muß man sagen, daß der Ruf, den der deutsche Arbeiter im Ausland hat, politisch geschwächt zu sein, sehr oft verloren geht, sobald er die Heimat verlassen hat. Der Verein „Vorwärts“ hat eine sehr schöne Bibliothek, die Zeitungen „Vorwärts“ und „Hamburger Echo“ sowie diverse Zeitschriften liegen aus; er hält regelmäßig alle 14 Tage Sonntags seine Versammlungen ab bei H. Diergarten, Commercial-Hotel, Spring-Str., Melbourne. E. Thies, Secretary.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung erfolgte am Mittwoch zunächst die Einführung der neu- und wiedergewählten Stadtverordneten, darunter unsere Genossen Wade und Stutz. Hierauf konstituierte sich die Versammlung. Die beiden bisherigen Vorsteher Kaufmann und Hubatsch wurden wiedergewählt, die Wahl der Beisitzer fiel auf die Stadtw. Dr. Vorchardt (Soz.), Dunt, Marzahn und Ruh. Sodann wurde die Wahl einer Reihe von Ausschüssen vorgenommen. Unsere Fraktion ist vertreten im Wahlausschuß durch Wade, Scharnberg, Witt, im Petitionsausschuß durch Witt und Stutz, im Rechnungsprüfungsausschuß durch Witt und Witt, im Ausschuß zur Prüfung von Stadtverordnetenwahlen durch Dr. Vorchardt und Witt, im Ausschuß zur Prüfung der Vorlage betreffend Errichtung einer Badanstalt in der Nürnberger Straße durch Scharnberg, Witt, Witt, im Ausschuß betreffend Prüfung von Maßregeln zur Verhütung der Folgen unfreiwilliger Arbeitslosigkeit durch Lehmann, Richter, Witt, im Ausschuß betreffend Müllabfuhr durch Wade, Gebert, Scharnberg.

Endlich genehmigte die Versammlung noch eine dringliche Vorlage, durch die dem Magistrat die Ermächtigung erteilt wurde, dem unter Führung der Deutschen Bank stehenden Konsortium auf das Angebot vom 9. Januar 1912 betreffend die Uebernahme der 1. Abtheilung der Charlottenburger Stadtanleihe vom Jahre 1912 im Betrage von 3 1/2 Millionen Mark zum Kurse von 99,67 1/2 Proz. unter den von dem Konsortium gestellten Sonderbedingungen den Zuschlag mit der Maßgabe zu erteilen, daß von Stellung einer Sicherheit seitens des übernehmenden Konsortiums Abstand genommen wird. Die nächste Sitzung findet am 17. Januar statt.

Ober-Schöneweide.

In der Gemeindevertretersitzung am Dienstag kam bei Behandlung der Vorlage betr. Einführung einer anderen Art der Besteuerung der großen Gewerbebetriebe der Gegenjah zwischen den Interessen der Vertreter dieser Betriebe und denen der übrigen Einwohner recht deutlich zum Ausdruck. Genosse Grünow bezeichnete die Vorlage als das Mindeste dessen, was zur Erhöhung der Gemeindecinnahmen getan werden müsse. Es sei eine weit größere Ungerechtigkeit, durch die Erhöhung des Einkommensteuerverhältnisses auch die Vermitteln zu treffen, als solche großen Betriebe, die der Gemeinde immense Einnahmen aufbrächten (Schul-, Armenlasten usw.), weiterhin von der Einkommen- und Gewerbesteuer zu befreien. Auch könne die Mehrbelastung nach der neuen Steuerordnung solche große Unternehmungen in keiner Weise gefährden. Tatsache sei auch, daß nicht die Gewerbesteuer, sondern hohe Bodenpreise und Zweckmäßigkeitsgründe eine weitere Industrieentwicklung verhindere. Nach ausgedehnter Debatte wurde die Vorlage mit 13 gegen 6 Stimmen der 1. Klasse angenommen.

Der Beschluß des Kuratoriums der Pflichtfortbildungsschule, den Unterricht im Sommerhalbjahre um 5 1/2 statt um 6 Uhr beginnen zu lassen, brachte ebenfalls wieder die Vertreter der Industrie auf den Plan; die Herren bekräftigten von einem früheren Arbeitsfluß der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter den Ruin. Herr Feldmann bezeichnete die große Rücksichtnahme als Gefühlsduselei und hielt im übrigen einen längeren Vortrag über die Kollage der ihn besonders angehenden Textilindustrie. Herr Engel glaubte die Entgegnungen des Genossen Grünow zu entkräften, indem er es als ein verheißenes Ereignis hinstellte, wenn Lohnarbeiter der Industrie die Sucht besäßen, sich mit der Bildung vollzupropfen, die sich Angehörige der besserstehenden Klassen aneignen. Ein solcher Arbeiter in den Herren natürlich ein Dorn im Auge, weil er sich nicht alles bieten läßt. Der Beschluß des Kuratoriums wurde verworfen. Die Frage der Beschaffung geeigneter Räume zur Unterbringung Obdachloser gab wiederum Anlaß, daß recht

trause Ansichten über die Pflicht der Gemeinde zum Ausdruck kamen. Genosse Muth, dessen Forderung nach Schaffung von Wohngelegenheit einigen Herren als etwas Ungehörliches schien, legte eindringlich dar, wie unzureichend die bisherige Unterbringung sei und eine wie große Verantwortung die Gemeinde solchen Hilfsbedürftigen gegenüber habe. Beschlossen wurde, wegen der ungunstigen Raumverhältnisse des dazu in Aussicht genommenen Grundstücks von einem Neubau einstweilen abzusehen und zunächst das Hintergebäude Siemensstr. 23 auf drei Jahre gegen eine jährliche Summe von 3100 M. zu pachten. Zur Anregung des Herrn Peterls sollen die Räume unter dauerhafter ärztlicher Aufsicht gestellt werden. Die Vertretung willigte in die Verpachtung mehrerer Gemeindegelände und gestattete der Aktien-Gesellschaft Preiser die Anlage einer Dreifachebe in der Wilhelmstraße bei Anlage eines dortigen Neubaus. Nach Erledigung dieser Angelegenheiten folgte eine geheime Sitzung.

Santow.

Die letzte Gemeindevertretersitzung beschäftigte sich mit der Vorlage zum Bau einer höheren Mädchenschule. Die bürgerlichen Vertreter stimmten der Vorlage zu. Genosse Rabitz bekräftigte die Ablehnung der Vorlage, da die Ausgaben für die 150 höheren Töchter, welche jetzt in einem Flügel der Gemeindefschule 2 untergebracht sind, schon ganz enorme seien. Kostet der Gemeinde doch jetzt schon jede Schülerin jährlich 240 M. Da für die Baukosten 900 000 M. angelegt sind, was einer Verzinsung von circa 52 000 Mark jährlich gleichkommt, werden sich diese Kosten verdoppeln. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß besserstehende und steuerfähige Leute von dem Vorhandensein höherer Schulen ihren Zugang abhängig machen. Welcher Dunkel mitunter in den Köpfen der beschriebenen Klasse vorhanden ist, lehnte der Ausdruck eines bürgerlichen Vertreters, der betonte, daß es von vielen Eltern unangenehm empfunden werde, daß ihre Töchter mit den Gemeindefschülern unter einem Dach weilen müssen. — Die schwebenden Verhandlungen der Gemeinde mit dem Kreis wegen Abänderung des Vertrages über die Siemensbahn sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Ausstellung von vier Sitzfährlin wurde dem Vertreter der Bauhütten Nachrichten genehmigt. Außerdem sollen noch die Säulen der Elektrizitätswerke mitbenutzt werden. Der 2. Jahrgang auf 6 Jahre. Nach Ablauf gehen die vier Säulen in das Eigentum der Gemeinde über. Als Entschädigung sind für das 1. Jahr 200 M., für das 2.—4. Jahr 300 M. und für das 5.—6. Jahr 400 M. an die Gemeinde zu zahlen.

Friedrichshagen.

Die Wahlbezirke für Friedrichshagen sehen sich wie folgt zusammen:

- Wahlbezirk 1 umfaßt: Horn-Allee, Bahnhof, Bahnbehaus, Bude 18, Cöpenider Straße, Linden-Allee, Weident Wilhelmstraße. Wahllokal: Restaurant „Zur Klause“, do Cöpenider Str. 1.
- Wahlbezirk 2. Brest-Promenade, Kaiserstraße, Kasz Allee, Kirch, König, Kurzestraße und Verlängerung, Rahm Straße und Verlängerung, Straße 12 und Straße 16a. Wahl Restaurant Conrad, daselbst, Friedrichstr. 137.
- Wahlbezirk 3. Bellevuestraße, Neu-Rameton, Seef Straße 38, Spriehweg, Wasserwerke, Waldowstraße und Garten, Gutsbezirk Cöpenid-Fort mit Bahnbeamtenwohnhaus; witz und den im Jahre 1879 aus dem forstfiskalischen Guts Cöpenid-Fort in den Stadtbezirk Cöpenid eingemeindeten Wschaften. Wahllokal: Brauerei-Ausschank, daselbst, Seeftr. 2.
- Wahlbezirk 4. Friedrichstraße, Rühlsgarten, Schmaier Restaurant Conrad, daselbst, Friedrichstr. 98/97.
- Wahlbezirk 5. Hermsdorf I, und zwar: Ortsteil Ostid Nordbahn. Wahllokal: Gasthaus „Zum Lindengarten“, do Berliner Str. 133.

Reinickendorf-Öst.

Der Arbeiter-Radsfahrerverein „Solidarität“ feiert am 6. abend, den 13. Januar, in den „Hubertusfäden“, Provinzstr. 77 ein Vergnügen. Da sich der Verein der Partei bei jeder Gelegenheit zur Verfügung gestellt hat, bittet die Leitung des Wahlvereins die Genossen um rege Unterstützung.

Potsdam.

Beim Schlittensfahren verunglückt. Auf dem Terrain in Babelsberg, das als Rodelbahn in Anspruch genommen wird, ist gestern abend die Portierfrau Marie Hundsdorfer verunglückt. Er litt einen Beinbruch und wurde nach dem Oberlinhaus in Rott gebracht.

Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern vormittags beim Bruch des alten Potsdamer Radettenhauses in der Saarm Straße. Dort stürzte aus dem ersten Stockwerk der 88-jährig beiter Emil Graber aus der Jägerstr. 46 herab. Er zog sich 11 innere Verletzungen zu. Sein Zustand ist bedenklich.

Nowawes.

Theaterabend. Am Sonnabend, den 13. Januar, gelang Singschüler Soale durch das Berliner Theaterensemble, das sein Gastspiel mit Schönherrns „Glaube und Heimat“ bei der beitersthaft noch in bester Erinnerung steht, das Babelsburgsche Spiel „Der dunkle Punkt“ zur Aufführung. Für den 3. He befindet sich in Vorbereitung der „Bopsentreich“ von Becherl

Gerichts-Zeitung.

Zeugenbedrohung.

Einer der Zeugen in der Verhandlung über die gestern unter der Ueberschrift „Der Kellnerstreit im Ragler“ verurteilten, wurde nach der Verhandlung im G von dem Schuhmann Nürnberg aufs gräßlichste bei Der Schuhmann haranguierte den Zeugen mit Worten: „Wie können Sie sich unterstehen, unter 3 Eid auszusagen, ich hätte gedroht, von der Waffe brauch zu machen, Inebeln zu wollen und dergleichen. werden wir Ihnen schon anstreichen, wir wollen mal 1 was Sie gegen unsere Aussage ausdrücken können. Das ich nicht auf mir sitzen, darüber sprechen wir noch mal.“ derartigen Belästigungen, Schmähungen und Drohungen folgte der Schuhmann mit einem Kollegen den Zeugen Gerichtsgebäude. Öffentlich verlangt und erhält der 4 vom Staatsanwalt Schutz gegen derartige Belästigung Verleumdungen und Drohungen. Jedenfalls sollte der 5 im Interesse eines Schutzes gegen Schulleute Strafg stellen. Er war durch die Belästigungen der Schulleute 6 so ängstlich geworden, daß er, ohne Zeuggeld zu holen, das Gericht verließ, um seinen uniformierten Bedauern zu entgehen. Verständiger wäre es von ihm gewesen, die Schulleute sofort im Gericht festnehmen zu lassen. (Siehe auch 1. Beilage.)

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soden das 15. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Unfälle der letzten Stunde. — Ferdinand Simon. Von H. Lux. — Separatismus, Nationalismus und Sozialismus. Von K. Kautsky. — Die Eisenbahn. Zur Geschichte des Niederrheins des landwirtschaftlichen Kleinrentiers. Von Ernst Kautsky. (Fortsetzung). — Literarische Rundschau: Grundfragen unierer Handelspolitik. Von K. K. Das Stellenverhältnissgesetz und die gewerkschaftlichen Angelegenheiten. Arbeitsordnung im Gastwirtsberufe. Von ad. hr. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Postporturen zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann hiebei bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Don der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiter, Nr. 8 und 9 des 22. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Im Asyl. Von H. Luxemburg. — Zwei Stellen. — Vor der Entschuldig. Von L. Fick. — Für unser Bürgerrecht. — Zur Lage der Heimarbeit in der Ostschweiz. Von Johannes Heiden. — Mutter und Kinder in der Armenpflege. Von Edmund Fischer. ufw.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnements 2,60 M.

Die **Wahlnummer des „Wahren Jacob“** ist soeben 16 Seiten stark erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge: Bilder: Vorbereitungen zur Stegfeier. Von G. G. Jentsch. — Der schlechte Tänzer. Von H. Hoff. — Erfolg. Von Emil Gell. — Nach dem päpstlichen Erlaß. Von H. Hoff. — Am Kaiserhof. Von und nach dem 12. Januar. — Die drei Barzen am 12. Januar. Von G. G. Jentsch ufw.

Legelbeiträge: Der rote Farmer. — Unnützlich. — Neue Wetterregeln. — Christlicher Kampf. Von P. E. — Spione. — Reichsverband. — Schicksale Junkerleute. — Lieber Jacob! Von Gottschall Kaufe ufw.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag A. D. S. Fick Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Die Zeits. Heft 1 u. 2. Literarische Zeitung, herausgegeben von Th. Grel u. G. Kaufner. Erscheint Sonnabends. Viertel 1,50 M. Leipzig, Verlag, München.

Briefkasten der Redaktion.

Heute, Freitag, fällt die Sprechstunde aus.

P. 2. 22. Voraussichtlich ja. Am zweckmäßigsten sehen Sie sich vorher mit der Armenverwaltung in Verbindung. — **P. 2. 71.** Ja. — **P. 2. 1.** Rein. 2. Ja. 3. Mit Vollendung des 21. Lebensjahres. — **P. 2. 33.** Gewerbeinspektion, Prinzengasse 88. — **P. 100.** Sie können sich durch eine von Ihnen zu wählende Person, ausgenommen Rechtsanwältin und Personen, die das Verlangen vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, vertreten lassen. Ihrem Vertreter müssen Sie schriftliche Vollmacht erteilen. — **P. 2. 17.** Verschaffen Sie sich durch Antrag auf Erlass eines Zahlungsbefehls eventuell Klage einen Schuldtitel. Auf Grund desselben kann beim Amtsgericht die Pfändung des Herausgabebaus beantragt werden. — **P. 2. 100.** Ja. — **P. 2. 51.** Zusammen 4 M. — **P. 2. 2.** Für das Vierteljahr Oktober-Januar sind nur 50 Pf. zu zahlen. — **P. 1881.** Monat. 1. Ja. in Raten. 2. Sie sind wohl berechtigt, falls Sie in der Minderzahl stehen. — **P. 1907.** Ja. — **P. 2. 100.** Sie haben Anspruch auf Lohnzahlung, sind jedoch verpflichtet, sich das von der Krankenkasse erhaltene Krankengeld anrechnen zu lassen. — **P. 2. 26.** 1. bis 5. Die Klage Ihres Vaters erscheint ausfallend. 6. und 7. Ja. 8. Ja, sofern dem Kammrat keine Kostenforderung zuteilt. 9. Ja. 10. Empfehlung bestimmter Rechtsanwältin lehnen wir ab. — **P. 2. 2890.** 1. und 2. Ja, nach Klärung des Krankengeldes. 3. Reichsversicherungsordnung. — **P. 2. 200.** 1. Ja. 2. Das ist in der Sache unzulässig. Im übrigen können wir in solchen Fällen zu Belehrungsbeschlüssen nicht raten. — **P. 3. 36.** 1. Alle Ehecheidungsgründe können wir unmöglich im Briefkasten angeben. 2. Ja, wenn der Mann nicht erst Kenntnis erhalten hat. — **P. 2. 19.** 1. Ja. Die länger als vier Jahre zurückliegenden Ansprüche sind verjährt. 2. Staatskasse.

Witterungsüberblick vom 11. Januar 1912.

Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Temperatur	Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Temperatur
Essen	776,5	SW	1	4	Saparanda	765,5	SW	1	7
Darmstadt	776,0	SW	4	-8	Petersburg	775,5	SW	1	17
Berlin	777,5	SW	4	-11	Sibir	760,5	SW	1	11
Frankfurt	777,0	SW	1	bed.	Aberdeen	757,5	SW	6	7
München	778,0	SW	3	bed.	Paris	766,0	SW	1	4
Wien	776,5	SW	1	Dunst					

Weiterprognose für Freitag, den 12. Januar 1912.
Vorwiegend heiter und trocken, nachts ziemlich strenger, am Tage gelinder Frost, bei ziemlich leichten nordöstlichen Winden; zunehmende Bewölkung.
Berliner Wetterbureau.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 12. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr.

R. Cyrenhaus. Der Rosenknecht.
Schauspielhaus. Der gebornste Leutnant. Die Leinwand.
Land. Spezialitäten.
Schumann. Gala-Vorstellung.
Schumann. Gala-Vorstellung.
Sarraani. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Laudenstraße 48/49.
Im Leben des Meeres.
Prof. Köster: Frühling im Walde.
Kaufmann. Raifan der Waise.
Gudrun.
Schauspielhaus. Heiligen.
Ein Walzer von Chopin.
Kreuzer. Das goldene Kreuz.
Vorbarbar.
Der Cyer. Fra Diavolo.
R. Russisches Ballett.
Der Große Hofmen.
Cyrenhaus. Eva.
O. König Heinrich.
Charlottenburg. Kostüme.
Schauspielhaus. Heiligen.
Kaparte und seine Frauen.
Die kleine Freundin.
Berlin-O.
Der Kampf gegen den Kupfergraber Strafe. Die fünf Anführer.
Votisches Scherzstück.
W. und Fanny Ullrich. Hohen.
Die Nacht von Berlin.
Schauspielhaus. Das große Gemälde.
Das kleine Café.
Polnische Wirtschaft.
Der Kampf ums Dasein.
Spezialitäten.
Spezialitäten.
Schmerzlose Behandlung.
Das Kind der Anna.
Stettiner Sänger.
Ghadi-Rafino. Spezialitäten.
Sarraani. Spezialitäten.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Caprice. Wandelblatts Polsterabend.
halla. Tausel, das hat eingelagert!
Die kleine Klosterbäuerin.
Die Heide, der Mohr von Uebig.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Waldtheater. Der große Krug. Vorher: Frühling im Walde.
Sarraani. Die Räuber.
med. Gefährliche Nachbarschaft.
Anwalde. Invalidenstr. 57-62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Aus dem Leben des Meeres.
Hörsaal Prof. Eckstein 8 Uhr:
Frühling im Walde.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.
Schwan in 3 Akten von Stouff und Barré.
Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.

„Clou“ Berliner Konzerthaus
Mauerstr. 82, Zimmerstr. 90/91.
Großes Konzert.
!! Zillerthaler u. Tegernseer Sänger
Plattler und Jodler!!
Anstich von 3 Königsbräu,
dem köstlichsten aller Münchener Doppelbiere.
Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Großes Promenaden-Konzert
bei freiem Eintritt.

A Mords-Gaudi!
Ober-Bayern
im
Sport-Palast
Potsdamerstr. 72.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Großes Preisschießen
mit 3 wertvollen Ehrenpreisen.
Ballettmeister Benedix u. Fri. Inez Lorio
in ihren hervorragenden Solo- und Paartänzen.
Sonnabend: Großes Volks- und Schützenfest.
Wettkämpfe auf allen Gebieten!
Kambergers Oberbayerische Nationaltänze und -Spiele.
Täglich: **Tanz.**
Alle Attraktionen im vollen Betrieb!

MIDGETS TOWN
Hauptstadt von Liliput
mit ihren 70 Bewohnern
Friedrichstraße 105, in den Räumen von Castans Panoptikum.
Geöffn. von 2 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends.
Zirkus Extra-Entree. Entree Zirkus Extra-Entree.
1 Mark.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108-114.
Täglich: Das beliebte
Bockbier-Fest
in den bayerischen Alpen
in sämtlichen Sälen x 8000 Personen fassend.
4 Kapellen x 30 bayerische Mad'ln
Wunderbare Alpendekoration.
Anfang täglich 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Anfang Sonntag 4 Uhr. Sonntags 50 Pf.

Boigt-Theater.
Gesundbrunnen. Badstraße 58.
Heute Freitag, den 12. Januar:
Othello,
der Mohr von Venedig.
Krauserpiel in 5 Akten v. Shakespeare.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnengasse 16.
Die schöne Klosterbäuerin.
Vollständ. mit Gesang in 5 Akten
von Krüger.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonn- u. p. tägl.
Morgen: Die beste Vorstellung.

Zirkus
A. Schumann
Heute Freitag, 12. Januar 1912,
abends 7 1/2 Uhr:
Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
Um 9 Uhr:
Die neueste und größte Ausstattungspantomime der Gegenwart:
Das Motorpferd
in 5 Akten.
Besonders hervorzuheben: Im Lappentanz: Groß. Huldigungsfest für in- u. ausländischen Professoren.
Große Schlussapotheose
mit nach nie angewesenen Effekten.
Sonntag, 14. Januar:
In beiden Vorstellungen:
Nachmittags 3 und abends 7 1/2 Uhr:
Das Motorpferd.

Zirkus Busch
Heute, abends 7 1/2 Uhr:
Humoristischer Gala-Abend.
Letzte
Aufführung des großartigen Marine-Schauspiels
Die Hexe.

Folies Caprice.
Täglich abends 8 Uhr:
Waffenübung.
Mandelblatts Polsterabend.
Loßgelassen.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! Neu!
Pantoffel-Helden.
Burleske u. Reizardi.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.
Sonntagnachm. 3 Uhr: Französisch.

Sarraani
Schönhauser Allee
Telephon: Nord 4160
Abendtäglich 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellungen
Sonnabend, Sonntag, Mittwoch 8 Uhr u. 7 1/2 Uhr:
je 2 Vorstellungen.
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen, Soldaten u. Unteroffiziere bis zum Feldwebel auf allen Sitzpl. halbes Preis.
Vorverkauf Cirkuskasse u. A. Wertheim nebst sämtlichen Billetverkaufsstellen.
Galerie 40 Pf., III. Pl. 70 Pf., II. Pl. 1,30 M., I. Pl. 2 M., Parkett 3 M., Loge 4 M.

Casino-Theater
Loffinger Str. 37. Anfang 8 Uhr:
Der größte Theatererfolg!
Täglich ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
Aktuell! Dem heutigen Leben entnommen.
Abendtäglich losender Beifall!
Sonntag nachm. 8 1/2 Uhr: Die Tochter des Sträflings.

Passage-Panoptikum.
Bei den Feuerfressern
Lebend! Lebend!
Die wilden Essauas.
Karawane sudanesischer Maul- und Feuer-Fakire in ihrem Originaldorf.
Ohne Extra-Entree.

BUNTE BÜHNE
Kabarett und Theater.
Jeden Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Theater Alt-Berlin
Blumenstr. 10.
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Ede Holzmarkt u. W. Ganderstraße
bis 16. Januar täglich:
Das Paradies der Liebe.
Gesangsbüchlein in 2 Akten
und das überaus reichhaltige Spezialitäten-Programm.
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag:
Familien-Tanzfrühen.

Hiller-Theater O.
Freitag, abends 8 Uhr:
König Heinrich.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Maskerade.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.

Hiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Maskerade.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Wildente.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hofnen.
Theater in der Königsgrätzer Straße
8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die kleine Freundin.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Das Rädel von Montmartre.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Russisches Ballett.
Der Schwannensee-Karneval.

Herrnfeld
Theater
Noch nie dagewesener Lacnerfolg
Das Kind der Firma
mit Anlen u. Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Passage-Theater.
Miriam Horwitz
in ihrem Dramolet „Die Falle“
Mlle. Maroussia
The Meteors
Lina Loos
und 10 neue Attraktionen!

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße

Eis-Arena.
Nachmittags
Militär-Konzert.
Kunstlauf-Produktionen.
Abends:
Das prachtvolle Eis-Ballett
Alpenzauber.

Die kleine Charlotte
Der norwegische Meisterläufer
Harry Paulsen.
Push-Ball-Spiel.
Bis 6 Uhr u. von 10 1/2 Uhr ab
halbe Kassenpreise.
Restaurant i. Rang
Soupers à la carte.
Sonnabend, den 13. Januar,
i. Admirals-Redoute.

Süd-Eisbahn
Urbanstraße
bis ab 6
der Französischen
eröffnet.
Für den Inhalt der Interieur
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

